

Landtag Brandenburg

4. Wahlperiode

Drucksache 4/7529

Konzept

des Landesregierung

**Geschichte vor Ort:
Erinnerungskultur im Land Brandenburg
für die Zeit von 1933 bis 1990**

Datum des Eingangs: 04.05.2009 / Ausgegeben: 04.05.2009

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Einführung	6
1.1 Ziele	10
1.2 Aufarbeitung seit 1990	14
1.2.1 Aufarbeitung der Zeitgeschichte und politisch-historische Bildungsarbeit	14
1.2.2 Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	15
1.2.3 Neue Aufarbeitungsinitiativen und Pluralisierung der Erinnerungskultur	18
1.2.4 Justizielle Aufarbeitung, Rehabilitierung und Wiedergutmachung seit 1990	19
1.3 Begriffsbestimmung und Aufgaben von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und zeitgeschichtlichen Museen	20
1.3.1 Begriffsbestimmung	20
1.3.2 Aufgaben	21
2. Bestandsaufnahme und Perspektiven brandenburgischer Erinnerungskultur	23
2.1 Erinnerung an Repression und Verfolgung: Einrichtungen unter dem Dach der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	24
2.2 Erinnerung an Repression und Verfolgung an Erinnerungsorten außerhalb der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	34
2.2.1 Verfolgung im Nationalsozialismus	34
2.2.2 Verfolgung im Nationalsozialismus, in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR am selben Ort	39
2.2.3 Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR	46
2.2.4 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an Repression und Verfolgung“	50
	2

2.3 Erinnerung an jüdisches Leben im Land Brandenburg	52
2.3.1 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an jüdisches Leben in Brandenburg“	62
2.4. Erinnerung an sorbisches Leben in Brandenburg	63
2.4.1 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an sorbisches Leben in Brandenburg“	64
2.5 Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen	65
2.5.1 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen“	71
2.6 Erinnerung an die Nachkriegsordnung, den Neubeginn 1945 und den staatlichen Antifaschismus	73
2.6.1 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an die Nachkriegsordnung, den Neubeginn 1945 und den staatlichen Antifaschismus“	78
2.7 Erinnerung an Herrschaft, Alltag und Widerstand	80
2.7.1 Herrschaft, Alltag und Widerstand im Nationalsozialismus	81
2.7.2 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an Herrschaft, Alltag und Widerstand im Nationalsozialismus“	86
2.7.3 Herrschaft, Alltag und Widerstand in der SBZ und DDR	88
2.7.4 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an Herrschaft, Alltag und Widerstand in der SBZ und DDR“	94
2.8 Erinnerung an die deutsche Teilung, die Friedliche Revolution, Grenzöffnung und deutsche Einheit	97
2.8.1 Erinnerung an die deutsche Teilung und das Grenzregime	97
2.8.2 Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989 und die deutsche Einheit	99
2.8.3 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an die deutsche Teilung, die Friedliche Revolution, Grenzöffnung und deutsche Einheit“	101

3. Kooperationen	102
3.1 Vernetzung und Kooperation der brandenburgischen Erinnerungsorte untereinander	103
3.2 Kooperation mit der Forschung	105
3.3 Kooperation mit Einrichtungen politischer Bildung und Schulen	111
3.3 Kooperation mit Archiven	113

4. Zusammenfassung und Perspektiven **113**

Anlage 1

Übersicht über die Förderung von zeitgeschichtlichen Erinnerungsorten im Land Brandenburg für 1999 bis 2008 aus Landesmitteln

Anlage 2

Vorhaben anlässlich des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution im Jahr 2009

Vorwort

Im Land Brandenburg ist es insbesondere dank des Engagements von ehrenamtlich arbeitenden Initiativen, Gedenkstätten, Museen und Forschungseinrichtungen gelungen, eine vielfältige, dezentrale und pluralistische Erinnerungskultur zu entwickeln. Mit dem vorliegenden Konzept liegt nun die erste systematische Bilanz eines Bundeslandes zu diesem bedeutsamen Politikfeld vor.

Da es der Landesregierung ein besonderes Anliegen ist, die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur als nachvollziehbaren und transparenten demokratischen Prozess zu gestalten, hat sie über hundert Einrichtungen und Einzelpersonen um ihre Stellungnahme gebeten und den Entwurf des Konzepts sowie die einzelnen Beiträge ins Internet gestellt.¹ Dieses Angebot zur öffentlichen Diskussion ist auf ein großes Interesse bei Verfolgtenverbänden, fachwissenschaftlichen Experten sowie zeithistorisch interessierten Bürgern gestoßen. Erfreulich ist, dass dem Entwurf mehrheitlich ein angemessener und ausgewogener Umgang mit dem komplexen zeitgeschichtlichen Erbe des Landes Brandenburg bescheinigt wird. Zahlreiche konstruktive Hinweise haben entscheidend zu seiner Qualifizierung beigetragen. Hierfür sei allen herzlich gedankt.

Die Stellungnahmen spiegeln die Bandbreite der aktuellen Diskussion zur Erinnerungskultur wider wie zum Beispiel den Wunsch nach deutlicheren staatlichen Zielvorgaben und dem Aufgreifen weiterer Themenfelder bis hin zur Forderung größtmöglicher Zurückhaltung der Landesregierung in sämtlichen inhaltlichen Fragen.

Bei der Überarbeitung ging es der Landesregierung um ein zweifaches Ziel: ein Grundsatzpapier der Landesregierung zum Umgang mit der deutschen Zeitgeschichte zu formulieren sowie eine erste Bilanz der im Land Brandenburg hauptsächlich aufgearbeiteten Themenfelder vorzulegen. Diese Themenfelder sollten abgebildet, das Erreichte sowie der Handlungsbedarf benannt werden. Aus diesem Grund konnte dem nicht selten formulierten Wunsch nach Vollständigkeit bei der Aufzählung zeitgeschichtlicher Initiativen und sämtlicher Erinnerungsorte ebenso wenig entsprochen werden wie der Forderung nach einer umfassenden Darstellung sämtlicher zeitgeschichtlich relevanter Entwicklungen.

Die Landesregierung hofft, dass das Konzept zukünftig sowohl als Anstoß für eine pluralistische Diskussion über die brandenburgische Erinnerungskultur als auch für weiteres zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Bereich wahrgenommen wird.

¹ www.mwfk.brandenburg.de

1. Einführung

Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist durch die nationalsozialistische Diktatur, die Ermordung der europäischen Juden und den von Deutschland ausgehenden Vernichtungsfeldzug geprägt, der schließlich im Untergang des NS-Regimes mündete. Der Befreiung 1945 folgte in den ostdeutschen Ländern nach einer kurzen Übergangsphase die Errichtung der kommunistischen Diktatur. Unter Berufung auf die von allen Alliierten vereinbarten Maßnahmen zur Entnazifizierung setzte die sowjetische Besatzungsmacht mit der Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Gegner ihren Herrschaftsanspruch in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) durch. Nach einer kurzen Phase der von der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) öffentlich propagierten Demokratisierung der Gesellschaft kam es 1946 mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Installierung der SED-Diktatur, von der sich die Ostdeutschen schließlich 1989 in der Friedlichen Revolution als ersten gelungenen antidiktatorischen Aufstand der deutschen Geschichte selbst befreiten. Sämtliche historischen Phasen dieses „Jahrhunderts der Extreme“ (Hobsbawm) haben ihre sichtbaren und unsichtbaren Spuren in der Erinnerungskultur des Landes Brandenburg hinterlassen. Das Land hat ein außergewöhnliches zeitgeschichtliches Erbe angetreten, das mit einschneidenden und widersprüchlichen lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Zeitzeugen verbunden ist. In ihm zeigen sich die Zusammenhänge der brandenburgischen, deutschen und europäischen Geschichte. Hier befanden sich

- mit dem Konzentrationslager Sachsenhausen das KZ der Reichshauptstadt Berlin
- in Ravensbrück das größte Frauen-KZ auf dem Gebiet des deutschen Reiches
- das KZ-Außenlager Lieberose mit direkter Verbindung zum Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz
- ein flächendeckendes Netz von KZ-Außenlagern
- das Gefängnis Lindenstraße 54 in Potsdam als Sitz des Erbgesundheitsgerichts und des Volksgerichtshofs in den letzten Kriegsmonaten
- in der Stadt Brandenburg an der Havel das Zuchthaus Brandenburg als zweitgrößte Hinrichtungsstätte nach Berlin-Plötzensee sowie eine der größten „Euthanasie“-Mordstätten
- das Zuchthaus Cottbus als Ort der Verfolgung vor und nach 1945
- mit dem Waldfriedhof in Halbe und den Seelower Höhen die größte deutsche Kriegsgräberstätte und der Kriegsschauplatz der Endkämpfe um die ehemalige Reichshauptstadt Berlin
- mit den Speziallagern Sachsenhausen, Jamlitz, Ketschendorf, Mühlberg, den Gefängnissen des NKWD und dem Gefängnis der sowjetischen Spionageabwehr in der Leistikowstraße in Potsdam zahlreiche Orte, an denen stalinistische Verbrechen verübt worden sind.

- Darüber hinaus ist die brandenburgische Erinnerungskultur durch den staatsoffiziellen Antifaschismus bis 1989 geprägt, dessen Ursachen, geschichtspolitischen Funktionen und Folgen seit 1990 ebenfalls aufgearbeitet und dokumentiert werden.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Erinnerung an begangene Verbrechen wachzuhalten und die Verfolgten und Opfer zu würdigen sind die gemeinsamen Aufgaben der Zivilgesellschaft, der Kommunen und des Landes. Vor dem Hintergrund dieser komplexen „Erinnerungslandschaft“ und dem erkannten Bedarf an einer systematischen Bestandsaufnahme hat die Koalition aus CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2004 vereinbart, ein Konzept zur Weiterentwicklung der brandenburgischen zeitgeschichtlichen Erinnerungskultur zu erarbeiten. Die Bundesregierung hat im Juni 2008 unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“ die Fortschreibung ihrer Gedenkstättenkonzeption aus dem Jahr 1999 vorgelegt und verfügt damit über eine aktualisierte Basis für ihre Förderpraxis. Für die Förderpolitik des Landes sowie für die Abstimmung mit dem Bund bei Kofinanzierungen ist es ebenfalls unabdingbar, über eine verlässliche Grundlage für Entscheidungen über die Förderwürdigkeit von Einrichtungen und Projekten zu verfügen. Das Konzept berücksichtigt dabei sowohl die Vielfalt der Trägerschaften der Einrichtungen als auch das bewährte Neben- und Miteinander von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit.

Die Landesregierung sieht sowohl in der Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit des Nationalsozialismus als auch der Diktatur in der SBZ und DDR neben der Vorbildwirkung von Widerstandstraditionen einen wichtigen Schlüssel für die Gestaltung einer demokratischen Zukunft.² Sie fühlt sich den Opfern und Verfolgten beider deutschen unterschiedlichen Diktaturen verpflichtet. Dem nationalsozialistischen Völkermord an den europäischen Juden, Sinti und Roma als bis dahin unvorstellbaren Zivilisationsbruch in der Moderne kommt eine herausgehobene Bedeutung innerhalb der brandenburgischen, deutschen, europäischen und globalen Erinnerungskultur zu.

Das Konzept orientiert sich an der in der Gedenkstättenarbeit vielfach zugrunde gelegten Prämisse, die NS-Verbrechen durch die Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen und des Unrechts in der DDR nicht zu relativieren, letztere jedoch mit Hinweis auf die Dimension der NS-Verbrechen auch nicht zu bagatellisieren (Faulenbach). Dieser Grundsatz hat eine orientierende Funktion in der Entwicklung der Gedenkstätten erhalten. Gleichwohl hat sich in der konkreten Arbeit immer wieder gezeigt, wie schwer ihm zu entsprechen ist.

² Vgl. Konzept der Landesregierung zur aktiven und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, Landtagsdrucksache 4/5325.

Die Landesregierung geht von der Prämisse aus, dass sowohl in der Aufarbeitung und pädagogischen Vermittlung als auch im Gedenken berücksichtigt werden muss, dass der Nationalsozialismus dem deutschen Volk nicht von einer fremden Macht aufgezwungen worden ist, sondern dass das Regime durch ein hohes Maß an Zustimmung charakterisiert war. Am Scheitern der Weimarer Republik zeigt sich eindrücklich, dass eine Demokratie ohne Demokraten nicht lebensfähig ist.

Dabei ist der besondere Charakter des nationalsozialistischen Regimes bei jeder Initiative zur zeitgeschichtlichen Aufarbeitung zu berücksichtigen. Dieser zeigte sich vor allem in der von Anfang an verfolgten doppelten Zielrichtung, die zum Einen in der Vorbereitung und Durchführung groß angelegter militärischer Feldzüge zur Unterwerfung Europas unter die Herrschaft des Deutschen Reichs und in der Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ auf Kosten der dort lebenden Völker und Individuen bestand. Hierbei kommt dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 eine besondere Bedeutung zu. Zum anderen – und mit dem ersten Ziel eng verbunden – zeichnete sich der Nationalsozialismus durch den erklärten Willen zu einer „völkisch-rassistischen Neuordnung“ aus, in der ein rassenhygienisch hochgezüchtetes „deutsches Volk“ an die Spitze einer Herrschaftspyramide gestellt werden sollte, und deren Kernstück in der Vernichtung der „jüdischen Gegenrasse“ in Europa zu sehen war.

Ebenso muss verdeutlicht werden, dass nach dem millionenfachen Morden durch die Nationalsozialisten Tausende von Menschen erneut ohne individuelle Überprüfung in Lagern festgehalten worden sind und dass in Ostdeutschland eine zweite Diktatur die erste abgelöst hat. Einerseits gilt es, vor allem die Nachgeborenen dafür zu sensibilisieren, dass die Entnazifizierung durch die sowjetische Besatzungsmacht auch für die Repression vermeintlicher oder tatsächlicher politischer Gegner instrumentalisiert worden ist. Hierzu gehört die Vermittlung der Geschichte des beginnenden Kalten Krieges und seiner Auswirkungen auf die sowjetische Besatzungs- und Internierungspolitik: Zu der ursprünglich in der Kontrollratsdirektive 38 vorgesehenen Vereinheitlichung der alliierten Internierungspolitik kam es aufgrund der sich zunehmend verstärkenden machtpolitischen Gegensätze nicht. Diese Gegensätze hatten sich nicht zuletzt in der vollkommen unterschiedlichen Handhabung der Internierungspraxis durch die Westalliierten einerseits und in der sowjetischen Besatzungszone andererseits bereits zuvor gezeigt. Die UdSSR hatte mit der Ausnahme der Beteiligung an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen bzw. in gemeinsamen Verfahren mit Verbündeten ausschließlich die eigenen Geheimdienststrichtlinien angewendet. Die Auslegung der alliierten Vorgaben war Angelegenheit der jeweiligen Besatzungsmacht. Für die Internierungs- und Verfolgungspraxis in der SBZ bedeutete dies den Rückgriff auf Befehle des NKVD, des MGB, der SMAD und Weisungen der Ortskommandanten. Diese Weisungen bezogen sich einerseits auf die Verfolgung von NS-Straftaten, richteten sich andererseits jedoch stets auch gegen tatsächliche oder vermeintliche Verstöße

ße gegen das Besatzungsregime. Während die Entnazifizierung der westlichen Siegermächte vorsah, die für Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen in den Internierungslagern ausfindig zu machen, um sie durch Militärgerichte aburteilen zu lassen, fanden zu keiner Zeit strafrechtliche Ermittlungen und individuelle Überprüfungen statt.

Von vornherein verfolgte die sowjetische Besatzungsmacht mit ihrer Entnazifizierungspolitik zweierlei Zielsetzungen: Neben der Entfernung von Nationalsozialisten aus allen gesellschaftlich einflussreichen Funktionen sollte die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus zudem den Weg zur Durchsetzung des kommunistischen Führungsanspruchs ebnen.³ Die Funktion des Speziallagersystems auf deutschem Boden zur Ausschaltung politischer Gegner wird darüber hinaus daran deutlich, dass es auch nach dem durch Stalin 1948 offiziell verkündeten Ende der Entnazifizierung in der SBZ nicht aufgelöst, sondern dem GULAG-System unterstellt wurde.⁴ Das System der sowjetischen Speziallager ist auch vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen verbrecherischen Praxis des Stalinismus zu begreifen. Grundsätzlich gilt die Unschuldsvermutung, denn die sowjetische Besatzungsmacht hat nie einen rechtstaatlichen Nachweis individueller Schuld geführt, sondern Terrorurteile auf der Basis von erpressten Geständnissen gefällt. Andererseits muss die Frage nach der Verantwortung von in den Speziallagern inhaftierten ehemaligen Mittläufern, kleineren und mittleren Funktionsträgern bis hin zur Minderheit der Täter des Nationalsozialismus gestellt werden. Nicht zuletzt geht es auch um Ursachen und Motive für die aktive und passive Beteiligung an NS-Verbrechen und der Teilhabe an der Kriminalisierung der Gesellschaft.⁵ Es gilt, die gesamte Geschichte zu erzählen und nicht vorzugeben, es habe eine Stunde Null gegeben, bei der man mit der Erzählung gleichsam neu ansetzen könne.

Das heißt: Die Geschichte der SBZ und DDR verweist ständig selbst auf ihre Vorgeschichte und kann ohne eine Kontextualisierung und den Bezug zum unmittelbar vorausgegangenen Nationalsozialismus weder verstanden noch vermittelt werden. Insbesondere die Entstehungsgeschichte der sowjetischen Speziallager lässt sich nicht unabhängig von der NS-Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg begreifen und erzählen. Allein für die Beurteilung der „Häftlingsgesellschaften“ der sowjetischen Speziallager ist ein pro-

3 Vgl. Clemens Vollnhals, Thomas Schlemmer (Hrsg.): Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.

4 Befehl des Innenministers Nr. 00959 zur Eingliederung der Speziallager in Deutschland in die GULAG, 9. August 1948, streng geheim. – GARF, f., 9409, op. 1, d. 274, 1.2., abgedruckt in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, herausgegeben von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato, in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch, Band 2, Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998, S. 335.

5 Vgl. zum Begriff des NS-Täters: Helgard Kramer (Hrsg.): NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, München 2006.

fundes Wissen über das Funktionieren des NS-Regimes und die Rolle von kleineren und mittleren Funktionsträgern unabdingbar. Nur in Zusammenarbeit von Fachwissenschaftlern und Gedenkstättenexperten zum Nationalsozialismus sowie zur UdSSR, SBZ und DDR konnte in der Vergangenheit ausgelotet werden, welche Funktion den Speziallagern zwischen alliierter Entnazifizierung und stalinistischer Repression jenseits geschichtspolitischer Mythen zukam. Gleichzeitig gilt es, personelle, institutionelle, vor allem aber mentale Kontinuitäten, die sich nach 1945 fortsetzen, zu analysieren und darzustellen. Doch auch zum Verständnis des Charakters der DDR insgesamt ist das Wissen um die vorausgegangene Geschichte des Nationalsozialismus, auf die sich der SED-Staat mit dem Antifaschismus als Staatsdoktrin konsequent bezog, unabdingbar. Aus diesen Gründen sind Kooperationen zwischen den „Aufarbeitungsgemeinschaften“ zum Nationalsozialismus sowie zur SBZ/DDR entsprechend den inhaltlichen Erfordernissen anzustreben und zu unterstützen.

Die Kontroversen, wie der verbrecherische Charakter der Speziallager dokumentiert und ihre Opfer gewürdigt werden können, ohne die NSDAP-Funktionäre und teilweise an Verbrechen Beteiligten unter den ehemaligen Häftlingen von jeder Mitverantwortung für das Funktionieren des NS-Regimes zu entbinden, halten bis in die Gegenwart an. Bei aller Kontroverse im Hinblick auf angemessene Formen des Gedenkens an die Opfer der Speziallager ist die Landesregierung der Überzeugung, dass es gilt, auch bei der Errichtung von Gedenkzeichen stets den konkreten historischen Kontext zu berücksichtigen und ein abstraktes Gedenken an sämtliche Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu vermeiden. Individuelles Gedenken muss selbstverständlich immer möglich sein. Doch ist nicht zuletzt im Interesse der unschuldigen Opfer der Speziallager eine öffentliche Ehrung ehemaliger Täter abzulehnen.

Die Landesregierung ist sich bewusst, dass diese Fragen nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Zeitzeugen einen großen, zuweilen unauflösbaren Konfliktstoff in sich bergen. Eines ihrer wesentlichen Ziele in diesem Zusammenhang besteht in der Vermittlung der jeweiligen unterschiedlichen Positionen in einer offenen und pluralistischen Diskussion sowie in der Vermeidung von Opferhierarchisierungen jeder Art.

1.1 Ziele

Die Landesregierung wird auch zukünftig jeder Aufrechnung von Leidenserfahrungen entgegenwirken und eine umfassende, pluralistische, demokratische Erinnerungskultur stärken. Hierzu gehört die Empathie mit allen Verfolgten und Opfern ebenso, wie es gilt, Bestrebungen einer Gleichsetzung beider Dikta-

turen entschieden entgegenzuwirken. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass es zwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution an der Zeit ist, eine systematische Bilanz der erreichten Standards und der durch die Gedenkstätten, Museen und Aufarbeitungsinitiativen behandelten Themen zu ziehen. Mit dem Konzept verfolgt sie das Ziel, die Diskussion um klare moralische, gesellschaftlich verhandelte „Leitlinien“ für eine demokratische Erinnerungskultur zu befördern. Die Landesregierung begreift die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit als beständigen Prozess, der die demokratische Gesellschaft immer neu herausfordert. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich die Aufarbeitung und Deutung von Geschichte auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschungsergebnisse pluralistisch entwickeln kann. Diese Weiterentwicklung, so die bisherige und auch im vorliegenden Konzept zu betonende Praxis, ist dabei stets in parteiübergreifender Auseinandersetzung und unter Einbeziehung der Verfolgten- und Opferverbände zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sind die zivilgesellschaftlichen Anstrengungen und das ehrenamtliche Engagement besonders zu würdigen, denen die Vielfalt und die im Folgenden aufzuzeigende enorme Bandbreite der brandenburgischen Erinnerungskultur zu verdanken sind. Vor allem die Mitarbeit ehemaliger Häftlinge und ihrer Vertreter in den Gremien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (SBG), aber auch in vielen anderen bürgerschaftlichen Vereinigungen und Fördervereinen hat entscheidend dazu beigetragen, dass zeitgeschichtlichen Ausstellungen und der historisch-politischen Bildung Authentizität verliehen wurde. Nicht nur nationale, sondern vor allem auch internationale zivilgesellschaftliche Organisationen werden in diese Arbeit eingebunden. Ein Großteil vor allem der NS-Gedenkstätten, aber auch Orte wie das ehemalige Gefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in der Potsdamer Leistikowstraße tragen aufgrund der Zusammensetzung der Opfergruppen internationalen Charakter, der entsprechend berücksichtigt und beibehalten werden muss.

Den Überlebenden war und ist es ein besonderes Anliegen, ihre Erfahrungen und die Erinnerung an beide unterschiedlichen Diktaturen in Deutschland an die nächsten Generationen weiterzugeben. Die Landesregierung nimmt das vorliegende Konzept zum Anlass, um ihnen allen für ihr jahrzehntelanges Engagement zu danken. Es ist ihr ein besonderes Anliegen, die Verfolgten- und Opferverbände, aber auch nicht organisierte Einzelpersonen aktiv in die Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung und Weiterentwicklung der brandenburgischen Erinnerungskultur einzubeziehen.

Nach 1990 galt es vor allem, die politisch einseitig ausgerichteten und der Legitimation des SED-Staats dienenden Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR in demokratische Orte des Gedenkens, der Aufarbeitung und Forschung zu transformieren. Auf diese wichtige Aufgabe hat die Landesregierung zunächst den größten Teil ihrer Aufmerksamkeit und finanziellen Ressourcen verwendet. Mit Hilfe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (SBG) konnte dieser, teilweise konfliktreich verlaufende Prozess in

weiten Teilen erfolgreich abgeschlossen werden. Das Konzept ist deshalb auch Ausdruck einer Blickerweiterung, indem es über die nach wie vor wichtige Geschichte politischer und rassistischer Verfolgung und Repression hinaus weitere wesentliche zeitgeschichtliche Themen wie die Geschichte jüdischen Lebens, aber auch alltagsgeschichtliche Fragestellungen einbezieht. Mit diesem Ansatz entspricht die Landesregierung einem gesellschaftlichen Bedürfnis, das seit 1990 in vielfältigen Geschichtsprojekten zum Ausdruck gebracht worden ist. Mit ihrem Konzept systematisiert sie erstmals die reichhaltige und heterogene „Erinnerungslandschaft“, indem sie anhand zahlreicher Beispiele die inhaltlichen Themenschwerpunkte benennt und inhaltliche Bezüge zwischen Erinnerungsorten bzw. Ausstellungsvorhaben und zeitgeschichtlichen Museen aufzeigt. Damit ist nicht der Anspruch auf Vollständigkeit verbunden.

Es handelt sich um eine erste Bestandsaufnahme, auf deren Grundlage Entscheidungen über die perspektivische Erweiterung des Themenspektrums der Erinnerungskultur und den Ausbau vorhandener Einrichtungen getroffen werden können. Diese Bestandsaufnahme hat nach 20 Jahren der Entwicklung einer pluralistischen dezentralen Erinnerungskultur einen dringenden Handlungsbedarf verdeutlicht, inhaltlich miteinander verbundene Erinnerungsorte und Themenfelder systematisch und sichtbar aufeinander zu beziehen und „blinde Flecken“ in der Aufarbeitung zu füllen. Das vorliegende Konzept benennt diese Desiderate in der Erinnerung und Aufarbeitung erstmals systematisch und will zu einem Engagement von historisch interessierten Bürgern, Gedenkstätten und Museen im Hinblick auf diese offenen Fragen und Themenfelder anregen.

Diese offenen Felder sollten darüber hinaus stärker in den Blick der historisch-politischen Bildungsarbeit genommen werden. So will das Konzept Grundlage für die zukünftige Entscheidung thematische Schwerpunktsetzungen im Bereich der Gedenkstätten- und Museumspädagogik sein. Nach dem mittlerweile vielzitierten „Abschied von den Zeitzeugen“ im Hinblick auf die Zeitzeugen des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit erhält die pädagogische Vermittlung der historischen Themen unweigerlich einen Bedeutungszuwachs. Gedenkstätten werden zunehmend zu Lernorten. Das Land Brandenburg verfügt mit den eigens für die Zusammenarbeit eingesetzten und vom Ministerium für Jugend, Bildung und Sport finanzierten Gedenkstättenlehrern über ein fundiertes Konzept für die Abstimmung von schulischen und außerschulischen Lehrangeboten. Die Entwicklung von modernen Lernmaterialien und neuer kreativer Angebote für die im vorliegenden Konzept umrissenen Themenfelder der historisch-politischen Bildungsarbeit bedarf auch zukünftig der Förderung durch die Landesregierung.

Auf der Basis dieser Bestandsaufnahme soll zudem die Zusammenarbeit mit Berliner Einrichtungen systematisiert und intensiviert werden. Nach 1990 konnten die engen historischen Verbindungen zur ehemaligen Reichshauptstadt Berlin aufgearbeitet und dargestellt werden. Dies gilt auch für ihre späteren Funktionen einerseits als Hauptstadt der DDR und die spezifische Situation West-Berlins. Der Weg für die Vernetzung der Berlin-Brandenburgischen Erinnerungslandschaft mit ihren vielfältigen historischen Bezügen vor und nach 1945 war möglich geworden. Die brandenburgischen Erinnerungsorte und Gedenkstätten sind grundsätzlich im Zusammenhang der Berlin-Brandenburgischen Gesamtentwicklung zu sehen. Bei der weiteren Entwicklung der brandenburgischen Erinnerungskultur wird die Hauptstadtregion strategisch mit einzubeziehen sein. Bei der Vernetzung der regionalgeschichtlichen Museen wird dem Museumsverband Brandenburg e.V. in bewährter Weise eine wichtige Rolle zukommen.

Den engen inhaltlichen Beziehungen wird aktuell bereits mit dem Austausch jeweils in einem Arbeitskreis für die NS-Gedenkstätten und einem weiteren für die Gedenkstätten zur Diktatur in der SBZ und der DDR Rechnung getragen. Die Arbeitskreise „Zusammenarbeit Berliner und Brandenburgischer NS-Gedenkstätten“ unter der Leitung von Prof. Günter Morsch (SBG) und „Zusammenarbeit Berliner und Brandenburgischer Gedenkstätten aus der NKWD- und SED-Phase“ unter dem Vorsitz von Martin Gutzeit (Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR) werden zukünftig durch die Gründung einer „Ständigen Konferenz der Leiter der NS-Gedenkorte im Berliner Raum“ ergänzt. Insbesondere im Hinblick auf die Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück und die Erforschung seiner Außenlager empfiehlt sich zudem die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Initiativen in Mecklenburg-Vorpommern. Geradezu zwingend erscheinen diese Kooperationen bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte der KZ-Todesmärsche. Eine stärkere länderübergreifende Zusammenarbeit könnte wechselseitige Impulse für die Aufarbeitung und pädagogische Vermittlung geben. Diese Zusammenarbeit ist selbstredend auch für die Aufarbeitung der Geschichte der sowjetischen Speziallager sinnvoll und notwendig. Da viele Häftlinge aus Mecklenburg-Vorpommern in das sowjetische Speziallager Sachsenhausen kamen, verweisen nicht nur die institutionellen Zusammenhänge in den Repressionsapparaten, sondern auch die verschiedenen Schicksale der Inhaftierten sowie die Biographien der Täter auf die Notwendigkeit für eine bundesländerübergreifende Zusammenarbeit.

1.2 Aufarbeitung seit 1990

1.2.1 Aufarbeitung der Zeitgeschichte und politisch-historische Bildungsarbeit

Sowohl durch das Engagement des Landes, des Bundes, universitärer und außeruniversitärer Einrichtungen als auch durch vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen sind seit 1990 erhebliche Anstrengungen zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus, des Stalinismus und der SED-Diktatur unternommen worden. Der Forschungsstand zur politischen Repression und Verfolgung im Nationalsozialismus, in der SBZ und DDR, aber auch zur Alltagsgeschichte ist entscheidend gewachsen. Während in der DDR im Rahmen des staatstragenden Antifaschismus die Erinnerung an den kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Faschismus genannt, vorrangig wachgehalten wurde, werden seit 1990 bis dahin weniger thematisierten Opfergruppen in die Erinnerung und das Gedenken einbezogen. Neben der Erinnerung an die brutale Verfolgung von Kommunisten wird nun auch gleichberechtigt an die verfolgten Sozialisten, Anarchisten, anderen Linksintellektuellen und Gewerkschaftlern sowie Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zwangsarbeiter, Opfer der „Euthanasie“-Morde, die verfolgten sogenannten Asozialen sowie an die Verfolgten in der SBZ und DDR und die Opfer von Flucht und Vertreibung erinnert. Dabei sollte das Thema „Antifaschismus“ bei aller berechtigten und notwendigen Kritik an seiner herrschaftsstabilisierenden und -legitimierenden Funktion für die Führung der DDR ausgewogen thematisiert werden. Nicht zu vergessen ist, dass es neben diesem „offiziellen“ Antifaschismus durchaus „antifaschistisches Bewusstsein“ in der Bevölkerung gegeben hat, das auch für Teile der Demokratiebewegung der späten DDR – man denke an die Ereignisse in Potsdam am 9. November 1989 – eine wichtige Motivation bedeutet hat.

Der Umsetzung der Forschungsergebnisse zu diesen unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Themen in Angebote der politischen Bildung ist stets eine große Bedeutung beigemessen worden: So bietet beispielsweise die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung seit 1991 ein umfangreiches Angebot zu zeitgeschichtlichen Themen an. Hierzu gehören eigene und geförderte Veranstaltungen, Publikationen und Internetpräsentationen zu den Themen nationalsozialistischer, stalinistischer Verfolgung, der Repression in der DDR, zur Erinnerung an das jüdische Leben in Brandenburg, zur Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, zu Flucht und Vertreibung sowie zur Geschichte von Herrschaft, Alltag und Widerstand in der DDR. Über dieses Angebot hinaus fördert die Landeszentrale zahlreiche Publikationen im Bereich zeitgeschichtliche Erinnerungskultur. Die Landesregierung erachtet es als sinnvoll, unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, aufbauend und in Ergänzung an das Konzept „Geschichte vor Ort“ ein an den Rahmenlehrplänen, dem fachdidaktischen Diskurs

und den bildungspolitischen Leitlinien orientiertes Konzept „Historisches Lernen vor Ort“ zu entwickeln. Mit dieser Aufgabe könnten das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg und die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung als zentrale bildungspolitische Akteure in der historisch-politischen außerschulischen Bildungsarbeit betraut werden. Für eine Professionalisierung der Bildungsarbeit sollten auch Desiderate und Entwicklungsaufgaben der historisch-politischen Bildung vor Ort benannt und Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten der qualitativen Weiterentwicklung skizziert werden. Ein solches Konzept „Historisches Lernen vor Ort“ sollte an die Brandenburgischen und Berliner Rahmenpläne anschlussfähig sein, aktuellen fachdidaktischen Anforderungen an das historische und politische Lernen sowie den Erfordernissen an das Lernen nach „PISA“ gerecht werden. Eine der größten Herausforderungen besteht bis heute darin, die nationalsozialistischen Verbrechen aufzuarbeiten, würdige Formen des Gedenkens an die Opfer zu finden, die Geschichte der sowjetischen Speziallager ideologiefrei zu erforschen und die Erinnerung an die Lagergeschichte nach 1945 und an ihre Opfer in die Gedenkstättenarbeit zu integrieren.

Das Land hat die Professionalisierung der bestehenden Einrichtungen und neue Aufarbeitungsinitiativen wie Ausstellungen und Publikationen in der dritten und vierten Legislaturperiode (1999 bis einschließlich 2008) mit rund 32.000.000 Euro unterstützt. Davon entfallen mit Sonderfinanzierungen rund 28.801.000 Euro auf die Finanzierung der Aufgaben der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

1.2.2 Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (SBG)

Seit 1990 hat die Landesregierung große Anstrengungen unternommen, die Neukonzeption der ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Sachsenhausen, Ravensbrück und Brandenburg an der Havel voranzutreiben. 1991 berief sie, vertreten durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, eine Expertenkommission ein, die Empfehlungen zur Neukonzeption der ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten im Land Brandenburg ausarbeiten sollte. Im Ergebnis der Empfehlungen, die im Januar 1992 vorlagen, wurde zum 1. Januar 1993 durch eine Verordnung der Landesregierung die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (SBG) als unabhängige, gemeinnützige und rechtsfähige Stiftung Öffentlichen Rechts gegründet. Laut Satzung verfolgt sie den Zweck, „an Terror, Krieg und Gewaltherrschaft zu erinnern“, die öffentliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen zu fördern und ein würdiges Gedenken an die Verfolgten und Opfer zu ermöglichen.⁶

⁶ Vgl. hierzu ausführlich: § 2 Abs. 2 der Verordnung über die Errichtung der rechtsfähigen Stiftung Öffentlichen Rechts „Brandenburgische Gedenkstätten“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli 1997, GVBl II, Nr. 18, S. 470 ff.

Die Stiftung hat die Verantwortung und Federführung für den umfassenden Prozess der Um- und Neugestaltung übernommen.⁷ Die vom Bund und vom Land Brandenburg zu jeweils 50 Prozent finanzierte SBG vereinigt Gedenkstätten von nationaler Bedeutung, die sowohl die nationalsozialistische als auch die stalinistische Repressionsgeschichte repräsentieren. Zu ihren Aufgaben gehört die Aufarbeitung der Geschichte des KZ Oranienburg, des KZ Sachsenhausen, des Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 und des KZ Ravensbrück. In der Gedenkstätte Ravensbrück müssen die noch ausstehenden Schritte zur Neukonzeption neben der neuen Dauerausstellung nun zügig umgesetzt werden. Dabei sind die ehemaligen Konzentrationslager natürlich nicht nur von regionaler und nationaler Bedeutung, sondern zugleich europäische Friedhöfe und international wichtige Begegnungsstätten. Diese internationale Dimension muss stets präsent gehalten werden. Ähnliches gilt auch für andere Stätten des Terrors wie etwa das Zuchthaus Brandenburg.

Darüber hinaus betreut die Stiftung das Museum des Todesmarsches Belower Wald und die Dokumentationsstelle Zuchthaus Brandenburg an der Havel und übernimmt die wissenschaftliche und museumspädagogische Beratung bei der Aufarbeitung der Geschichte der KZ-Außenlager wie Jamlitz/Lieberose oder der Geschichte des „Verlorenen Transports“ in Tröbitz. Seit Mitte der 1990er Jahre entwickeln sich die Gedenkstätten unter dem Dach der Stiftung zu modernen zeithistorischen Museen mit Wechselausstellungen, einem breiten Veranstaltungsprogramm und wissenschaftlicher Forschung. Dieser Prozess ist in der Gedenkstätte Sachsenhausen fast abgeschlossen. Das Museum des Todesmarsches Belower Wald wird zurzeit ausgebaut und um eine Freiluftausstellung ergänzt, und in der Gedenkstätte Ravensbrück beginnen im Jahr 2009 die Baumaßnahmen, die Voraussetzungen für die Präsentation der neuen Dauerausstellung in der ehemaligen Kommandantur sind. Für die Präsentation der Geschichte der „Euthanasie“ in Brandenburg an der Havel wurden bereits Mittel aus dem Gedenkstättenförderprogramm des Bundes und die Kofinanzierung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Aussicht gestellt. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hat insgesamt zehn Architekturpreise erhalten. Die Auszeichnungen bezogen sich auf die Neugestaltung des zentralen Gedenkortes „Station Z“ und die Gestaltung der Baracken 38 und 39 in der Gedenkstätte Sachsenhausen, den Neubau des Museums zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen und das Besucherzentrum in der Gedenkstätte Ravensbrück. Für die historisch-politische Bildungsarbeit an den historischen Orten stehen sowohl in Sachsenhausen als auch in Ravensbrück internationale Jugendbegegnungsstätten zur Verfügung, die das Land mit 3.046.700 Euro gefördert hat. Die einst weitgehend im Ritualen erstarrten Nationalen Mahn- und Gedenkstätten im Dienste einer einseitigen Weltanschauung sind zu modernen, international anerkannten,

⁷ Die Brandenburgischen Gedenkstätten. Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption im Auftrag des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Berlin 1992, S. 46.

offenen und pluralistischen Gedenkstätten, Museen und offenen Lernorten geworden. Die Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung 1995, an denen in den brandenburgischen Gedenkstätten rund 3.000 Überlebende aus aller Welt teilnahmen, waren ein auch international stark wahrgenommenes Signal für einen gelungenen Neubeginn.

Der Sitz der Stiftung ist Oranienburg, die Geschäftsstelle befindet sich im ehemaligen Gebäude der „Inspektion der Konzentrationslager“ in unmittelbarer Nachbarschaft der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Nach der politischen Instrumentalisierung der Gedenkstätten in der Zeit der DDR zielt die Satzung darauf, die Inhalte des Gedenkens von politischer Einflussnahme freizuhalten. Eine Fachkommission und ein Beirat, die den Stiftungsvorstand und den Stiftungsrat beraten, sollen zum einen die Rückkopplung der Stiftungsarbeit an die neueste wissenschaftliche Forschung stärken und zum anderen die Stimme der Überlebenden und ihrer Verbände einbeziehen und damit eine Beteiligung der internationalen Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft gewährleisten. Der Stiftungsrat, in dem die Mittelgeber über eine Mehrheit verfügen, entscheidet über grundsätzliche Angelegenheiten der Stiftung.

Die Einbeziehung der kommunistischen Diktaturgeschichte in die Aufarbeitung, Erinnerung und das Gedenken hat grundsätzliche gesellschaftliche Kontroversen in Gang gesetzt. Dieser Prozess verlief konfliktreich, und die strittigen Fragen müssen weiter gesellschaftlich verhandelt werden. In Brandenburg sind sie konkret im Hinblick auf die Orte Sachsenhausen mit seiner Geschichte als nationalsozialistisches Konzentrationslager und sowjetisches Speziallager, die Dokumentations- und Gedenkstätten Jamlitz/Liebersow als KZ-Außenlager von Sachsenhausen und sowjetisches Speziallager Nr. 6 in Jamlitz sowie auf die Gefängnisse in Frankfurt/Oder, der Stadt Brandenburg an der Havel, in Potsdam/Lindenstraße 54 als Gefängnisse im Nationalsozialismus, in der SBZ und in der DDR sowie die Gefängnisse in Cottbus und Luckau zu diskutieren. Angemessene Formen des Gedenkens an die Verfolgten und Opfer vor und nach 1945 zu finden stellte und stellt eine besondere Herausforderung dar, wie sich beispielsweise im Verlauf der Neukonzeption der Gedenkstätte Sachsenhausen mit ihrer Vergangenheit als nationalsozialistisches Konzentrationslager und sowjetisches Speziallager gezeigt hat. Hier wurde die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 in das dezentrale Gesamtkonzept der Gedenkstätte einbezogen. Im Dezember 2001 wurde ein neues Museumsgebäude eröffnet, das die Geschichte des größten sowjetischen Speziallagers ausführlich und unter Einbeziehung zahlreicher Biografien ehemaliger Häftlinge dokumentiert.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten wird anteilig vom Land und vom Bund finanziert. In der dritten und vierten Legislaturperiode (1999 bis einschließlich 2008) erhielt sie insgesamt rund 51.277.000 Euro, davon entfallen (ohne Sonderfinanzierungen) rund 25.544.000 Euro auf das Land. Zusätzlich erhielt sie vom Bund im Rahmen eines Sonderinvestitionsprogramms für die Sanierung der Gedenkstätte Sachsenhausen 9.642.000 Euro sowie 800.700 Euro zusätzliche Landesmittel für den Neubau des Museums zum sowjetischen Speziallager Sachsenhausen. Darüber hinaus wurde die Errichtung des Besucherinformationszentrums in der Gedenkstätte Ravensbrück mit 383.000 Euro vom Bund und mit 642.000 Euro vom Land gefördert. Die Baumaßnahmen zur Erhaltung der Fundamente des ehemaligen Küchentrakts wurden mit rund 126.900 Euro aus Landesmitteln gefördert. Das Land beabsichtigt, die Sanierung des Garagentrakts und der Kommandantur in der Gedenkstätte Ravensbrück mit weiteren 3.200.000 Euro Sondermitteln zu unterstützen. Damit ist gewährleistet, dass die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück zeitnah in diesem zentral gelegenen Gebäude präsentiert werden kann. Darüber hinaus beabsichtigt der Bund weitere Sondermittel für die Freiflächengestaltung der Gedenkstätte Sachsenhausen sowie für die Gedenkstätte Ravensbrück bereitzustellen.

1.2.3 Neue Aufarbeitungsinitiativen und Pluralisierung der Erinnerungskultur

Über die großen Einrichtungen hinaus sind neue Gedenkstätten entstanden. Diese Neugründungen resultierten oftmals aus bürgerschaftlichem Engagement und werden heute überwiegend durch Gemeinden, Städte und Landkreise getragen. Auch für diese Orte müssen angemessene Formen der Aufarbeitung, der Erinnerung und des Gedenkens gefunden werden, die der besonderen Situation Brandenburgs entsprechen, das Erbe zweier unterschiedlicher Diktaturen angetreten zu haben. Es handelt sich um die von Jorge Semprún eindrucksvoll konkretisierte Aufgabe, der zufolge die Deutschen das einzige Volk seien, „das sich mit den beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen kann und muss“. Während die unter dem Dach der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (SBG) zusammengefassten Institutionen zu modernen zeithistorischen Museen entwickelt werden, gibt es insbesondere bei den kleineren Einrichtungen Professionalisierungsbedarf. Darüber hinaus haben die regionalgeschichtlichen Museen mit der Überarbeitung ihrer Dauerausstellungen begonnen und werden bei diesem Engagement ebenfalls vom Land unterstützt. Gleichzeitig zeigte die erste Bestandsaufnahme auch Desiderate der bisherigen Aufarbeitung. So wird deutlich, welche Themen in Ausstellungen bislang kaum repräsentiert werden und wo es in dieser Hinsicht Handlungsbedarf gibt.

Zu nennen sind hier exemplarisch die Einbeziehung der vielen KZ-Außenlager in die NS-Repressionsgeschichte, die Musealisierung des Alltags im Nationalsozialismus, die Einordnung des Zweiten Weltkrieges in seine Ursachen und Folgen sowie für die Zeit nach 1945 die Bodenreform und Zwangskollektivierungen sowie der Zusammenhang von Herrschafts- und Alltagsgeschichte in der DDR.

1.2.4 Justizielle Aufarbeitung, Rehabilitierung und Wiedergutmachung seit 1990⁸

Zur Aufarbeitung von als DDR-Unrecht bezeichneten Straftaten im Land Brandenburg wurde bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin eine Schwerpunktabteilung für Bezirkskriminalität und DDR-Justizunrecht eingerichtet. Im Wesentlichen wurden Verfahren gegen Richter und Staatsanwälte der ehemaligen DDR wegen Rechtsbeugung, Verfahren gegen Bedienstete ehemaliger Strafvollzugseinrichtungen wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung, Verfahren wegen Gewalttaten an der früheren innerdeutschen Grenze, wegen Wahlfälschungen und Straftaten von Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR geführt. Im Ergebnis sind insgesamt 80 Angeklagte rechtskräftig verurteilt worden. Dabei ist bei der juristischen Aufarbeitung zu berücksichtigen, dass aufgrund des verfassungsrechtlich verankerten Rückwirkungsverbotes lediglich Handlungen bestraft werden können, wenn diese sowohl nach DDR-Recht als auch nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland strafbar waren. Vor diesem Hintergrund sowie unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen und von der Rechtsprechung vorgegebenen Bedingungen ist die juristische Aufarbeitung von DDR-Unrecht im Land Brandenburg im Wesentlichen als gelungen zu bewerten.⁹ Der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und daraus folgend der Rehabilitierung der durch die SED-Diktatur politisch Verfolgten kommt ein hoher Stellenwert in der Arbeit der Landesregierung zu. Die besondere Fürsorge gilt jenen Menschen, die Opfer politischer Verfolgung wurden oder sich als Oppositionelle dem diktatorischen Regime in der DDR entgegenstellten und dafür ihren Preis in Form von Haft, Verfolgung und Benachteiligung zu zahlen hatten. Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Innern werden Anträge von Betroffenen auf verwaltungsrechtliche sowie berufliche Rehabilitierung bearbeitet (nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz). Auch das strafrechtliche Rehabilitierungsverfahren (nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz) in Verantwortung des Ministeriums der Justiz ist ein Beitrag zur Aufarbeitung von SED-Unrecht, der im unmittelbaren Interesse der Opfer liegt. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass das vielfach erfahrene persönliche Leid der Opfer hiermit nicht wiedergutmachen ist. Eine Beratung für die Opfer des SED-Unrechtsregimes wird durch verschiedene Be-

⁸ Vgl. hierzu ausführlich das Konzept der Landesregierung zur aktiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, Landtagsdrucksache 4/5325, S. 26-29.

⁹ Vgl. Klaus Marxen/Gerhard Werle: „Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Eine Bilanz.“ Berlin 1999, u. a. zur im Grundsatz positiven Bewertung des sog. Brandenburger Weges.

hörden bzw. Institutionen angeboten: Die mit Rehabilitierungsangelegenheiten betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium des Innern beraten sowohl in laufenden Rehabilitierungsverfahren als auch insbesondere im Vorfeld, um den Betroffenen bei der Antragstellung zu helfen. Zur Aufarbeitung des persönlichen Schicksals der von der SED-Diktatur Verfolgten arbeitet das Ministerium des Innern auf der Grundlage einer Vereinbarung vom 2. Februar 2001 erfolgreich mit dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zusammen. Darüber hinaus bietet die BStU übergangsweise einen regelmäßigen Beratungsservice in einem Informations- und Beratungsbüro im Alten Rathaus in Potsdam an. Die Landesregierung beabsichtigt, dem hohen Bedarf an Beratung auf Seiten der Opfer der SED-Herrschaft Rechnung zu tragen, indem sie die Einrichtung der Stelle eines Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR plant. Dieser soll darüber hinaus die Gedenkstätten bei ihrer politischen Bildungsarbeit unterstützen.

1995 ist das Land Brandenburg der Stiftung „Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft“ beigetreten. Die in Berlin ansässige Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Brandenburgischen Landeshaushalt. Bislang konnten über 1.000 NS-Verfolgte aus dem heutigen Land Brandenburg finanziell durch die Stiftung unterstützt werden. Derzeit erhalten rund 260 Menschen in Brandenburg von der Stiftung eine monatliche Beihilfe. Bis heute erreichen die Stiftung Anträge von NS-Verfolgten. In den letzten Jahren stammen die Antragsteller zumeist aus den Ländern der früheren Sowjetunion, wo sie in der Zeit der deutschen Besetzung als Juden der Verfolgung ausgesetzt waren.

1.3 Begriffsbestimmung und Aufgaben von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und zeitgeschichtlichen Museen

1.3.1 Begriffsbestimmung

Um der enormen Bandbreite zeitgeschichtlicher Gedenk- und Erinnerungsorte sowie zeitgeschichtlicher Museen und der Forschung gerecht zu werden, bezieht sich das Konzept nicht ausschließlich auf Gedenkstätten. Dabei haben diejenigen Forschungsergebnisse und laufenden -projekte Eingang in das Konzept gefunden, die sich in besonderer Weise als Grundlage für die Weiterentwicklung von Museen, Gedenkstätten und Wanderausstellungen eignen. Der Begriff des *Erinnerungsortes* wird als wichtigster Bezugspunkt im kulturellen Gedächtnis der Deutschen verstanden. Mit dem Begriff des „Erinnerungsortes“ sind somit auch diejenigen historischen Orte gemeint, bei denen es sich nicht im klassischen Sinn um Gedenkstätten handelt, die jedoch von wesentlicher Bedeutung für die Vermittlung regionaler und nationaler

Zeitgeschichte sind. Bei *zeitgeschichtlichen Museen* handelt es sich größtenteils um keine historischen Orte. Museen sind Orte des Sammelns, Bewahrens und Dokumentierens, die die historischen Entwicklungen der Öffentlichkeit in Form von Ausstellungen vermitteln. Bei *Gedenkstätten* hingegen handelt es sich um ehemalige Orte der Repression wie Lager und Haftanstalten, denen Friedhofsfunktionen, in jedem Fall jedoch die Funktion des Gedenkens an die Verfolgten und Opfer zukommen. Es sind Leidens- und Tatorte, Orte des Trauerns und des Gedenkens. Darüber hinaus sind es denkmalgeschützte bauliche historische Dokumente, Bildungseinrichtungen und zeitgeschichtliche Museen. Hierunter fallen zum einen die KZ-Gedenkstätten, zum anderen Speziallager-Gedenkstätten, dem Innenministerium der DDR unterstellte Zuchthäuser und Haftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Nicht zuletzt misst das Konzept der zeitgeschichtlichen Forschung eine große Bedeutung bei. Zum einen entwickelt sich die Erinnerungskultur unter Einbeziehung der Grundlagenforschung. Zum anderen ist sie stets ein notwendiges Korrektiv, um sie vor politischer Vereinnahmung zu bewahren.

1.3.2 Aufgaben

Den Gedenkstätten kommt eine besondere Verantwortung gegenüber den Überlebenden und ihren Angehörigen zu. In der konkreten Arbeit geht es dabei um die Aufklärung unbekannter Schicksale, die Unterstützung bei Fragen der Entschädigung bzw. der Haftbestätigung sowie die Erarbeitung von Totenbüchern. Nicht zuletzt leisten Gedenkstätten einen Teil der humanitären Begleitung traumatisierter ehemaliger Häftlinge und ihrer Angehörigen. Ein wesentlicher, gesellschaftlich breit anerkannter Schwerpunkt der Gedenkstättenarbeit liegt in der Bildungsarbeit. Zugleich sind sie wichtige Forschungseinrichtungen. Ihre Basis bilden klassische Museumsaufgaben des Sammelns, Bewahrens und Ausstellens. Insbesondere angesichts des „Abschieds von den Zeitzeugen“ aus der Zeit des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit besteht die Aufgabe der Bildungsarbeit in Gedenkstätten darin, an die Verbrechen und ihre spezifischen Kontexte zu erinnern und das Andenken an die Verfolgten und Opfer zu bewahren. Weder die Bildungsarbeit noch das Gedenken dürfen beliebig sein. In erster Linie wird an den Orten der Repression die Einsicht vermittelt, dass Leiden niemals abstrakt war, sondern der Terror sehr konkret an einem bestimmten Ort stattgefunden hat. Darüber hinaus erschließt sich der Grund dafür, warum die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen mit Diktatur und Gewalt für den Erhalt und die Stabilisierung von Demokratie überhaupt von Bedeutung ist, Nachgeborenen nicht von selbst und muss erläutert werden. Bei dieser Vermittlungsarbeit kommt den Gedenkstätten eine wesentliche Bedeutung zu. Sowohl für Gedenkstätten als auch für andere Erinnerungsorte und Museen gilt, dass die Besucher nicht nur möglichst detailliert über das historische Geschehen informiert werden sollen, sondern auch von Hintergründen und Ursachen

erfahren. Historische Ereignisse dürfen nicht als vermeintlich unzusammenhängende Vorgänge erscheinen. Verdeutlicht werden muss vielmehr, dass es spezifische Kausalitäten und Verantwortlichkeiten gibt. Geschichte vollzieht sich nicht als blindes Schicksal, sondern kennt Täter, Opfer, Mitläufer, Profiteure, Widerstandskämpfer und Helfer – nicht selten in wechselnden Rollen.

Die Bildungsarbeit in den Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Museen hat gesellschaftlich kontrovers verhandelte Fragen aufzunehmen. In Brandenburg gilt es, mit dem Erbe des staatsoffiziellen Antifaschismus umzugehen. Es geht um die Dekonstruktion geschichtspolitischer Mythen, denen zufolge sämtliche Täter in den Westen geflüchtet seien und es entsprechend auf eine individuelle Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht angekommen sei. Auf diese Weise wurde es DDR-Bürgern ermöglicht, sich gleichsam „als erste Opfer des Faschismus“ (Annette Leo) fühlen zu können. Dieser Haltung gilt es heute in der historisch-politischen Bildungsarbeit entgegenzuwirken. Insbesondere an Orten mit sogenannter mehrfacher Vergangenheit, die die Geschichte beider deutschen Diktaturen „erzählen“, können Kontinuitäten in antidemokratischen Einstellungen, Haltungen und Mentalitäten herausgearbeitet und vermittelt werden. Ein wesentliches Ziel besteht darin, Offenheit für verschiedene Erfahrungen und Perspektiven auf die Geschichte zu erreichen. Dies gilt ebenso für die Aufarbeitung und Vermittlung der Alltagsgeschichte. In der historisch-politischen Bildungsarbeit geht es um Menschenrechtserziehung und um die Verdeutlichung der Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen geschlossenen und offenen Gesellschaften. Wie bereits betont, muss ein wesentliches Ziel der Aufarbeitung und der politisch-historischen Bildung darin bestehen, auch Nachgeborenen ein Geschichtsbewusstsein zu vermitteln, das sich im Wissen um die Zusammenhänge der brandenburgischen, deutschen und europäischen Geschichte entwickelt. Das Ziel besteht in einem Beitrag zur selbstständigen Auseinandersetzung mit den historischen Ereignissen im Hinblick auf gegenwärtige Entwicklungen und die Zukunft.

2. Bestandsaufnahme und Perspektiven brandenburgischer Erinnerungskultur

Im Folgenden wird beschrieben, welche Themen durch die bestehenden Einrichtungen bereits Teil der brandenburgischen Erinnerungskultur sind. Die Geschichte der einzelnen Erinnerungsorte wird skizziert und ihre Relevanz innerhalb des Gesamtkonzepts der brandenburgischen Erinnerungskultur verdeutlicht. Auf dieser Grundlage wird jeweils ausgeführt, worin die Weiterentwicklung vor dem Hintergrund bisher erreichter Standards bestehen kann. Wesentlich für die Erwähnung in der folgenden Bestandsaufnahme war, dass die Ereignisse Niederschlag in Gedenkstätten oder Ausstellungen gefunden haben. Dabei erhebt die Skizze ausdrücklich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.¹⁰ Es geht um die exemplarische Darstellung der beeindruckenden Bandbreite der brandenburgischen Erinnerungskultur. Um dieses thematische Spektrum tatsächlich benennen zu können, wurden die Erinnerungsorte den für das Land Brandenburg wichtigen zeitgeschichtlichen Themen zugeordnet. Dabei werden die sowohl durch die Nationalsozialisten als auch durch die sowjetische Besatzungsmacht bzw. die DDR genutzten Orte der Verfolgung explizit nicht getrennt dargestellt, um die historische Entwicklung zu verdeutlichen und den historischen Kontext auch bei der konkreten Ortsvorstellung nicht aus dem Blick zu verlieren. Zunächst werden die Einrichtungen unter dem Dach der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten vorgestellt (2.1). Diesem Abschnitt folgen die Erläuterungen von Erinnerungsorten zu den nationalsozialistischen Verbrechen außerhalb der Stiftung (2.2.1). Im nächsten Abschnitt geht es um die Erinnerungsorte mit sogenannter mehrfacher Vergangenheit (2.2.2), um schließlich die Orte vorzustellen, an denen ausschließlich Verbrechen durch die sowjetische Besatzungsmacht und Verbrechen bzw. Unrecht in der DDR verübt worden sind (2.2.3).

10 Vgl. ausführlich Stefanie Endlich: Wege zur Erinnerung. Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Berlin, Berlin 2006; dies.: Nora Goldenbogen, Beatrix Herlemann u.a.: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999; Anne Kaminsky (Hrsg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Berlin 2007; Regina Scheer: Der Umgang mit den Denkmälern. Eine Recherche in Brandenburg, hrsg. von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Brandenburg, Potsdam 2003.

2.1 Erinnerung an Repression und Verfolgung: Einrichtungen unter dem Dach der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Oranienburg

Im März 1933 errichtete eine regionale SA-Standarte am „Tag von Potsdam“ in einem Fabrikgebäude im Zentrum der Stadt das erste Konzentrationslager in Preußen. Zu den über 3.000 Gefangenen, die bis zur Auflösung des Lagers im Juli 1934 hier inhaftiert waren, gehörten vor allem politische Gegner des NS-Regimes. Mindestens 16 überlebten die Haft nicht. Nach der Ermordung des SA-Führers Röhm im Juli 1934 übernahm die SS das KZ Oranienburg unter der Führung des späteren Inspektors Theodor Eicke, der auch die Reorganisation und Schließung des Lagers sowie den Aufbau des KZ Sachsenhausen betrieb. Auf den Grundmauern des im Krieg größtenteils zerstörten Gebäudes entstanden in den 1960er Jahren Büros für die Volkspolizei. Bis 1989 verwiesen zwei Erinnerungszeichen und ein Gedenkstein für den im KZ Oranienburg ermordeten anarchistischen Publizisten und Schriftsteller Erich Mühsam auf diese ehemalige Stätte des SA-Terrors. Heute informiert die Dauerausstellung „KZ Oranienburg“ in der Gedenkstätte Sachsenhausen umfassend über die Geschichte dieses frühen Lagers.

Oranienburg/Sachsenhausen

Im Sommer 1936 wurde das KZ Sachsenhausen von Häftlingen aus den Emslandlagern errichtet. In unmittelbarer Nähe zur Reichshauptstadt erbaut, war Sachsenhausen ab 1938 nicht nur Modell- und Schulungslager der SS, sondern auch das größte Konzentrationslager auf dem Gebiet des Deutschen Reiches. Es wurde als idealtypisches Modelllager von einem SS-Architekten entworfen. Erstmals wurden „Schutzhaft“-Lager, SS-Truppenlager, Werkstätten und SS-Wohnsiedlungen in einem einzigen Planentwurf zusammengefasst. Seine hervorgehobene Bedeutung innerhalb des Systems der Konzentrationslager wurde einmal mehr deutlich, als 1938 die Inspektion der Konzentrationslager, die Verwaltungszentrale für alle Konzentrationslager im deutschen Machtbereich, von Berlin nach Oranienburg verlegt wurde. Bei den 204.000 Häftlingen aus 47 Nationen handelte es sich zunächst vor allem um politische Gegner des NS-Regimes, später in zunehmender Anzahl um Angehörige der von den Nationalsozialisten als rassistisch oder biologisch minderwertig erklärten Gruppen und ab 1939 um Bürger der besetzten Staaten Europas. Hier war auch der prominente Vertreter der Bekennenden Kirche Martin Niemöller als persönlicher Häftling Adolf Hitlers inhaftiert. Die Verfolgung politischer Gegner war nunmehr nur noch eine Funktion unter anderen, da das KZ zusätzlich zum Instrument der militärischen und wirtschaftlichen Mobilmachung sowie der nationalsozialistischen Sozial- und Rassenpolitik wurde. Bis zur Befreiung 1945 kamen Zehntausende unter unmenschlichen Bedingungen sowie systematisch durchgeführten Mordaktionen um oder wurden in die Vernichtungslager im Osten deportiert. Sie starben an Hunger und Krankheiten, wurden Opfer von

Misshandlungen, wurden erschossen, gehängt oder vergast. Erst der Vormarsch sowjetischer und polnischer Armeeeinheiten drängte die SS zum Rückzug. Am 21. April 1945 wurde das Lager von der SS „evakuiert“, indem sie die marschfähigen Lagerinsassen zu Fuß auf einen Todesmarsch in Richtung Lübeck trieb. Etwa 3.000 im Lager zurückgebliebene Kranke wurden am 22. April 1945 von russischen und polnischen Einheiten der Roten Armee befreit.

Im selben Monat errichtete die sowjetische Militärverwaltung SMAD in dem gerade geräumten KZ das größte Speziallager der sowjetischen Besatzungszone. Im Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen waren insgesamt bis zu 60.000 Menschen inhaftiert. Das Speziallager Nr. 7 befand sich bereits seit April 1945 in Weesow (Landkreis Barnim), wo einige Bauernhöfe als Lager geräumt worden waren. Im August wurde das Speziallager Nr. 7 auf das Gelände des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Sachsenhausen verlegt. Im Sommer 1948 wurde es in „Speziallager Nr. 1“ umbenannt. Bis zu seiner Auflösung im März 1950 wurden dort mehr als 60.000 Personen inhaftiert. Unter missbräuchlicher Berufung auf die alliierte Entnazifizierung eingerichtet, war das Speziallager Sachsenhausen seit Ende 1946 auch Haftort für durch sowjetische Militärtribunale (SMT) Verurteilte. Unter den Häftlingen befanden sich vormalige nationalsozialistische Staats- und Parteifunktionsträger, Wehrmachtsangehörige, Jugendliche unter „Werwolf“-Verdacht, ehemalige Angehörige der Roten Armee, tatsächliche oder vermeintliche Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht sowie eine Minderheit, die als NS-Kriegsverbrecher hätte zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Mindestens 12.000 Menschen starben an Unterernährung und Krankheiten in Folge unmenschlicher Haftbedingungen. Nach der Auflösung des Lagers im August 1950 wurden die Überlebenden von der Militärverwaltung entlassen, in die Sowjetunion deportiert oder zur Aburteilung durch Sondergerichte der SBZ/DDR übergeben. Zwischen 1950 und 1956 nutzte die Kasernierte Volkspolizei bzw. die Nationale Volksarmee das Gebäude und zerstörte einen großen Teil der KZ-Anlage, unter anderem das Krematorium und die Vernichtungsstation Z. Im Jahr 1961 wurde die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen auf einem Teil des ehemaligen Lagergeländes eingeweiht, die an die KZ-Verbrechen erinnerte und die DDR als das bessere, antifaschistische Deutschland präsentierte. Zuvor hatten die Planer abermals zahlreiche Gebäude abreißen lassen und das Gelände zum Landschaftspark umgestaltet. Der in der DDR allgemein verbreitete Mangel an Baumaterialien führte dazu, dass die Mahnmale und Museen bis 1990 in erschreckendem Maße verkamen.

Nach der Gründung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten wurde mit umfangreichen Sanierungsmaßnahmen begonnen, die zu einem großen Teil bis heute abgeschlossen werden konnten. Entsprechend der Planungen innerhalb des dezentralen Gesamtkonzepts konnten seit Gründung der Stiftung auf dem Areal mittlerweile elf ständige Ausstellungen realisiert werden. Beginnend mit der Dauerausstellung

zum „Konzentrationslager Oranienburg“ (1994), wurden folgende Ausstellungen erarbeitet: „Von der Erinnerung zum Monument. Die Geschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen (1996), „Jüdische Häftlinge im KZ Sachsenhausen“ (1997), „Der Zellenbau des KZ Sachsenhausen“ (1999), „Der ‚Alltag‘ der Häftlinge des KZ Sachsenhausen“ (2001), „Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Sachsenhausen“ (2001), „Medizin und Verbrechen. Die Krankenrevierbaracken des KZ Sachsenhausen“ (2004), „Die Stadt und das Lager“ (2004), „Mord und Massenmord im KZ Sachsenhausen“ (2005) sowie „Ereignisse und Entwicklungen im KZ Sachsenhausen“ (2008). Geplant sind innerhalb des dezentralen Ausstellungsprogramms darüber hinaus die Ausstellungen „Verwaltung und Organisation des Konzentrationslagers“ sowie „Die Konzentrationslager-SS. Biografien der Täter“.

Überlebende des Speziallagers Weesow und Angehörige brachten 1992 gemeinsam mit der Gemeinde Weesow, dem Landratsamt und dem Innenministerium des Landes Brandenburg Informationstafeln zur Geschichte des Speziallagers Nr. 7 und zum Gedenken an die Häftlinge an. Im Dezember 2001 wurde in der Gedenkstätte Sachsenhausen ein neues Museum zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 eröffnet. Stiftung, Bund und Land waren übereingekommen, die ursprünglich für das Jahr 2007 vorgesehene Eröffnung vorzuziehen. Dies geschah sowohl im Interesse der sich im vorgerückten Alter befindenden ehemaligen Häftlinge als auch mit der Absicht, die bislang unbekanntere Lagergeschichte früher in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Bereits 1990 hatten ehemalige Häftlinge einen Gedenkstein an der nordöstlichen Lagermauer, wo sich ein noch erkennbarer Durchgang zwischen der „Zone I“ und der „Zone II“ des Speziallagers befand, errichtet. Ebenfalls nach 1990 errichtete das Innenministerium in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 bis 1950 eine Gedenkanlage im Schmachtenhagener Forst, an der Düne und am Kommandantenhof, weiteren Fundorten von Massengräbern aus der Zeit des sowjetischen Speziallagers.

Wittstock/Belower Wald

Nach der Räumung des KZ Sachsenhausen durch die SS am 21. April 1945 wurden 33.000 der 35.000 Häftlinge auf einen der berüchtigten Todesmärsche in Richtung Nordwesten gezwungen. Unter den Gefangenen befanden sich auch Frauen und Kinder. Auf diesem Weg gelangten mehr als 15.000 Häftlinge in den Raum Wittstock und in den nahen Belower Wald. Sie suchten Zuflucht in Erdlöchern und in selbst notdürftig errichteten Unterständen und wurden von der SS streng bewacht. Als Nahrung mussten Wurzeln und Baumrinde dienen. Von diesen dramatischen Ereignissen zeugen noch heute von den Häftlingen eingeritzte Inschriften in den Bäumen und große Flächen fehlender Rinde, die ihnen als Nahrung diente. Auf dem Friedhof in Grabow (Mecklenburg-Vorpommern) wurden 132 Häftlinge, die noch im Wald oder kurze Zeit später im Nothospital verstorben sind, beigesetzt. Das Museum des Todesmarsches infor-

miert über die Todesmärsche am Ende des Krieges und über die konkreten Ereignisse im Belower Wald. Das Museum wurde 1981 eröffnet und zeigt von Häftlingen im Wald zurückgelassene Fundstücke. Zuvor war 1975 ein Gedenkstein durch eine dem DDR-Antifaschismus verpflichtete Stele mit einem roten Winkel ersetzt und ein Ehrenhain angelegt worden. Dieses Mahnmal fällt in die Zuständigkeit der Stadt Wittstock. Zurzeit wird das Museum, das von Beginn an eine Außenstelle der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen war, mit Unterstützung des Bundes und des Landes neu gestaltet. Entsprechend der Empfehlungen der vom Land eingesetzten Expertenkommission wird sich die Ausstellung auf das Geschehen des Todesmarsches konzentrieren und die Perspektive der Häftlinge stärker als zuvor einbeziehen. Im Mittelpunkt der neuen Ausstellung soll das Waldgelände stehen, während das Museum für die politisch-historische Bildungsarbeit genutzt werden wird. Auch heute ist das Museum eine Außenstelle der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen und wurde 1993 Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Auf einer benachbarten Wiese soll eine neue dokumentarische Freiluftausstellung zur Geschichte der Todesmärsche und des Waldlagers präsentiert werden.

Fürstenberg/Ravensbrück

Ab November 1938 wurden Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen gezwungen, in der Nähe des Luftkurortes Fürstenberg das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück zu errichten.¹¹ Die ersten weiblichen Häftlinge wurden im Frühjahr 1939 aus dem KZ Lichtenburg in dieses größte Konzentrationslager für Frauen auf deutschem Gebiet deportiert. Im April 1941 erfolgte die Ergänzung des Areals um ein Männerlager. Ab Sommer 1942 wurde in unmittelbarer Nähe das Jugendkonzentrationslager Uckermark errichtet. Zwischen 1939 und 1945 wurden 132.000 Frauen und Kinder, 20.000 Männer und 1.000 weibliche Jugendliche des „Jugendschutzlagers Uckermark“ als Häftlinge registriert. Die Häftlinge des KZ Ravensbrück stammten aus über 40 Nationen, unter ihnen auch aus rassistischen Gründen verfolgte Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma. Sie verrichteten Zwangsarbeit in den neben dem KZ-Gelände von der Firma Siemens und Halske errichteten Werkhallen. An ihnen wurden menschenverachtende pseudomedizinische Untersuchungen durchgeführt, an denen viele Frauen starben. Insgesamt hatte das KZ Ravensbrück mehr als 40 Außenlager, in denen die Frauen für die Rüstungsproduktion ausgebeutet wurden. Zehntausende von ihnen starben an Hunger, Krankheiten, durch medizinische Experimente oder wurden ermordet. Ab Februar 1945 existierte eine Gaskammer in Ravensbrück, in der die SS bis April 1945 über 5.000 Häftlinge ermordete. Nachdem 7.500 Häftlinge durch das Rote Kreuz in die Schweiz und nach Schweden gebracht werden konnten, wurden die im Lager verbliebenen Häftlinge kurz vor Kriegsende auf die Todesmärsche in Richtung Nordwesten getrieben. Auch nach der Befreiung am 30. April 1945

¹¹ Vgl. grundlegend zur Geschichte des KZ Ravensbrück: Bernhard Strebel: *Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes*, Paderborn 2003; *Eschebach, Insa* (Hrsg.): *Ravensbrück. Der Zellenbau. Geschichte und Gedenken. Begleitband zur Ausstellung*. Berlin 2008.

starben viele Frauen, Kinder und Männer an den Folgen der KZ-Haft. In der unmittelbaren Nachkriegszeit begann die militärische Nutzung des ehemaligen KZ-Areals durch die sowjetische Armee. Lediglich ein außerhalb dieses sowjetisch besetzten Teils gelegener Bereich am Ufer des Schwedtsees konnte als Gedenkort genutzt werden. 1959 wurde die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück eröffnet. Wie die anderen großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR diente sie der geschichtspolitischen Instrumentalisierung der KZ-Geschichte und der ideologischen Legitimation des SED-Staats.

Seit 1993 ist die Gedenkstätte Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und wird zu einer modernen Gedenkstätte, die das Gedenken an die NS-Opfer mit den Anforderungen eines zeitgenössischen Museums verbindet, ausgebaut.¹² In der neu gestalteten Gedenkstätte wird in einem noch deutlicheren Maße als bisher zum Ausdruck kommen, in welcher Weise die Geschichte des KZ Ravensbrück sowohl exemplarisch für die KZ-Haft von Frauen als auch für weibliche Täterschaft steht. Die Sanierung und Neugestaltung erfolgt auf der Grundlage der 2005 von den Gremien der SBG verabschiedeten Zielplanung.¹³ Derzeit befindet sich etwa ein Drittel des ehemaligen Häftlingslagers im Besitz der Stiftung. Das außerhalb des Stiftungsgeländes gelegene ehemalige „Jugendschuttlager“ Uckermark und das ehemalige Siemenslager sollen entsprechend den Empfehlungen der Expertenkommission von 1992 durch eine neue Wegeführung zugänglich gemacht und durch Informationstafeln erschlossen werden.¹⁴ Es stehen weitere bauhistorische Erschließungen an. Darüber hinaus wurden Konversionsmaßnahmen erfolgreich abgeschlossen und der Uferbereich des ehemaligen Hauptlagers gestaltet. Die zügige Umsetzung der sich in Vorbereitung befindenden neuen Dauerausstellung zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes ist dringend geboten. Die Planungen sehen vor, sie im zukünftigen musealen Zentrum in der ehemaligen Kommandantur zu präsentieren. Von dieser Hauptausstellung aus soll auf dezentrale vertiefende Ausstellungen verwiesen werden: In diesen kleineren, teilweise bereits realisierten Ausstellungen ist in der ehemaligen Textilfabrik die Zwangsarbeit der Frauen im KZ Thema. In einem der ehemaligen Führerhäuser soll es um die SS-Führer gehen, im ehemaligen Zellenbau wird bereits die Geschichte der Sonderhaft thematisiert, der unter anderem auch Angehörige des Widerstands vom 20. Juli zum Opfer fielen. Im ehemaligen Wasserwerk soll die Geschichte der Roten Armee in Fürstenberg und Ravensbrück präsentiert werden. In einem der ehemaligen Aufseherinnenhäuser werden die Biografien und die Geschichte des weiblichen SS-Personals vorgestellt. Dabei kommt der Er-

12 Vgl. ausführlich zur aktuellen Zielplanung Insa Eschebach: Die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gesamtkonzeption, Oktober 2006.

13 Zur Zielplanung vgl. Braun & Voigt, Planung und Projektmanagement GmbH: Zielplanung. Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Ehemaliges Frauen-Konzentrationslager, Zwei Bände, 2003 (Typoskript).

14 Vgl. Empfehlungen, a.a.O. S. 37 und 40. Die Expertenkommission empfahl darüber hinaus auch, „die Fläche des ehemaligen ‚Jugendschuttlagers‘ sollte markiert und eingefriedet werden“, ebd. S. 37.

forschung und Darstellung von Biografien, Motivationen und Handeln der Täterinnen und Täter in der Gedenkstättenarbeit bereits zum jetzigen Zeitpunkt große Bedeutung zu. Mit der Ausstellung „Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück“ aus dem Jahr 2004 hat die Gedenkstätte Ravensbrück im Vergleich mit anderen deutschen KZ-Gedenkstätten Neuland beschritten. Mit der Einweihung des mit Mitteln der Europäischen Union, des Bundes und des Landes errichteten Informations- und Empfangsgebäudes im Jahr 2007 ist ein sichtbares Zeichen für die begonnene Neugestaltung der Gedenkstätte gesetzt worden.

In Kooperation mit der Brandenburgischen Landeszentrale hat die Gedenkstätte Ravensbrück im Jahr 2004 die Wanderausstellung mit dem Titel „Das, was man Leben nannte...“ realisiert. Angeregt durch die Sammlung von Gedichten, Zeichnungen und Berichten von Häftlingsfrauen aus dem KZ Ravensbrück entstand die Dokumentation über den Alltag in dem einzigen Frauen-Konzentrationslager in Deutschland während der Zeit des Nationalsozialismus. Auf 16 Tafeln wird aus dem Blickwinkel der Häftlingsfrauen über Arbeit, Leben und Sterben unter unmenschlichsten Bedingungen berichtet. Bewusst wurde bei der Ausstellung auf kommentierende und begleitende Worte verzichtet und vollkommen auf die Kraft der Dokumente gesetzt. Die Ausstellung kann kostenlos bei der Landeszentrale ausgeliehen werden.

Brandenburg an der Havel

Das Zuchthaus Brandenburg-Görden steht für ein weiteres Kapitel der nationalsozialistischen Verbrechen-Geschichte. Zwischen 1927 und 1935 als die sicherste und modernste Strafanstalt in Europa erbaut, nutzten die Nationalsozialisten es als Zuchthaus und Sicherungsanstalt. Seit August 1940 diente das Zuchthaus der NS-Justiz zudem als Hinrichtungsstätte. Die Urnen von 1.700 Hingerichteten wurden auf dem Friedhof Marienberg beigesetzt. 1945 wurde das Zuchthaus durch die Rote Armee befreit und bis 1947 von den sowjetischen Militärbehörden und dem Geheimdienst NKWD zur Inhaftierung von Kollaborateuren, als Untersuchungsgefängnis des NKWD und eines sowjetischen Militärtribunals genutzt. Nachdem die Justizverwaltung der DDR das Zuchthaus im Jahr 1949 übernommen hatte, wurde es erneut zu einer Strafanstalt, in der neben tatsächlichen Kriminellen, NS-Tätern und Kriegsverbrechern viele politische Oppositionelle, gescheiterte „Republikflüchtlinge“, Zeugen Jehovas und Homosexuelle inhaftiert waren.¹⁵ 1947 wurde auf dem Friedhof am Marienberg im Auftrag der Stadt Brandenburg an der Havel ein Denkmal für die Befreiung des Zuchthauses errichtet. Da Erich Honecker von 1937 bis 1945 politischer Häftling des Zuchthauses Brandenburg-Görden war, erfuhr die Gedenkstätte am Marienberg nach seinem Machtantritt 1971 einen politischen Bedeutungszuwachs. Der bereits geplante Bau eines antifaschisti-

¹⁵ Vgl. ausführlich zur Geschichte des Zuchthauses Brandenburg-Görden in der DDR: Leonore Ansorg: Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Berlin 2005 (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 15).

schen Museums wurde jedoch nicht mehr realisiert. Seit 1990 wird das ehemalige Zuchthaus als Justizvollzugsanstalt betrieben, in der seit 1975 am Ort der ehemaligen Hinrichtungsstätte Gedenkräume eingerichtet sind. Eine Ausstellung im Vorraum informiert über die Biografien von während der NS-Zeit Inhaftierten. Die der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten angehörende Dokumentationsstelle betreut die Gedenkräume, pflegt und erweitert das Archiv und die Sammlungen und führt pädagogische Projekte mit Schülern und Jugendlichen durch. Schulpädagogische Angebote werden von der „Projektwerkstatt Robert Havemann“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport angeboten. Der Geschichte seines Widerstands gegen den Nationalsozialismus, seiner Rolle bei der Befreiung des Zuchthauses, seiner weiteren Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR sowie seinem Einfluss auf die Opposition in der DDR kommt dabei aus Sicht der Landesregierung eine große Bedeutung zu. Die weitere Erforschung der Haftanstalt Brandenburg-Görden insbesondere in den 1950er Jahren sollte weiter vorangetrieben werden, wobei hier auf einschlägige Ergebnisse der Forschungsabteilung der BStU zurückgegriffen werden kann.

Als wesentliches Ergebnis einer wissenschaftlichen Tagung im Jahr 2002 zum Zuchthaus Brandenburg wurde festgehalten, dass unbedingt Bedarf an einer grundsätzlichen Neukonzeption der Arbeit der Dokumentationsstelle besteht. Da auch der Justiz die Gedenkstätte in der heutigen Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel als historischer Ort besonders wichtig ist, bietet das Ministerium der Justiz der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten die Möglichkeit die von der Dokumentationsstelle Zuchthaus-Brandenburg Görden genutzten Gedenkräume zu erhalten. Dies bietet auch für die Mitarbeiter im Strafvollzug eine Möglichkeit, sich mit dem nationalsozialistischen Terrorregime auseinander zu setzen. Gleichwohl wird es schwierig bleiben, den Betrieb der Justizvollzugsanstalt mit den Bedürfnissen einer Gedenkstätte zu vereinbaren.

Schließlich war Brandenburg an der Havel Tatort für das unter dem euphemistischen Begriff „Euthanasie“ (Gnadentod) verschleierte Krankenmordprogramm der Nationalsozialisten. Behinderte und Anstaltspatienten wurden in ein Nebengebäude des bereits 1931 außer Betrieb gesetzten „Alten Zuchthaus“ am Nikolaiplatz gebracht und in einer dort 1939 erstmalig betriebenen Gasmordbaracke durch Kohlenmonoxid getötet. Von Januar 1940 bis August 1941 wurden im Rahmen der „T 4“- Aktion, die eine wesentliche Voraussetzung für den Holocaust war, über 70.000 Psychatriepatienten durch Kohlenmonoxid in deutschen Heil- und Pflegeanstalten ermordet. Insgesamt fielen während des Zweiten Weltkrieges mehr als 300.000 Menschen den „Euthanasie“-Morden zum Opfer. Noch vor der von Hitler getroffenen Entscheidung über die „Endlösung der Judenfrage“ im Sommer/Herbst 1941 waren die Geisteskranken jüdischer Herkunft Opfer einer systematischen Massenmordaktion. In der Anstalt Buch bei Berlin betraf der erste Transport

von etwa 200 Patientinnen und Patienten in die Vergasungsanstalt Brandenburg an der Havel im Juni 1940 ausschließlich Juden. Während die nicht jüdischen Opfer nach ihrer Arbeitsfähigkeit selektiert wurden, genügte bei jüdischen Pfleglingen die Zuschreibung „Jude“. Der einzige Richter, der sich den Verbrechen entschieden entgegenstellte, war Lothar Kreyszig, dem in Brandenburg an der Havel eine Stele und in Hohenferchesar ein Gedenkstein gewidmet ist. Er war nicht nur wohl der einzige deutsche amtierende Richter, den der stellvertretende Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen Robert W. Kampner einen „Gerechten“ nannte, sondern arbeitete bis 1945 für die Bekennende Kirche. Ebenso gibt es Forschungsbedarf im Hinblick auf die katholische Kirche. Im Hinblick auf die Widerstandsgeschichte sind Personen wie Bernhard Lichtenberg und Konrad Kardinal von Preysing zentral. Beide haben sich unter anderem gegen die nationalsozialistische „Euthanasie“ eingesetzt.

Auch die sich in den Kirchengemeinden darstellende Alltagsgeschichte ist bislang noch nicht ausreichend erforscht bzw. in Ausstellungen präsentiert worden. Es stellen sich unter anderem Fragen nach dem Ausschluss von Juden christlichen Glaubens aus den Gemeinden und nach der Haltung in den Gemeindeführern zur sogenannten Judenfrage. In der Landeskirche gibt es zu diesem Thema zahlreiche Initiativen, um die kirchliche Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus sowie in der DDR darzustellen. Koordinierungsaufgaben liegen bei einer Arbeitsstelle, die beim Landeskirchlichen Archiv angesiedelt ist. Im Ergebnis werden durch diese Arbeit kirchengeschichtliche Erinnerungsorte ermittelt und für diese Formen lebendigen Erinnerns und Gedenkens entwickelt. Dies betrifft derzeit vorwiegend den Bereich Berlin. Es wäre wünschenswert, die brandenburgischen Erinnerungsorte und Gedenkstätten in stärkerem Maß einzubeziehen.

Seit 1997 befindet sich am Nikolaiplatz ein von der Stadt Brandenburg/Havel gestalteter Gedenkort mit Freiluftausstellung am Standort der Baracke, in der die ersten Tötungen durch Giftgas stattfanden. Entsprechend eines Beschlusses des Stiftungsrates der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und mit Förderung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur und dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien soll das original erhaltene ehemalige Kantinengebäude des Zuchthauses umgebaut werden, um dort eine umfassende Ausstellung zur Geschichte der Euthanasie in Brandenburg zu beherbergen. Das Gebäude liegt in unmittelbarer Nachbarschaft des ehemaligen Tatorts, der heute dort präsentierten Freiluftausstellung der Stadt sowie Relikten des „Alten Zuchthauses“. In einem von der Deutschen Klassenlotterie geförderten Forschungsprojekt am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität werden zurzeit die Namen der rund 5.000 Berliner Opfer, die in Brandenburg an der Havel ermordet worden sind, ermittelt. Das Projekt, dessen Ergebnisse in die geplante Ausstellung Eingang finden werden, wird in Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten durchgeführt.

Zum Gedenken an die Opfer der „Euthanasie“-Morde wurde am 18. Januar 2009 unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten das „Denkmal der grauen Busse“ als temporäre Ausstellung auf dem Nicolaiplatz der Stadt Brandenburg an der Havel errichtet.

In den ehemaligen Landeskliniken als Tatorten wurden ebenfalls vielfache Anstrengungen unternommen, sich mit der Verbrechensgeschichte im eigenen Haus auseinanderzusetzen. Dort angebrachte Gedenkezeichen erinnern an die „Euthanasie“-Morde und würdigen die Opfer. Beispielsweise wurde im Mai 2002 auf dem Gelände der heutigen Asklepios-Fachklinik ein Gedenkstein enthüllt, der an die Verbrechen erinnert, die an den Patienten dieser Klinik verübt worden sind. Im Jahr 2004 wurde die Dauerausstellung „Die Landesanstalt Görden 1933 bis 1945. Psychiatrie im Nationalsozialismus“ eröffnet. Sie dokumentiert die Verbrechen und erinnert anhand biografischer Porträts an die Tausenden von Opfern der NS-Psychiatrie und „Euthanasie“.

An der Professur Neuere Geschichte I am Historischen Institut der Universität Potsdam wird seit dem Jahr 2000 über die Arbeitsstelle Medizingeschichte im Rahmen des Projektes „Sozialfürsorge in Brandenburg“ die brandenburgische Psychiatrieentwicklung umfassend aufgearbeitet und dokumentiert. Untersucht werden die verschiedenen gesellschaftlichen und sozialpolitischen Beziehungsgefüge des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, der NS-Zeit und der SBZ/DDR, wobei das Thema NS-Psychiatrie einen besonderen Schwerpunkt bildet. Es handelt sich dabei um Grundlagenforschung, aus der die Ursprünglich vom Landesamt für Soziales und Versorgung als Träger der ehemaligen Landeskliniken initiierte Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte entstanden ist.

Zu der Frage, inwieweit die Psychiatrie in das politische Herrschaftssystem der DDR eingebunden war, hatte bereits 1990 das Ministerium für Gesundheit der DDR eine Sachverständigenkommission eingesetzt, der eine parlamentarische Untersuchungskommission der Volkskammer folgte. Der Aufklärungsprozess wurde nach der deutsch-deutschen Vereinigung in den ostdeutschen Bundesländern fortgesetzt. So kam die 1992 einberufene unabhängige Kommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit der Psychiatrie im Land Brandenburg zu dem Ergebnis, dass es Einzelfälle des Psychiatriemissbrauchs, jedoch keinen systematischen politischen Missbrauch der Psychiatrie in der DDR gegeben hat. Die Berichte der Untersuchungskommissionen und wissenschaftliche Studien dokumentieren einen umfangreichen Aufklärungsprozess, der sowohl Bestandteil der Erinnerung an Repression und Verfolgung als auch ein Bestandteil der Erinnerung an die Friedliche Revolution von 1989 und die deutsche Einheit darstellt.

In Zusammenarbeit mit Schülern wurde schon 2003/04 das landesweite Ausstellungsprojekt „Stolpersteine – Gedenken für die Opfer der NS-Psychiatrie“ realisiert, bei dem mit dem Kölner Künstler Gunter Demnig so genannte „Stolpersteine“ für „Euthanasie“-Opfer verlegt werden. Diese Ausstellung wird derzeit von Schülern des Evangelischen Gymnasiums in Neuruppin erweitert. Sie ist ab dem 22. April 2009 im Rahmen des Begleitprogramms zur Initiative „Denkmal der grauen Busse für Brandenburg an der Havel“ in der dortigen Nicolaikirche zu sehen. Eine weitere Gruppe arbeitet bis Herbst 2009 an einem Opfergedenkbuch mit, das bis Herbst 2009 für die frühere Landesanstalt Neuruppin entsteht.

Darüber hinaus plant das Brauereimuseum Pritzwalk in Kooperation mit dem Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. (BEZ) ein gemeinsames Ausstellungsprojekt. Der erste Teil der ab April 2009 in Pritzwalk präsentierten Schau wird aus der bereits bestehenden Wanderausstellung „Lebensunwert – zerstörte Leben“ des BEZ bestehen. Ergänzend wird es unter dem Titel („Aus unserer Mitte“) um die Zwangsterilisation und den Krankenmord in der Region Pritzwalk gehen. Mit der Ausstellungspräsentation wird eine überfällige Auseinandersetzung mit diesem Teil der NS-Vergangenheit angeregt. Die nationalsozialistischen Verbrechen an Kranken und Behinderten werden erstmals einer breiteren Öffentlichkeit nahegebracht.

Wie die oben erwähnte Ausstellung auf Initiative der Fachklinik und das Vorhaben des Brauereimuseums Pritzwalk sind an zahlreichen Erinnerungsorten, aber auch ortsunabhängig vielfach Ausstellungen, Gedenkzeichen, Informationsstelen und Gedenkstätten außerhalb der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten entstanden, die im Folgenden vorgestellt werden.

2.2 Erinnerung an Repression und Verfolgung an Erinnerungsorten außerhalb der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

2.2.1 Verfolgung im Nationalsozialismus

Tröbitz

Hier kam es in den letzten Kriegsmonaten ebenfalls zu dramatischen Szenen. Ein Zug mit 2.500 jüdischen Häftlingen aus dem KZ Bergen-Belsen war nach zweiwöchiger Irrfahrt zum Stehen gekommen. Sein ursprüngliches Ziel war das KZ Theresienstadt. Hunderte starben an den Folgen der KZ-Haft, den unmenschlichen Transportbedingungen, an Hunger, Durst und Typhus und wurden in Schipkau, Langennaundorf, Wildgrube und Tröbitz begraben. An diesen Orten erinnern Gedenksteine an ihr Schicksal. Die Überlebenden wurden in Tröbitz am 23. April 1945 von sowjetischen Truppen befreit und in den Häusern der Dorfbewohner versorgt. Unmittelbar nach Kriegsende wurde ein jüdischer Friedhof für die Opfer dieses „verlorenen Transportes“ angelegt, der 1966 von einem Rabbiner zu einem jüdischen Ehrenfriedhof geweiht wurde. Er wird von der Gemeinde gepflegt und steht unter dem Schutz des Gräbergesetzes. 1952 wurde neben der evangelischen Kirche in Tröbitz ein antifaschistischer Gedenkort errichtet, auf dem allerdings die jüdische Identität der Opfer verschwiegen wurde. Erst 1995 wurden zwei Tafeln mit deutscher und hebräischer Inschrift ergänzt, die darüber aufklären, um wen es sich bei den Opfern gehandelt hat. Eine im Auftrag der israelischen Organisation „The Lost Transport Victims Memorial Society, Bergen-Belsen-Tröbitz (April 1945)“ im Jahr 1995 errichtete Gedenkwand enthält die Namen der während des Transports umgekommenen ehemaligen KZ-Häftlinge.¹⁶ Eine in den 1950er Jahren zugezogene Einwohnerin von Tröbitz erforschte die Schicksale der ehemaligen Häftlinge, sammelte Dokumente und erstellte eine Chronik der Ereignisse.¹⁷ Diesem Engagement ist es zu verdanken, dass das Schicksal der Opfer vom „Verlorenen Zug“ nicht in Vergessenheit geraten ist. Zurzeit informiert eine in Schülerprojektarbeit realisierte Ausstellung mit vier Tafeln in der evangelischen Grundschule Tröbitz über diese Ereignisse der letzten Kriegswochen und das Schicksal der Häftlinge. Die Landesregierung unterstützt das aktuelle Vorhaben des Amtes Elsterland und der Gemeinde Tröbitz mit Hilfe der SBG, dieses Informationsangebot durch die Neuerarbeitung einer Ausstellung auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstands zu erweitern. Bei dieser vollständigen Neukonzeption als Erinnerungs- und Begegnungsstätte wurde die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen gesucht.

¹⁶ Vgl. auch Regina Scheer, a.a.O., S. 117.

¹⁷ Erika Artl: Die jüdischen Gedenkstätten Tröbitz, Wildgrube, Langennaundorf und Schilda im Landkreis Elbe-Elster, 2000.

KZ-Außenlager und Zwangsarbeit

Während des Nationalsozialismus wurden Menschen aus allen Teilen Europas als „Fremdarbeiter“, heute zutreffend „Zwangsarbeiter“ genannt, nach Deutschland vor allem zur Arbeit in der Rüstungsindustrie, in der gewerblichen Wirtschaft und in der Landwirtschaft gezwungen. Darüber hinaus wurden mehr als zwei Millionen Kriegsgefangene entgegen dem Völkerrecht ebenfalls unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Zwangsarbeit gepresst. Das Wissen um die vielen Zwangsarbeitslager im Land Brandenburg ist nach wie vor fragmentarisch. Bis 1990 wurden die Toten auf Friedhöfen unter die „Opfer des Faschismus“ subsumiert. Seit 1990 stehen sie unter dem Schutz des Gräbergesetzes.¹⁸ Aufgrund der Spurensuche durch Heimatvereine und die Berliner Geschichtswerkstatt wurden mittlerweile zahlreiche Gedenkzeichen an Orten ehemaliger KZ-Außenlager eingeweiht und wie in Eberswalde Überreste ehemaliger Baracken unter Denkmalschutz gestellt. Weitere Mahnmalsanlagen für ehemalige KZ-Außenlager befinden sich in Germendorf, Oranienburg, Lehnitz, Belzig, Schwarzheide und Senftenberg.¹⁹

Strafkommando und KZ-Außenlager Klinkerwerk

Seit dem Spätsommer 1938 ließ die SS unweit der Lehnitz-Schleuse bei Oranienburg von Häftlingen des KZ Sachsenhausen das weltweit größte Ziegelwerk errichten. Hier sollten durch die rücksichtslose Ausbeutung der KZ-Häftlinge die Baustoffe für die gigantischen Bauvorhaben der SS in der Reichshauptstadt Berlin hergestellt werden. Das Strafkommando und spätere KZ-Außenlager (seit 1941) Klinkerwerk war das Todeslager des KZ-Sachsenhausen, wo die SS einzelne Häftlinge oder Häftlingsgruppen wie Juden, Sinti und Roma sowie Homosexuelle durch die mörderischen Arbeitsbedingungen oder gezielte Mordaktionen tötete. Nachdem die Anlagen des Klinkerwerks bei einem alliierten Luftangriff im April 1945 fast vollständig zerstört worden waren, wurden die Ruinen durch die sowjetische Besatzungsmacht beseitigt. Bis 1989 wurde das Gelände militärisch genutzt. 1998 wurden ein Gedenkplatz am Hafenbecken eingeweiht und 1999 eine Figurengrupe des Berliner Künstlers Stuart N.R. Wolf aufgestellt.

18 Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) in der Fassung vom 9. August 2005, BGBl. I S. 2426, demzufolge „Gräber von Personen, die als Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen seit dem 30. Januar 1933 ums Leben gekommen sind oder an deren Folgen bis 31. März 1952 gestorben sind, unter Schutz gestellt sind“.

19 Vgl. Wolfgang Benz, Barbara Diestel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte nationalsozialistischer Konzentrationslager, München 2008.

Ketschendorf

1944 wurde in Ketschendorf ein weiteres Außenlager des KZ Sachsenhausen errichtet. Die Häftlinge mussten Bunker bauen, die als Führungsstelle bei der Verteidigung von Berlin dienen sollten. Durch die näher rückende Front erfüllte das Lager diese Funktion nicht mehr, und es wurde aufgelöst. Die im Jahr 2007 erarbeitete ständige Ausstellung des Stadtmuseums Fürstenwalde informiert detailliert und anhand von Zeitzeugeninterviews über die Geschichte dieses KZ-Außenlagers.

Rathenow

Im selben Jahr wurde auch in Rathenow ein Außenlager des KZ Sachsenhausen errichtet. Die Häftlinge dieses Lagers mussten für die nahe gelegenen Arado-Flugzeugwerke Zwangsarbeit leisten. Die ersten Häftlinge kamen ab September 1944 aus dem holländischen Herzogenbusch. Im Februar 1945 wurden vor allem jüdische Häftlinge aus verschiedenen europäischen Ländern nach Rathenow verlegt. Nach der Befreiung des Lagers wurden die Bauten und Umzäunungen zurückgebaut. Die spätere archäologische Ausgrabung bestätigte die Existenz des Lagers. 1982 wurde der Standort zum Denkmal erklärt. Seit 2000 erinnert eine Gedenktafel auf dem ehemaligen Lagergelände an diesen Ort nationalsozialistischen Terrors.

Falkensee

Ab 1943 befand sich hier ein Außenlager des KZ Sachsenhausen. Die bis zu 2.500 aus nahezu allen europäischen Ländern verschleppten Häftlinge mussten unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit in dem Rüstungsbetrieb der Deutschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft (DEMAG) leisten. Französische Überlebende übergaben der Stadt Falkensee aus Anlass des 20. Jahrestages der Befreiung 1965 eine Erinnerungstafel zum Gedenken an die ermordeten Franzosen. Zwei Jahre später wurde eine Gedenkstätte mit Mahnmal eingerichtet. Nach 1990 wurde das Gelände des ehemaligen Außenlagers durch die Stadt zu einem Geschichtspark und damit zu einem Ort der Besinnung, Ermahnung und Information gestaltet. Stelen informieren über die Geschichte des Lagers.

Eberswalde

Während die baulichen Reste der Lager größtenteils längst abgetragen worden sind, existieren noch zwei fast im Originalzustand erhaltene Steinbaracken eines Außenlagers des KZ Ravensbrück, das sich von 1944 bis 1945 an der heutigen Heegemühler Straße befand. Es handelte sich um ein Barackenlager für den Rüstungskonzern Ardetwerke. Seit 1999 betreibt das Geschichtswissenschaftliche Institut Eberswalde in der Trägerschaft des gemeinnützigen Vereins Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde Forschungen zur Geschichte des Außenlagers. Der Verein hat mit der Unterstützung des Ministeriums für

Wissenschaft, Forschung und Kultur eine Wanderausstellung zur Situation der Zwangsarbeiterinnen und zur Geschichte des Lagers realisiert.

Kleinmachnow

Im Herbst 1944 kamen zwei Transporte mit ungefähr 400 polnischen Frauen aus dem KZ Ravensbrück in dieses Außenlager, um zur Zwangsarbeit in der Dreilinden Maschinenbau GmbH (DLMG) eingesetzt zu werden. Unter größter Geheimhaltung im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums gegründet, „beschäftigte“ das zum Bosch-Konzern gehörende Werk schließlich 5.000 Männer und Frauen in der Produktion von Zubehör für Flugzeugmotoren, darunter 2.500 Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Heute befindet sich in Kleinmachnow eine Mahntafel am Eingang der ehemaligen Fabrikanlage. Auf der Grundlage von Forschungen der Berliner Geschichtswerkstatt wurde eine Ausstellung realisiert, in der die Funde von Ausgrabungen des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalschutz und des Archäologischen Landesmuseums sowie Produktionsreste und Pläne gezeigt wurden.

Fürstenberg/Oder

Ab Mitte 1940 wurde in dieser Stadt das chemische Zentralwerk DEGUSSA errichtet, wo ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene Zwangsarbeit verrichten mussten. Darüber hinaus beschäftigten zwei weitere für die Industrialisierung maßgebliche Großinvestoren Zwangsarbeiter: das Märkische Elektrizitätswerk (MEW) sowie im letzten Kriegsjahr der Rüstungskonzern Rheinmetall-Borsig. Das Städtische Museum Eisenhüttenstadt zeigte in Kooperation mit der Diakonie Niederlausitz von August bis Oktober 2008 die Sonderausstellung „Mittelpunkt kriegswichtiger Industrien“ zum Thema Rüstungswirtschaft und Zwangsarbeit in Fürstenberg. Die Ausstellung umfasste mit der musealen Präsentation in den Räumen des städtischen Museums und einer Tafelausstellung auf dem Gelände des zwischen 1943 und 1945 erbauten Kraftwerks zwei aufeinanderbezogene Teile. Um eine dauerhafte Information zu gewährleisten, regt die Landesregierung die Umarbeitung in eine Wanderausstellung an.

Strausberg

Hier existierte während der NS-Zeit die Märkische Walzwerk AG, die kriegswichtige Güter produzierte. Dort mussten osteuropäische Frauen und niederländische Männer Zwangsarbeit leisten. Unter der Trägerschaft des Märkischen Kulturbund Strausberg e.V. setzte sich eine Schülerprojektgruppe mit den Schicksalen dieser Zwangsarbeiter auseinander. Gleichzeitig mit der Einweihung einer Gedenktafel im Jahr 2002 wurde im Heimatmuseum eine Ausstellung zur Zwangsarbeit in Strausberg gezeigt und eine Broschüre veröffentlicht.

Schlieben

In Berga bei Schlieben gab es das größte Außenlager des KZ Buchenwald. In dem Lager wurden bis zu 5.000 Häftlinge festgehalten. Die meisten waren Frauen. Der Leipziger Rüstungsbetrieb Hasag Hugo Schneider AG begann 1938 in Schlieben mit der Errichtung einer Produktionsstätte für verschiedene Arten von Munition. Schlieben war eines von zehn Zweigwerken des Konzerns. Bis 1944 wurde das Werk ständig ausgebaut und erweitert. Es umfasste schließlich ein Areal von 390 Hektar. Als Entwickler und Produzent der Panzerabwehrwaffe „Panzerfaust“ erhielt die Hasag 1944 von der Reichsregierung die Sondervollmacht „Hochlauf Panzerfaust“, die das Unternehmen veranlasste, ihre Standorte in Deutschland auszubauen und neue Werke zu errichten (neben Schlieben Leipzig, Meuselwitz, Taucha, Altenburg, Colditz). Im Oktober 1944 zerstörte eine gewaltige Explosion die gesamte Fabrikanlage. Es starben 98 jüdische Häftlinge: Die Anzahl der Verletzten und an den Folgen der Katastrophe Verstorbenen dürfte weitaus höher liegen. Die Ursache der Explosion – Sabotage, Unfall oder alliierter Luftangriff – konnte nicht eindeutig geklärt werden. Wenige Tage vor dem Einmarsch der Roten Armee in Schlieben wurde das Außenlager evakuiert. Im April 1945 verließen zwei Transporte das Lager; Zielort war das KZ Theresienstadt. Am 21. April befreite die Rote Armee ungefähr 130 überlebende Männer und Frauen. Nach 1945 wurden die noch vorhandenen zehn Steinbaracken (Unterkünfte für SS-Personal etc.) zu Wohnungen für Flüchtlinge ausgebaut; die Gebäude werden noch heute bewohnt. Nach Ende des Krieges entstanden auf dem ehemaligen Hasag-Areal Industriebetriebe. Einen Teil des Geländes nutzten die NVA und später die Bundeswehr. Das gesamte Gelände mit einer Gesamtfläche von rund 200 Hektar befindet sich derzeit noch im Eigentum des Bundes. Außer einigen Ruinen des ehemaligen Munitionswerks einschließlich der relativ gut erhaltenen Abfüllanlage und Bunkern sowie dem ehemaligen Gästehaus der SS erinnert heute nichts mehr an die Hasag und das Außenlager. Aus Sicht der Landesregierung erscheint es sinnvoll, eine geeignete Ausschilderung und Informationstafeln im Bereich des früheren Eingangstors zu errichten.

Das Projekt Stolpersteine

Im Land Brandenburg wurden im Rahmen des im Jahr 2003 ins Leben gerufenen Projekts des Künstlers Gunter Demnig „Stolpersteine“ aus Messing in zahlreichen Städten und Gemeinden ins Trottoir vor Wohnhäusern eingelassen, die an NS-Verfolgte erinnern, die bis zu ihrer Verhaftung hier gewohnt haben. Bisher liegen in über 300 Orten Deutschlands, in Österreich, Ungarn und den Niederlanden Stolpersteine, die die Namen der Deportierten dem Vergessen entreißen. In Brandenburg wurden bereits über zwanzig Stolpersteine verlegt, unter anderem in Potsdam, Cottbus, Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Frankfurt/Oder, Kleinmachnow, Lübben und Neuruppin.

In diesem Projekt wird besonders deutlich, wie sehr die Archivpädagogik im Bereich des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus eine tragende Säule ist, indem die örtlichen Archive für die Recherchen jeweils ihre Archivalien zur Verfügung stellten.

2.2.2 Verfolgung im Nationalsozialismus, in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR am selben Ort

Jamlitz/Lieberose

In dem südbrandenburgischen Dorf Jamlitz errichtete die SS im November 1943 das Außenlager Lieberose des KZ Sachsenhausen mit direkter Anbindung an das Vernichtungslager Auschwitz. Es war das größte jüdische Häftlingslager im Raum Berlin-Brandenburg. Bei den Häftlingen, die unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen für den Bau des Truppenübungsplatzes „Kurmark“ der Waffen-SS eingesetzt wurden, handelte es sich zu 95 Prozent um Juden aus allen besetzten europäischen Ländern, vor allem aus Ungarn und Polen. Die Häftlinge wurden gezwungen, mit primitivsten Mitteln und unter brutalen Bedingungen schwerste Bauarbeiten durchzuführen. Von der SS als nicht arbeitsfähig eingestufte Häftlinge wurden zur Vernichtung in die Gaskammern von Auschwitz deportiert. Mit dem Heranrücken sowjetischer Truppen wurden Anfang Februar 1945 ungefähr 1.600 der überlebenden Häftlinge auf den Todesmarsch in das KZ Sachsenhausen getrieben und einige von ihnen später in weitere Lager deportiert. Seit Sommer 1944 wurden in mehreren Transporten vom Bahnhof in Jamlitz erschöpfte Häftlinge zur Ermordung in das Vernichtungslager Birkenau gebracht. Rund 1.000 dieser Opfer sind namentlich bekannt. Von den insgesamt rund 8.000 Häftlingen des Außenlagers haben maximal 500 überlebt. 1.342 im Lager Lieberose verbliebene Häftlinge wurden im Februar 1945 in einem beispiellosen Massaker von SS-Männern ermordet. Ein Teil von ihnen wurde in der Nähe des Dorfes Staakow in einer Kiesgrube verscharrt.

Nach der Auflösung des KZ-Außenlagers wurde das Gelände als Straflager der SS, als Vertriebenen- und seit September 1946 als sowjetisches Speziallager Nr. 6 genutzt. Zu den Häftlingen gehörten neben unbelasteten deutschen Zivilisten, sowjetischen und polnischen Staatsbürgern auch zahlreiche Funktionsträger der NSDAP und anderer NS-Organisationen. Insgesamt hatten bis zur Auflösung des Speziallagers im April 1947 etwa 10.300 Häftlinge das Lager Jamlitz durchlaufen, von denen rund 3.400 an den unmenschlichen Bedingungen, an Hunger und Krankheiten starben. Vor allem im Winter 1946/47 war die Sterberate sehr hoch. Die Toten wurden zunächst in Einzel-, später in anonymen Massengräbern in der Nähe der Bahnlinie Frankfurt/Oder nach Cottbus verscharrt.

Im Frühjahr 1947 wurden 6.000 Häftlinge aus Jamlitz in die Speziallager Mühlberg und Buchenwald gebracht, auf dem Transport gab es weitere Tote. Bereits Ende September 1947 baute die Rote Armee die Baracken des Lagers ab. In den 1950er Jahren entstanden hier Eigenheime.

Gegenwärtig gibt es mehrere Orte der Information und des Gedenkens in unterschiedlicher Trägerschaft: Nachdem Bauarbeiter im Frühjahr 1971 in einer Kiesgrube bei Staakow 577 Skelette, einen Teil der im Jahr 1945 insgesamt 1.342 ermordeten jüdischen Häftlinge, entdeckt hatten, wurde eine Urne mit ihrer Asche am Rande des Friedhofs in der fünf Kilometer entfernten Stadt Lieberose beigesetzt und 1973 an dieser Stelle ein antifaschistisches Mahnmal eingeweiht. Die jüdischen Toten wurden für die Staatsdoktrin des Antifaschismus vereinnahmt. Die Gebeine waren entgegen der jüdischen Bestattungsregeln eingesichert worden. Das Zahngold der Toten übernahm die DDR-Staatssicherheit und schmolz es ein. 1982 erfolgte unweit dieser Mahnmalsanlage die Eröffnung eines auf Initiative der Stadt Lieberose errichteten Museums. Es wird heute durch die ehrenamtliche Tätigkeit des „Vereins zur Förderung des Mahnmals“ betreut. Unterhaltungs- und Pflegekosten für Museum und Mahnmal trägt die Stadt Lieberose. Wenngleich in der mittlerweile überarbeiteten Ausstellung nun auch an die in der DDR zu kommunistischen Widerstandskämpfern umgedeuteten jüdischen Opfer erinnert wird, besteht weiterhin dringender Bedarf an einer Kommentierung des in der Tradition des Antifaschismus errichteten Mahnmals. Insbesondere der Zentralrat der Juden in Deutschland hat nach 1990 auf die herausgehobene Bedeutung des KZ-Außenlagers Lieberose im Kontext der nationalsozialistischen Vernichtung der europäischen Juden hingewiesen. Er forderte sowohl einen angemessenen Umgang mit diesem Ort als auch eine systematische Suche nach den sterblichen Überresten der bisher nicht gefundenen Opfer des Massakers der SS im Februar 1945.

Bis zum Jahr 2006 wurden auf Veranlassung des Amtes Lieberose/Oberspreewald und des Innenministeriums bei systematischen Suchgrabungen zahlreiche Verdachtsflächen inner- und außerhalb von Jamlitz bisher erfolglos untersucht. Nach Beilegung eines Rechtsstreits zur Betretensbefugnis der wichtigsten Verdachtsfläche auf dem ehemaligen Lagergelände kann nunmehr die Suche auch dort durch das zuständige Amt erfolgen. Sollten sich die auch durch ein wissenschaftliches Gutachten erhärteten Vermutungen bestätigen, dass auf diesem Grundstück die ermordeten KZ-Häftlinge ruhen, wird dort nach den Vorgaben des Gräbergesetzes eine Gräberstätte errichtet. Weiterhin folgt das Land einer Bitte des Zentralrats der Juden in Deutschland, am Ort des 1971 aufgefundenen Massengrabs jüdischer Häftlinge, der Kiesgrube Staatkow, Gemeinde Schenkendöbern im benachbarten Landkreis Spree-Neiße, eine Grabstätte nach mosaischen Glaubensgrundsätzen zu errichten.

Zum Gedenken an die Opfer des Speziallagers Nr. 6 wurde im Herbst 1995 nur 300 m östlich vom Bahnhof Lieberose (Jamlitz) bei den dort lokalisierten Massengräbern ein Waldfriedhof eingeweiht, der auf dem Gebiet der Gemeinde Schenkendöbern liegt. Er wird durch die Initiative Internierungslager Jamlitz e.V. betreut. Für die Friedhofspflege werden nach dem Gräbergesetz Mittel durch das Innenministerium bereitgestellt.

Die Evangelische Kirchengemeinde Lieberose ist Träger von Dokumentationsstätten zur Geschichte beider Lager. Mit der Förderung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurden im Jahr 2003 zwei separate Freilichtausstellungen auf dem ehemaligen Lagergelände in enger Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Initiative Jamlitz e.V. erarbeitet. Der in der Suchtprävention arbeitende Berliner Verein KARUNA e.V. hat das mehr als zwei Hektar große Bahnhofsgelände mit dem Bahnhofsgebäude gekauft und beabsichtigt, es in Kooperation mit der Evangelischen Kirchengemeinde Lieberose zu einer Jugend-, Bildungs- und Begegnungsstätte auszubauen. Geplant ist die zeitgeschichtliche Erschließung des Bahnhofsgeländes, das für beide Lager einen authentischen Ort darstellt, mittels einer Freilichtdokumentation. Für die Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtkonzeption zur Aufarbeitung der komplexen örtlichen Geschichte bedarf es aus Sicht der Landesregierung einer fundierten wissenschaftlichen Begleitung.

Potsdam

1737 unter dem „Soldatenkönig“ errichtet, verzeichnet das Anwesen in der Potsdamer Lindenstraße 54/55 über die nachfolgenden zwei Jahrhunderte bedeutende Stationen deutscher Geschichte: vom preußischen „Kommandantenhaus“ über ein französisches Pferdelazarett, dem Tagungsort der ersten Potsdamer Stadtverordnetenversammlung 1809 bis hin zum kaiserlichen Amtsgericht und Gerichtsgefängnis seit 1817. Das NS-Regime nutzte die Haftanstalt als politisches Gefängnis, und das Gerichtsgebäude wurde zum Ort politischer Justiz. Von 1933 bis 1945 waren hier Verfolgte des NS-Regimes inhaftiert, darunter zahlreiche Mitglieder von Widerstandsgruppen, die in Potsdam vom Volksgerichtshof verurteilt wurden, nicht wenige zum Tod. Von 1934 bis 1944 wurde das Gerichtsgebäude vom Potsdamer Erbgesundheitsgericht genutzt, das nahezu 4.000 Frauen und Männer zur Zwangssterilisation verurteilte. Die Folgen der erzwungenen Zwangssterilisationen, die physischen, sozialen und psychischen Folgen für die betroffenen Männer und Frauen waren sehr unterschiedlich und stellen wichtige Forschungsfragen im Kontext dieses Verfolgungskomplexes dar. Ab 1943 wurde es als Gefängnis des „Volksgerichtshofs“ genutzt. Nach der Beschlagnahme des Gebäudes durch die sowjetische Besatzungsmacht im Sommer 1945 diente es als Untersuchungsgefängnis und Urteilsort sowjetischer Militärtribunale.

Während der nachfolgenden sieben Jahre wurden in der Lindenstraße mehrere tausend Menschen unter grausamen Bedingungen inhaftiert und zu jahrzehntelangen Haftstrafen und zum Tod verurteilt.

1952 erfolgte die Übergabe des sogenannten Lindenhotels an das Ministerium für Staatssicherheit, das die Geschichte politischer Justiz an diesem Ort bis zum Ende der DDR 1989 weiterführte. Nun befand sich hier das Untersuchungsgefängnis des MfS für den Bezirk Potsdam. Mehr als 6.200 Frauen und Männer waren an diesem Ort den menschenrechtswidrigen Haftbedingungen und Verhörmethoden der Stasi ausgesetzt. Erst die von der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 erzwungene Amnestie vom 27. Oktober 1989 beendete die Inhaftierung aus politischen Gründen in der DDR. Die letzten politischen Häftlinge des „Lindenhotels“ wurden vermutlich bis zum 11. November 1989 entlassen. Die Massendemonstrationen im Herbst 1989 erschütterten die Machtstrukturen der SED und leiteten das Ende des als Geheimpolizei fungierenden DDR-Geheimdienstes ein. Nach dem Auszug der Stasi Anfang 1990 übernahmen die demokratischen Parteien und Bewegungen aus der Stadt und dem Bezirk Potsdam das „Lindenhotel“ als ihr erstes Arbeitsdomizil – aus einem „Haus des Terrors“ wurde das Potsdamer „Haus der Demokratie“. Seit 1995 ist das historische Anwesen mitten im Zentrum der brandenburgischen Landeshauptstadt eine Gedenkstätte in der Trägerschaft des Potsdam-Museums. Verantwortet vom Zentrum für Zeithistorische Forschung wurden 2007 erste Bereiche einer Dauerausstellung zu den Epochen „Sowjetisches Geheimdienstgefängnis“ und „Stasi-Untersuchungsgefängnis“ eröffnet.

Das Gesamtkonzept der Darstellung der Geschichte des Hauses Lindenstraße 54 sieht insgesamt fünf nacheinander zu erarbeitende Ausstellungsmodule vor. Modul 1 bezieht sich auf die Zeit von 1734 bis 1933, in Modul 2 wird die Geschichte der Haftanstalt in der NS-Zeit, die Geschichte des Erbgesundheitsgerichts sowie des Volksgerichtshofs erläutert. Derzeit läuft ein durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie den Bund finanziertes Projekt zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Geschichte. Modul 3 widmet sich der Gefängnisgeschichte von 1945 bis 1952, Modul 4 der Zeit bis 1989, bis schließlich Modul 5 über die Zeit der Friedlichen Revolution und die Inbesitznahme des Hauses durch Bürgerrechtler informiert. Die inhaltliche Arbeit der Gedenkstätte wurde in den vergangenen Jahren durch das Zentrum für zeithistorische Forschung (ZZF) unterstützt und zum größten Teil aus Mitteln der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie durch Zuwendungen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie Spenden- und Sponsorengeldern finanziert. Die Gedenkstätte kooperiert bei ihrer politisch-historischen Bildungsarbeit mit der BStU. Die Zuwendungen durch das Land beliefen sich in der dritten und vierten Legislaturperiode (1999 bis einschließlich 2008) auf 49.925 Euro. Die Vervollständigung der Ausstellungsmodule 3 und 4 und die Erarbeitung von Ausstellungsmodulen zum „Haus der Demokratie“, zur nationalsozialistischen Geschichte und zur Geschichte von 1737 bis

1933 sowie eine verbesserte Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit werden dazu beitragen, der Gedenkstätte ein neues Profil zu geben. Der direkte inhaltliche Bezug zur Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße sowie zum Schloss Cecilienhof als Ort der Potsdamer Konferenz wird noch deutlicher als bisher werden.

Cottbus

Die von 1857 bis 1860 erbaute, überwiegend als Frauengefängnis genutzte Haftanstalt wurde 1868 baulich erweitert. Spätestens Ende 1936 begann hier die Geschichte politischer Haft. 1937 wurde die Haftanstalt zu einem Strafgefängnis, das von Januar 1939 bis April 1945 als Gefängnis für Frauen genutzt wurde. Die Mehrheit der Gefangenen waren politische Häftlinge. Nach dem Wiederaufbau des im Krieg stark beschädigten Gebäudes 1945 wurde es zunächst durch die Justizverwaltung als Zentralgefängnis für 600 Häftlinge weiter betrieben. Hinrichtungen, unter deren Opfern Jugendliche unter „Werwolf“-Verdacht waren, fanden an unbekanntem Orten statt. Nach einer Justizreform 1951 wurde das Gefängnis wie alle anderen Gefängnisse der DDR auch dem Ministerium des Innern unterstellt und von der Volkspolizei betrieben. Zu diesem Zeitpunkt waren hier 794 Menschen unter katastrophalen Bedingungen inhaftiert. Im Zusammenhang des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 wurden die Haftarbeitslager Preschen und Drewitz geräumt und die Häftlinge in die Haftanstalt Cottbus gebracht. Die Folge war eine Belegung von 2.500 Menschen in dem für 1.400 Haftplätze ausgerichteten Haus. Für die späten 1960er und frühen 1970er Jahre wird die Anzahl der aus politischen Gründen Inhaftierten auf 600 von 800 bis 1.200 Häftlingen geschätzt.²⁰ Die Haftgründe lauteten unter anderem auf „Staatsverleumdung“ und „staatsfeindliche Hetze“. Für den Haftalltag waren bis zuletzt medizinische Unterversorgung, schlechte Ernährung und primitivste Haftbedingungen charakteristisch. In den 1980er Jahren wurden die Häftlinge fast ohne Ausnahme zur Arbeit Betrieben wie die Dresdner Kamerawerke „Pentacon“ und anstaltseigene Einrichtungen gezwungen. Bei geringsten Verstößen wurden Einzelhaftstrafen in sogenannten Tigerkäfigen verhängen, in denen Gitter innerhalb der Zellen den Zugang zu Tür und Fenster versperrten. An diesem Ort wird die Kriminalisierung des Verlassens der DDR als „Republikflucht“ besonders deutlich, da sich in den 1980er Jahren viele Ausreisewillige unter den Häftlingen befanden. Die meisten von ihnen gelangten schließlich durch „Freikauf“ in die Bundesrepublik Deutschland.

Ab 1990 wurde das Objekt vom Land Brandenburg als Justizvollzugsanstalt genutzt und 2002 geschlossen. Das Vorhaben der Sanierung des Gebäudes der ehemaligen Haftanstalt und die Einrichtung als Gedenk- und Bildungsstätte wurde durch die Stadt Cottbus in Abstimmung mit dem Trägerverein „Men-

²⁰ Vgl. Anne Kaminsky (Hrsg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Berlin 2007, S. 160.

schenrechtszentrum Cottbus e.V.“ im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes INSEK für eine EFRE-Förderung der Europäischen Union beim Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung angemeldet. Derzeit laufen mit Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Forschungen zur Geschichte des Zuchthauses, die die Grundlage für den Ausbau des Menschenrechtszentrums und die Erarbeitung einer ständigen Ausstellung bilden. An diesem Ort kann sowohl die Repressionspolitik und –praxis im Nationalsozialismus als auch in der in der gesamten Zeit der DDR vermittelt werden. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur beabsichtigt, ab 2009 Fördermittel zur Erforschung der Geschichte des Gefängnisses bereitzustellen.

Frankfurt/Oder

1933 hatte die Gestapo das im Jahr 1812 eingerichtete Polizei- und Gerichtsgefängnis übernommen, in dem sie in den letzten Kriegstagen auch Hinrichtungen vollstreckte. Bis das MfS das Gebäude 1950 übernahm, war es den sowjetischen Sicherheitsorganen unterstellt. In den Jahren 1950 bis 1952 war das Gefängnis auch Hinrichtungsstätte. Nach dem Umzug des MfS in ein neues Gebäude in der Otto-Grotewohl-Straße 53 (heute Robert-Havemann-Straße 11) 1969 wurde das Gebäude an die Volkspolizei (Ministerium des Innern) übergeben, die das Gefängnis bis zum Ende der DDR als Untersuchungshaftanstalt führte. Nach 1990 wurde der größte Teil des Gebäudes für die Frankfurter Musikschule und die Stadt- und Regionalbibliothek umgebaut. Auf Initiative einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches Frankfurt/Oder wurde in einigen seiner Räume am 17. Juni 1994 die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1933–1989“ eröffnet. 2004 schlossen die Stadt Frankfurt/Oder und die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) einen Kooperationsvertrag, auf dessen Grundlage die BStU die Gedenkstätte betreibt und die Stadt Trägerin der Einrichtung ist. Während die BStU-Außenstelle Frankfurt/Oder die Darstellung der Geschichte der SBZ und DDR verantwortet, hat das Museum Viadrina die Ausstellung zur Gefängnisgeschichte im Nationalsozialismus realisiert. Darüber hinaus gibt es seit 2006 eine weitere Dauerausstellung unter dem Titel „Eingesperrt – Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit in Frankfurt (Oder)“. In der Gedenkstätte und der Projektwerkstatt für Schüler gibt es die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der politischen Justiz im Nationalsozialismus sowie während der sowjetischen Besatzungszeit und in der DDR.

Mühlberg/Elbe

In der Nähe der Stadt wurde 1939/40 vom damaligen Arbeitsdienst auf Neuburxdorfer Flur das Kriegsgefangenenlager STALAG IVB errichtet. In der Zeit seines Bestehens bis 1945 diente es als Durchgangs- und Sammellager gefangener Soldaten aus fast allen Krieg führenden Nationen. Die Mehrheit der toten Soldaten der Roten Armee wurde in Massengräbern verscharrt. Nach Kriegsende unterzog das NKWD

die sowjetischen Kriegsgefangenen einer eingehenden Überprüfung. Die meisten von ihnen wurden als Verräter oder „Volksfeinde“ verurteilt und teilweise in die Lager des GULAG deportiert. Da die sowjetische Besatzungsmacht das Gelände des Kriegsgefangenenlagers als sowjetisches Speziallager Nr. 1 weiternutzte, stand der historische Ort zum Gedenken an die umgekommenen Kriegsgefangenen nicht zur Verfügung. Deshalb wurde im nahe gelegenen Neuburxdorf ein Ehrenfriedhof für die im STALAG IV B zu Tode Gekommenen angelegt. Nach der Befreiung am 23. April 1945 durch die Rote Armee wurde das Lager zunächst für die Rückführung von „Ostarbeitern“ und gefangen genommener Angehöriger der „Wlassow-Armee“²¹ genutzt. Im September 1945 übernahm das sowjetische NKWD das Lager und baute es zum sowjetischen Speziallager Nr. 1 aus. Bis 1948 wurden hier über 21.000 Männer, Frauen und Jugendliche ohne rechtsstaatliche Grundlage und ohne Urteil festgehalten. Von ihnen überlebten etwa 7.000 die Gefangenschaft nicht. Sie wurden in Massengräbern am Rande des Geländes begraben. Auf dem Ehrenfriedhof in Neuburxdorf befindet sich das Denkmal eines französischen Bildhauers für die 3.000 verstorbenen Kriegsgefangenen. Der Initiativgruppe Mühlberg e.V. ist es zu verdanken, dass die Geschichte des Speziallagers nicht in Vergessenheit geraten ist. Mit Unterstützung des Innenministeriums und des Landrats wurde eine Gräber- und Gedenkstätte errichtet, in welcher der Opfer mit einem Hockkreuz gedacht wird. Nachdem es 2008 auf der Grundlage neuerer Forschungen möglich geworden ist, wird in der Mahnmalsanlage zudem namentlich an die Verstorbenen erinnert.

Luckau

Hier befand sich seit 1747 das Zucht- und Armenhaus. Karl Liebknecht, der nach seiner Inhaftierung die KPD mit begründete, musste in dieser Anstalt einen Teil seiner Haft verbringen. Sowohl die Nationalsozialisten als auch die sowjetische Besatzungsmacht nutzten sie zur Inhaftierung ihrer politischen Gegner. 1951 wurde eine Gedenkstätte in einer Zelle eingerichtet, die als originale Liebknecht-Zelle bezeichnet wurde. Es lässt sich jedoch nicht nachweisen, dass Liebknecht tatsächlich in dieser Zelle inhaftiert gewesen ist. In der Ausstellung des Heimatmuseums ist der Lebensweg von Karl Liebknecht (1871–1919) umrissen. Im Mittelpunkt stehen die Vorgeschichte und die Zeit seiner Inhaftierung im Zuchthaus Luckau von 1916 bis 1918. Aktuell wird im Auftrag der Stadt eine Ausstellung im ehemaligen Gefängnisgebäude geplant, die sich mit der Präsentation von Objekten, Texten und Bildmaterialien sowie dem Einsatz von Medienstationen auch der Zeitgeschichte widmen wird. Die unterschiedlichen Perspektiven von „Innen und Außen“, von Gefangenen, Besuchern, Personal und Luckauer Bürgern werden durch bereits vorliegende Zeitzeugeninterviews in Form von Audio- und Videoaufnahmen besonders einprägsam erzählt.

21 In ihr kämpften ab Ende 1944 auf deutscher Seite als „russische Befreiungsarmee“ des ehemaligen Generalleutnants Andrej A. Wlassow (1901–1946) Freiwillige, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, russische Emigranten und andere.

2.2.3 Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR

Wie im vorangegangenen Abschnitt (2.2.2) gezeigt wurde, handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Orte der stalinistischen Verfolgung sowie der Verfolgung in der DDR um historische Orte mit sogenannter mehrfacher Vergangenheit. In den meisten Fällen hat die sowjetische Besatzungsmacht vorhandene Gefängnisse bzw. Lager weiter genutzt, in denen bereits Verfolgte des Nationalsozialismus inhaftiert gewesen sind. Dies trifft sowohl für das ehemalige Kriegsgefangenenlager Mühlberg, das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen wie auch für Gefängnisse wie Cottbus, Frankfurt/Oder, Luckau oder das Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße 54 zu. Im Folgenden geht es um Orte, an denen ausschließlich stalinistische bzw. kommunistische Verbrechen verübt worden sind.

Potsdam

In der Leistikowstraße 1 (bis in die frühe Nachkriegszeit Mirbachstraße) befand sich ein Gefängnis der sowjetischen Geheimdienstorganisation des Ministeriums der Staatssicherheit (MGB) „Smersch“ („Tod den Spionen“) bzw. der Verwaltung Spionageabwehr (UKR). Nach der Potsdamer Konferenz im August 1945 im nahe gelegenen Schloss Cecilienhof wurde der Sitz der 1899 gegründeten „Evangelischen Frauenhilfe“ des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins (EKH) ebenso wie das ganze am Neuen Garten liegende Wohngebiet Potsdams von der sowjetischen Besatzungsmacht konfisziert und als „Militärstädtchen Nr. 7“ von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Ursprünglich diente das Gebäude dem EKH als Büro, Redaktion der kirchlichen Zeitung „Der Bote“, als Wohnung der Diakonin und als Dienstwohnung des leitenden Pfarrers im Obergeschoss. Die sowjetische Geheimpolizei (NKWD/MGB/KGB) baute das Gebäude zum Untersuchungsgefängnis der Spionageabwehr um und nutzte Nachbarhäuser als Sitz eines sowjetischen Militärtribunals. Nach übereinstimmenden und verbürgten Aussagen ehemaliger Häftlinge gab es zwischen der Leistikowstraße 1 und 2/3 einen tunnelartigen Übergang. Im Kaiserin-Augusta-Stift, dem Dienstsitz des sowjetischen Geheimdienstes, tagten die sowjetischen Militärtribunale. Das Gebäude in der Großen Weinmeisterstraße 17 diente der Wache für den Gefängnisbereich. Dieser Bereich war mit einem Zaun zusätzlich innerhalb des „Städtchens Nr. 7“ gesichert. Schließlich steht das Haus in der Glumestraße 2, das als Wohnhaus des Kommandanten des „Städtchens“ diente, ebenfalls exemplarisch für die stalinistische Repression.

Von 1946 bis 1947 waren hier von sowjetischen Militärtribunalen in geheimen Prozessen Verurteilte inhaftiert, bevor sie in andere Lager deportiert oder erschossen wurden. Bis 1953 befanden sich nachweislich deutsche Staatsangehörige in dem Gefängnis. Seit 1953 bis mindestens 1983 wurden ausschließlich sowjetische Bürger, unter ihnen vor allem Angehörige der Roten Armee, unter menschenverachtenden Bedingungen festgehalten und abgeurteilt. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen im Jahr 1994 konnte der EKH Gebäude und Grundstück wieder in seinen Besitz nehmen. Bei dem bis 2008 mit Mitteln des Bundes und des Landes Brandenburg behutsam sanierten Gebäude handelt es sich um das einzige original erhaltene sowjetische Untersuchungsgefängnis in Deutschland, das nun zu einer staatlich geförderten Gedenk- und Begegnungsstätte entwickelt werden soll. Mit dem Ziel, die Erinnerung an die hier verübten Verbrechen aufrechtzuerhalten und den Opfern zu gedenken, erarbeitete der Verein MEMORIAL Deutschland e.V. 1997 die im Jahr 2000 aktualisierte Ausstellung „Von Potsdam nach Workuta“ und betreute die Einrichtung als Gedenk- und Begegnungsstätte gemeinsam mit dem Förderverein ehrenamtlich. In der Gedenkstättenkonzeption des Bundes wird der Stellenwert dieses Erinnerungsortes als Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung hervorgehoben. Der Bund hat die Errichtung der Gedenk- und Begegnungsstätte mit 893.700 Euro unterstützt und beteiligt sich an der institutionellen Förderung mit jährlich 120.000 Euro. Das Land hat sich mit 1.332.000 Euro beteiligt. Am 5. Dezember 2008 wurde die Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam errichtet. Die rechtlich unselbstständige Stiftung wird durch die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten treuhänderisch verwaltet. Die Aufgabe der Stiftung wird darin bestehen, die Aufnahme des Gedenkstättenbetriebes zu gewährleisten und die Dauerausstellung zu realisieren, für die Bund und Land jeweils 350.000 Euro zur Verfügung stellen werden.

Die Villa Quandt in der unmittelbaren Nachbarschaft zur Leistikowstraße gehörte ebenfalls zu den Orten sowjetischer Repression nach 1945. Die sowjetische Armee und der Geheimdienst belegten die Villa, die zunächst als Verwaltungsgebäude für das Militärgericht diente, bis das Haus wegen Baufälligkeit gesperrt werden musste. Einzig die Sauna mit Tauchbecken im Kellergeschoss blieb noch bis 1993 für Offiziere in Funktion. Die Villa Quandt beherbergt das Brandenburgische Literaturbüro und das Theodor-Fontane-Archiv, die es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht haben, die Geschichte des Hauses als Sitz des Militärgerichts und des Areals im sogenannten Städtchen durch Führungsangebote, Publikationen und Veranstaltungen präsent zu halten.

Ketschendorf

Bereits im April 1945 und damit als erstes sowjetisches Lager in Brandenburg errichtete die sowjetische Besatzungsmacht ebenfalls in Fürstenwalde das Speziallager Nr. 5 in der ehemaligen Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke (DEKA). Bis zu seiner Auflösung im Frühjahr 1947 wurden insgesamt rund 10.500 Häftlinge ohne Urteil und Einzelfallüberprüfung festgehalten und anschließend in andere Lager verlegt. Die Gebäude wurden wieder als Wohnhäuser genutzt, die Siedlung um weitere ergänzt. In der kurzen Zeit seines Bestehens gab es im Speziallager Ketschendorf wegen der katastrophalen Lebensbedingungen über 4.600 Tote. Infolge von Bauarbeiten 1952/53 stieß man auf Massengräber mit Opfern des Lagers Ketschendorf. Die Gebeine der dort verscharrten Toten wurden bis auf wenige Ausnahmen exhumiert und in einer geheim gehaltenen Aktion auf den Waldfriedhof Halbe (Dahme-Spreewald) überführt. In Sammelgräbern wurden sie auf den Feldern IX bis XI zur letzten Ruhe gebettet.

Im Jahr 1991 gründete sich die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf. Sie hatte das Ziel, die Geschichte des Speziallagers aufzuklären. Zum Gedenken an die Opfer errichteten Überlebende bereits 1990 eine Erinnerungsstätte. Sie wurde 1995 aus Mitteln des Landes Brandenburg und in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der auch Träger der Gedenkstättenarbeit in Halbe ist, zu einem Gedenkhain erweitert. Darüber hinaus ist seine Geschichte Bestandteil der ständigen Ausstellung im Stadtmuseum Fürstenwalde. Ein letztes Zeitdokument von Überlebenden des Lagers ist eine 2008 gestaltete Wanderausstellung zur Geschichte des Lagers Ketschendorf, initiiert von der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.

Schwedt

Nach der Gründung der Nationalen Volksarmee am 1. März 1956 und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 24. Januar 1962 trat in der DDR eine Militärjustiz sowie die zugehörige Strafvollstreckung bzw. der -vollzug in Kraft. Bereits 1954 wurde ein Strafvollzugskommando in Bernsdorf im Kreis Ücker- münde eingerichtet. 1968 wurde das Gefängnis in Schwedt von der NVA übernommen. Das Militärgefängnis wurde zunächst durch das Ministerium des Innern verwaltet. Im Jahr 1982 übernahm das Ministerium für Nationale Verteidigung diese Aufgabe. Um Inhaftierungen vornehmen zu können, musste die Freiheitsstrafe gerichtlich angeordnet werden. Die maximale Haftdauer betrug zwei Jahre. Über diese Zeit hinausgehende Strafen wurden in den Haftanstalten des Ministeriums des Innern verbüßt. Während der Inhaftierung war es den Insassen nicht gestattet, Besuch zu empfangen. Zusätzlich zum Freiheitsentzug konnten Militärangehörige durch einen vom Militärgericht verhängten Arrest bestraft werden. Darüber hinaus wurden Soldaten oder Unteroffiziere auch ohne Urteil inhaftiert. Für die maximale Dauer von drei Monaten konnten sie von den Kommandeuren ihrer Truppe in eine Disziplinarkompanie geschickt werden

und waren auf diese Weise auch wegen belangloser „Vergehen“ der Willkür der Offiziere ausgeliefert. Wer nicht parierte, wer kriminell wurde, wer sich am falschen Ort politisch falsch äußerte, kam nach Schwedt. Verurteilungen durch ein Militärgericht erfolgten zumeist wegen Straftaten wie Körperverletzung oder Diebstahl. Auch politische Vergehen und Meinungsäußerungen konnten zu einer Verurteilung führen. Weitere Haftgründe waren Militärstraftaten, das heißt unerlaubtes Entfernen von der Truppe, Fahnenflucht, Alkohol im Dienst oder Befehlsverweigerung. Vor diesem Hintergrund stand der Begriff „Schwedt“ für jeden Soldaten der NVA als Drohung im Raum. Am 26. April 1990 wurde der letzte Militärstrafgefangene entlassen. Am 31. Mai 1990 wurde die Einrichtung geschlossen. Die Gefangenenbaracken wurden in den 1990er Jahren abgerissen, während der zweistöckige Verwaltungsbau heute als Obdachlosenheim dient. Die Forschung zur Geschichte des Militärgefängnisses Schwedt befindet sich in den Anfängen. Akten sind kaum überliefert, ehemalige Häftlinge sprechen zumeist nicht über ihre Erfahrungen. Es gibt jedoch mittlerweile unter dem Titel „Wer dort war, schweigt“ einen von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem MDR kofinanzierten Dokumentarfilm, in dem ehemalige Häftlinge und Aufseher zu Wort kommen. Die Landesregierung regt an, bei der zukünftigen Aufarbeitung der Gefängnisgeschichte die Kooperation mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam sowie dem Militärhistorischen Museum Dresden zu suchen.

Über diese Gedenkstätten und andere Erinnerungsorte hinaus wurden in zahlreichen Orten wie in Luckenwalde, Calau, Forst, Perleberg, Prenzlau und Cottbus Erinnerungs- und Gedenkzeichen an Gebäuden angebracht, die als Dienststellen des NKWD, Folterkeller oder Dienststellen des MfS genutzt worden sind. Darüber hinaus findet neben der Aufarbeitung der Zeitgeschichte an historischen Orten, zeitgeschichtlichen Museen und in der Forschung eine künstlerische Auseinandersetzung mit Verbrechen und Unrecht nach 1945 statt.²²

22 Am 17. Oktober 2008 hatte das Theaterstück „Der Fall Janke“ von Adriana Altaras und Dirk Olaf Hanke im Hans-Otto-Theater Premiere. Darin geht es um den in der DDR jahrzehntelang zwangspsychiatrisierten Erfinder Karl-Hans Janke. Er wurde ausschließlich deshalb in der Psychiatrie Schloss Hubertusberg eingesperrt, da sein Verhalten und sein Erfindungsreichtum den gesellschaftlichen Normen der DDR widersprachen. Am 18. Oktober 2008 fand die Uraufführung des Theaterstücks „StaatsSicherheiten“ statt. In dem auf einem Konzept von Lea Rosh und Renate Kreibich-Fischer basierenden Stück berichten 15 ehemalige Häftlinge aus Gefängnissen des Ministeriums für Staatsicherheit von ihren Erfahrungen vor, während und nach ihrer Haft. Sie erinnern an Unterdrückungsmechanismen und Überlebensstrategien. Wegen der großen Nachfrage wurde die vorgesehene Zahl der Aufführungen erhöht. Die Finanzierung des Projekts des Förderkreises des Hans-Otto-Theaters übernahmen unter anderem die Bundeskulturstiftung, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie die Staatskanzlei des Landes Brandenburg.

2.2.4 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an Repression und Verfolgung“

Seit Ende der 1990er Jahre ist die Geschichte der Zwangsarbeit und der KZ-Außenlager zwar zunehmend in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt. Die Erarbeitung von Informationstafeln und die Einweihung von Gedenksteinen gehen dabei nicht selten auf die Initiative von Schülerprojekten zurück. Doch die Außenlager der Privatunternehmen werden nach wie vor selten thematisiert, und der auf Gewinnsteigerung zielende Aspekt der Zwangsarbeit kommt kaum zum Ausdruck. Ebenso unterbelichtet sind bislang die konkreten Auswirkungen auf die Überlebenschancen männlicher und weiblicher Zwangsarbeiter. In diesen Zusammenhang gehört die Frage nach Veränderungen der herkömmlichen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung unter dem Primat des Rassismus und Antisemitismus. In zukünftigen Ausstellungen wäre beispielsweise die Frage aufzugreifen, wie sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der sogenannten Ostarbeiterinnen im Unterschied zu ihren männlichen Leidensgenossen und den deutschen nicht-jüdischen Arbeiterinnen und Arbeitern unterschied. Bisher gibt es zum Thema der Zwangsarbeit keine dauerhaft etablierte Gedenkstätte.²³ Dabei kommt dem Thema aus Sicht der Landesregierung eine große Bedeutung zu: Die Darstellung der Geschichte der Außenlager und der Zwangsarbeit kann durch den engen Kontakt zur örtlichen Bevölkerung bei der Arbeit außerhalb der Stammlager eindrücklich zeigen, dass das Lagersystem kein abstrakter fernab gelegener, unsichtbarer Kosmos, sondern eine im Alltag der Menschen ständig präsente Erscheinung war. Vor dem Hintergrund, dass die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter und die Bedeutung der Zwangsarbeit für die deutsche Wirtschaft und Rüstungsindustrie bislang keinen festen Platz in den regional- und stadtgeschichtlichen Museen erhalten hat, wäre die weitere Erarbeitung sachkundiger, ortsbezogener und dauerhaft zu etablierender Ausstellungen sinnvoll. Perspektivisch könnte gezeigt werden, dass die Mark Brandenburg durch die Rüstungspolitik und den massiven Einsatz von Zwangsarbeitern einen Strukturwandel erfuhr. Zukünftige Aufarbeitungsinitiativen sollten auch die Außenlager Storkow, Kolpin, Spreenhagen, Trebnitz und Wulkow in den Blick nehmen. In Wulkow arbeiteten Häftlinge des Ghettos Theresienstadt für ein Ausweichquartier, in dem Gestapochef Müller sowie Adolf Eichmann Büros einrichteten. Darüber hinaus wurden in diesem Raum weitere Ausweichquartiere in der Kriegsendphase für die Waffen SS und die Gestapo geschaffen.

23 Auch die Skizzierung der Erinnerung an die Zwangsarbeit und die Würdigung der Opfer im Land Brandenburg erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vgl. für einen umfassenden Überblick über Gedenkzeichen und Ausstellungen Regina Scheer: Die fremden Toten – Zwangsarbeitergräber, in dies.: Der Umgang mit den Denkmälern. Eine Recherche in Brandenburg; eine gemeinsame Publikation der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Brandenburg 2003, S. 63–102.

Bislang wurden diese Entwicklungen in Brandenburg zwar in vielen lokalen Vorarbeiten beleuchtet, doch fehlt nach wie vor eine öffentlichkeitswirksame und zusammenfassende Darstellung zur Thematik in Form einer Ausstellung oder Publikation.

Da das Wissen der nachfolgenden Generationen sowohl über die Geschichte des Nationalsozialismus als auch im Hinblick auf die stalinistische Repression und die politische Verfolgung in der DDR oftmals lückenhaft ist, kommt es zukünftig verstärkt auf die Vermittlung der historischen und politischen Kontexte des Nationalsozialismus, der Repression in der unmittelbaren Nachkriegszeit und in der DDR an. Darüber hinaus ist die Geschichte der Jugendhaftanstalten in der DDR kaum erforscht.

Während für Einrichtungen wie die Gedenkstätte Lindenstraße 54 bereits umfassende pädagogische Materialien erarbeitet und einschlägige Erfahrungen mit Führungen durch die Einrichtung gemacht wurden sowie Kooperationen mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen aufgebaut werden konnten, stehen diese Arbeitsschritte für die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße aktuell an. Wie bereits für die Gedenkstätte Lindenstraße ausgeführt, bietet es sich aus Sicht der Landesregierung an, den inhaltlich engen Bezug zu Schloss Cecilienhof als historischen Ort der Potsdamer Konferenz hervorzuheben. Denkbar ist die gemeinsame Erarbeitung von Bildungsangeboten durch die beiden Gedenkstätten und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Seit der Jahreswende 2008/2009 führt das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Kooperation mit der Gedenkstätte Lindenstraße 54 und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten das Programm „Ein Tag in Potsdam – Auf den Spuren der DDR“ durch. Es ermöglicht Schülern ab der 8. Klassenstufe einen der Zeitgeschichte gewidmeten ganztägigen Aufenthalt in der Landeshauptstadt. Das Angebot beinhaltet eine historische Stadtrallye, den Besuch der Gedenkstätte in der Lindenstr.54/55, des Schlosses Cecilienhof und des ehemaligen Mauerstreifen im Neuen Garten. Dieses Programm wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur und die Ostdeutsche Sparkassenstiftung gefördert.

Eine besondere Bedeutung wird zukünftig der Überwindung des Gegensatzes einer privat erzählten Alltags- und einer öffentlich vermittelten Repressionsgeschichte zukommen. An ehemaligen Orten der politischen Repression kann nach der Beziehung der Gefängnisse und Lagern zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld gefragt werden.

Im Hinblick auf die Rolle der Psychiatrie in der SBZ/DDR wurden bereits kurz nach der Friedlichen Revolution intensive Untersuchungen zu der Frage eingeleitet, ob und inwieweit die Psychiatrie in das politische Herrschaftssystem der DDR eingebunden war und Einflussnahmen des MfS stattgefunden haben.

Die Aufbereitung dieser Forschungsergebnisse für eine breitere Öffentlichkeit in Ausstellungen stellt ein weiteres Desiderat in der brandenburgischen Museumslandschaft dar. Zudem gibt es Forschungsfragen zum Thema Psychiatrie und politische Herrschaft in der SBZ und DDR, die noch weiterer Klärung bedürfen. Hierzu gehört die Erforschung der 1971 von der Abteilung Gesundheitspolitik des ZK der SED in Brandenburg an der Havel durchgeführten „Konferenz zu Fragen der ideologischen Situation in den Fachgebieten Psychiatrie/Neurologie und Psychologie“. In der medizingeschichtlichen Diskussion wird die Auffassung vertreten, die „Brandenburger Konferenz“ habe gezeigt, dass es der politischen Führung der DDR nicht gelungen sei, diesen Bereich des Gesundheitswesens vollständig zu durchdringen. Zur Untermauerung dieser These von den „Grenzen der Diktatur“ bedarf es jedoch noch weiterer Untersuchungen.

Darüber hinaus ist der Forschungsstand zur Geschichte des Militärgefängnisses Schwedt nach wie vor lückenhaft, und heute erinnert kaum etwas an die Geschichte der Repression, die hinter diesen Gefängnismauern verübt worden ist. Über die Intensivierung der Forschung hinaus sind aus Sicht der Landesregierung Initiativen anzuregen, die sich der Erinnerung an dieses Kapitel der Justiz in der DDR widmen.

2.3 Erinnerung an jüdisches Leben im Land Brandenburg

Heute sind kaum noch Spuren erhalten, die an das seit Mitte des 19. Jahrhunderts prosperierende, vielfältige kulturelle und soziale jüdische Leben in Brandenburg erinnern.²⁴ Auch der wirtschaftliche Aufschwung, den die jüdische Bevölkerung in dieser Zeit erlebte und der das Land entscheidend prägte, ist heute kaum noch wahrnehmbar. Nur wenige brandenburgische Juden haben den nationalsozialistischen Völkermord an den europäischen Juden überlebt, und nur vereinzelt kehrten sie in ihre alte Heimat zurück. Zur Geschichte der Verfolgung gehören die Versuche, „Normalität“ so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Parallel entstanden auf dem heutigen Gebiet des Landes Brandenburg jedoch zahlreiche Hachschara-Lager, die Jugendliche auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten. Andere als Juden und Jüdinnen Verfolgte wählten den Weg in den Untergrund, wobei sich die Überlebensbedingungen für Frauen und Männer sehr unterschiedlich darstellten.

²⁴ Vgl. ausführlich: Irene Dieckmann: Jüdisches Brandenburg. Geschichte und Gegenwart, Potsdam 2008.

Der Verlust für die brandenburgische Kultur, vor allem in den einstigen Zentren jüdischen Lebens wie Brandenburg an der Havel, Eberswalde, Cottbus, Guben, Forst, Luckenwalde, Prenzlau und Rathenow, ist unwiederbringlich. Nach der Befreiung 1945 und einer kurzen Phase pluralistischen Gedenkens an die Opfer und Verfolgten des NS-Regimes verdrängte die Ehrung der „Kämpfer gegen den Faschismus“ die Erinnerung an die aus „rassischen“ und „rassehygienischen“ Gründen Verfolgten und Ermordeten. Die meisten Gedenkzeichen und -stätten sowie Mahnmale in Brandenburg zur Erinnerung an Ausgrenzung, Verfolgung, Entrechtung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung sind durch den staatlichen Antifaschismus geprägt. Nach der antizionistischen Kampagne der SED gegen Juden in der DDR 1953, Einschüchterungen und Verhören kam es zur Flucht von über 500 Juden aus der DDR, unter ihnen fast alle Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden. Im Verlauf der 1980er Jahre nahm die Kritik an dem staatstragenden parteilichen Antifaschismus zu. Aus den Oppositionsgruppen heraus bildeten sich Arbeitskreise zur Aufarbeitung der regionalen und lokalen NS-Geschichte. Darüber hinaus wurden einige unzerstörte jüdische Gotteshäuser wie in Luckenwalde restauriert und zeugen von der jüdischen Geschichte der Stadt. Hier und an vielen weiteren Orten jüdischen Lebens sowie an zerstörten Friedhöfen wurden 1988 anlässlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht Erinnerungstafeln angebracht, und es wurde mit der Erforschung jüdischen Lebens und der Verfolgung während des Nationalsozialismus begonnen. Selbst wenn damals vor allem außenpolitische Erwägungen und die Verbesserung des Verhältnisses zu den USA ausschlaggebend für diese inhaltliche Erweiterung in der offiziellen Erinnerungspolitik waren, so ergaben sich zu diesem Zeitpunkt Möglichkeiten für Regionalforscher, teilweise bereits begonnene Projekte zu intensivieren. Oft ging die Initiative zur Auseinandersetzung mit diesen Themen von den Evangelischen Kirchengemeinden aus. Nach 1990 konnte an diese Impulse angeknüpft werden.

Potsdam

Das Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) für europäisch-jüdische Studien erarbeitet mit der Förderung der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung eine Ausstellung unter dem Titel „Jüdisches Leben in Brandenburg“. Sie wird einen Überblick über unterschiedliche Aspekte des Lebens der brandenburgischen Juden von den Anfängen bis in die Gegenwart geben. Exemplarisch werden Orte und biografische Einzelschicksale vorgestellt. Dabei steht die Geschichte der Stadt Potsdam als brandenburgische Landeshauptstadt mit drei Tafeln besonders im Vordergrund. Ebenfalls herausgestellt werden die Zeit des Nationalsozialismus und die Entwicklung jüdischen Lebens in der DDR. Als Grundlage dienen unter anderem Ergebnisse aus Schülerprojekten, die im Rahmen des „Zeitsprünge“-Programms bzw. der pädagogischen Arbeit des MMZ entwickelt wurden. Die Ausstellung war vom 13. Januar bis zum 8. Februar 2009 im Potsdamer Alten Rathaus zu sehen. Seitdem wird sie als Wanderausstellung an zehn weiteren Orten in Brandenburg gezeigt.

Ausgehend von der Initiative des Bundesarchivs für ein „Gedenkbuch für die Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945“ aus dem Jahre 1986 entstanden entsprechende Publikationen für verschiedene Orte und Regionen Deutschlands. Seit 2003 betreibt das Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA) gemeinsam mit der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ den Aufbau einer Gedenkbuch-Datenbank für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Brandenburg. Die im BLHA vorhandenen Quellen ermöglichen es, Einzelschicksale Brandenburger Juden zu rekonstruieren und sie damit dem Vergessen zu entreißen. Die Datenbank enthält Angaben zu ungefähr 25.000 im Nationalsozialismus verfolgten Juden. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat die Erarbeitung dieser wissenschaftlichen Datenbank mit 33.000 Euro gefördert. Zu den Forschungen gehört darüber hinaus die Erarbeitung einer Quellenedition zur NS-Verfolgung in der Provinz Brandenburg 1933–1942/43. Aktuell zeigt das BLHA eine Ausstellung zur nationalsozialistischen Judenverfolgung und zur Entschädigung der Überlebenden nach 1990. Für die Darstellung der rassistisch begründeten Ausgrenzung und Vernichtung der jüdischen Bürger Brandenburgs durch die Nationalsozialisten kann das BLHA auf den Bestand des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg (ungefähr 60.000 Akten) zurückgreifen, die ein eindringliches Zeugnis der nationalsozialistischen Judenpolitik und ihrer konkreten Umsetzung vor Ort sind. Da die Auswanderung und die Deportation der jüdischen Bevölkerung die Frage nach sich zog, was mit ihrem Eigentum geschehen solle, oblag der Behörde des Oberfinanzpräsidenten seit November 1941 die Behandlung des Vermögens ausgewanderter bzw. deportierter Juden. Die Überlieferung des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg betrifft folglich zu einem wesentlichen Teil Devisen-, Grundstücks- und andere Vermögensangelegenheiten jüdischer Bürger. Die Ausstellung wurde am 19. Februar 2009 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte eröffnet und nach der dortigen zweimonatigen Präsentation an zahlreichen weiteren Orten im Land Brandenburg gezeigt.

Schwedt

In dieser Stadt wurde 1988 nicht nur eine Gedenktafel zur Erinnerung an die in der Pogromnacht 1938 zerstörte Synagoge errichtet, sondern auch mit der Freilegung einer Mikwe, eines rituellen Bades, begonnen. Das unterirdische, nur mit einer Kuppel aus dem Boden ragende Gebäude wurde zwischen 1869 und 1871 direkt neben der Synagoge errichtet. Aktuell plant die Stadt die Rekonstruktion des aus der Mikwe und einem ehemaligen Tempeldienerhaus bestehenden Ensembles des Jüdischen Ritualbades. Beide baulichen Überreste sind einzigartige Zeugnisse jüdischer Geschichte, Kultur und Lebensweise im Land Brandenburg. Sie gehören zu den seltenen und vermutlich einzigen erhaltenen Beispielen dieser Bauten im Land. Das ehemalige Tempeldienerhaus soll als kommunale Einrichtung der Städtischen Museen Schwedt/Oder zu einer Informations- und Kommunikationsstätte zur Auseinandersetzung mit jüdischem

Leben und Kultur in Brandenburg ausgebaut werden. In Planung ist ein weiteres Gebäude, das zukünftig die auf Forschungsergebnissen der Universität Potsdam basierende ständige Ausstellung zur jüdischen Geschichte der Stadt beherbergen soll. Das Vorhaben wird mit Mitteln des Bund-Länder-Programms „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ innerhalb des Sanierungsgebietes „Altstadt/Lindenallee“ finanziert.

Frankfurt an der Oder

Hier befand sich ein wesentliches Zentrum jüdischen Lebens. Hier konnten Juden erstmals in Deutschland an einer Universität studieren. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts herrschte in Frankfurt (Oder) ein durchaus liberales Klima, das sich in einem friedlichen Miteinander der verschiedenen Konfessionen zeigte. Die jüdischen Bürger fühlten sich immer mehr als deutsche Staatsbürger.

Der Pfarrer Christian Wilhelm Spieker schenkte in dem von ihm gegründeten Frankfurter Patriotischen Wochenblatt dem Gemeindeleben aller vier Konfessionen gleichermaßen Aufmerksamkeit und bemühte sich, seine Mitmenschen zur Toleranz zu erziehen und aufzuklären. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstanden in Frankfurt zahlreiche jüdische Vereine. Zunehmende antisemitische Tendenzen innerhalb des Bürgertums ließ die jüdische Gemeinde wieder bewusst enger zusammenrücken. Das rege jüdische Leben wurde dann durch den Machtantritt der Nationalsozialisten erst eingeschränkt und schließlich endgültig vernichtet. 1933 lebten in Frankfurt noch ca. 800 Juden. Die Mehrzahl der Frankfurter Juden konnte emigrieren und sich im Ausland eine neue Existenz aufbauen. Am 9. November 1938, zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Pogromnacht von 1938 wurde nahe dem ursprünglichen Standort ein Gedenkstein für die in jener Nacht geplünderte und durch Brand beschädigte Synagoge eingeweiht, die bei den Bränden nach der Einnahme der Stadt 1945 endgültig zerstört worden war.

Rheinsberg

Die Erinnerung an Persönlichkeiten wie den Erzähler, Dichter, Satiriker und pazifistischen Publizisten Kurt Tucholsky im Literaturmuseum Schloss Rheinsberg vermittelt eine Vorstellung von der Vielfalt und dem Einfluss von Juden auf das kulturelle und wirtschaftliche Leben in Brandenburg. Das Kurt-Tucholsky-Literaturmuseum plant modellhaft für kleinere Literaturmuseen die Entwicklung eines museumspädagogischen Bereiches, zu dem Angebote für Grundschulgruppen und Schulklassen sowie Hintergrundinformationen für Lehrer, Vorlesestunden, Material zum Problemfeld „Außenseiter“ und eine illustrierte Broschüre „Tucholsky für Kinder“ gehören werden.

Freienwalde

Rathenau verbrachte in Freienwalde über zehn Jahre hinweg den Sommer. Hier besuchten ihn seine engsten Mitarbeiter und literarischen Freunde zum Austausch über politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen. Er selbst nutzt den Landsitz für seine schriftstellerische Tätigkeit. Im Jahr 1918 brachte er seinen Besitz zum Zweck der Förderung von Wissenschaft und Kultur in die von ihm gegründete „Walther-Rathenau-Stift GmbH“ ein. 1922 wurde er von rechtgerichteten Verschwörern ermordet. Die Erben schenkten 1926 Schloss und Park Freienwalde dem damaligen Landkreis Oberbarnim, so dass hier eine Stätte der Erinnerung an die altpreußische Kultur um die Wende des 18. Jahrhunderts entstehen konnte. Es wurde zu einem herausragenden Ort kultureller Symbiose vor 1933. Seitdem erinnerte bis zum Ende der DDR in dem 1945 ausgeplünderten Schloss nichts mehr an Walther Rathenau und das Zusammenleben und die kulturellen Begegnungen zwischen Juden und Christen. 1991 erfolgte durch den damaligen Landkreis Bad Freienwalde und die Walther Rathenau-Gesellschaft e.V. mit der Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Neugründung der Walther-Rathenau-Stift GmbH sowie die Einrichtung einer ständigen Gedenkstätten mit dem Rathenau-Archiv.

Caputh

An diesem Ort befand sich ein von der jüdischen Pädagogin Gertrud Feiertag 1931 in einer Fabrikantenvilla in der Potsdamer Straße 18 gegründetes jüdisches Kinder- und Landschulheim. Nach 1933 durfte die ursprünglich reformpädagogisch und interkonfessionell ausgerichtete Einrichtung nur noch ausschließlich jüdischen Charakter haben. Das Heim wurde zu einer Zufluchtsstätte und zu einem Ort der Vorbereitung auf die Auswanderung. Weitere Gebäude, wie auch das in der unmittelbaren Nachbarschaft gelegene Sommerhaus von Albert Einstein in der Waldstraße 6/7 kamen hinzu. Nach Anfeindungen der Einwohner und durch Vandalismus im Zusammenhang mit der Reichspogromnacht 1938 wurde das Heim weitgehend zerstört. 1943 wurde dort eine staatliche Erziehungseinrichtung etabliert. Nach Kriegsende wurde das Haus erneut als Kinderheim genutzt und 1986 nach dem im KZ Bergen-Belsen umgekommenen jüdischen Mädchen Anne Frank benannt. Seit 1988 erinnert eine Tafel an das jüdische Landschulheim. Am 10. November 1994 wurde in Potsdam eine von der Fachhochschule Potsdam erarbeitete Ausstellung über das Caputher Kinder- und Landerziehungsheim eröffnet. Anlässlich des 70. Jahrestags des Novemberpogroms wurde das „Jugendhilfezentrum Anne Frank“ in „Jugendhilfezentrum Gertrud Feiertag“ umbenannt und erneut die bereits 1994 präsentierte Ausstellung präsentiert. Zukünftig wird ein „Stolperstein“ vor dem Jugendhilfezentrum an Gertrud Feiertag erinnern.

Albert Einsteins versammelte in dem Sommerhaus in Caputh in den Jahren 1931 und 1932 seinen Freundeskreis. Das vom Einstein Forum betreute Sommerhaus des Nobelpreisträgers kann in den Sommermonaten besichtigt werden. Der 1999 gegründete Initiativkreis Albert-Einstein-Haus Caputh (seit 2006 e.V.) zeigt im zentral gelegenen Bürgerhaus eine Dauerausstellung zu Einstein, seinem Sommerhaus und dessen jüdischen Architekten Konrad Wachsmann. Orientiert an den Ausschreibungen von Kulturland Brandenburg präsentiert der Verein schon seit einigen Jahren Sonderausstellungen mit Exponaten, die wichtige Aspekte von Einsteins Wirken beleuchten. So wurde 2008 anhand des originalen Gästebuchs das persönliche und geistige Umfeld Einsteins in Caputh erschlossen. Die diesjährige Sonderausstellung widmet sich „Einstein und dem Ideal der Demokratie“. In die von Kulturland Brandenburg geförderten Sonderausstellungen wird mit öffentlichkeitswirksamen Begleitveranstaltungen eingeführt. Zusätzlich bietet der Initiativkreis Vortrags- und Seminarveranstaltungen zu Einsteins wissenschaftlichen Leistungen und mit Blick auf Konrad Wachsmann zur Architektur an. In diesem Jahr ist die Herbstveranstaltung Wachsmann und der Entwicklung des industriellen Bauens in den USA und der DDR gewidmet.

Finsterwalde

Die Wanderausstellung des Kreismuseums Finsterwalde „Gestern sind wir hier gut angekommen“ dokumentiert das jüdische Leben in der Niederlausitz. Im Rahmen des Kulturlandjahrs „1000 Jahre Christentum“ gefördert, wurden auf 25 Tafeln und mit Fotos sowie Exponaten Lebenswege jüdischer Familien nachgezeichnet. Die Ausstellung zeigt die Geschichte der Juden in der Niederlausitz, die im 13. Jahrhundert mit der Entwicklung der ersten Städte begonnen hat. Anfeindungen durch die Mehrheitsbevölkerung und die christliche Kirche werden ebenso berücksichtigt wie die Geschichte der Assimilation und der gesellschaftliche Aufstieg des jüdischen Bürgertums. Ein eigenständiges Kapitel ist der gesellschaftlichen Ausgrenzung im 20. Jahrhundert bis hin zur mörderischen Verfolgung im Nationalsozialismus gewidmet. Aufgeschlüsselt nach Städten wie Forst, Finsterwalde, Guben, Lübben und Cottbus dokumentieren die Schautafeln, wie jüdische Familien seit dem 19. Jahrhundert das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben mitbestimmten und wie dieser Prozess 1933 brutal beendet wurde. Unter den porträtierten Familien befindet sich die Familie der in Finsterwalde geborenen Schriftstellerin und Journalistin Inge Deutschkron, die die Aktivitäten des Kreismuseums bis heute begleitet und unterstützt. Die Ereignisse in der Reichspogromnacht 1938 werden in der Ausstellung vor allem aus Sicht der Forster Synagogengemeinde gezeigt. Den Titel „Gestern sind wir gut hier angekommen“ erhielt die Ausstellung durch die Geschichte des 15-jährigen Juden Ernst Loewy. In Vorbereitung auf die Auswanderung erlernte er in einem jüdischen Bildungslager in Schniebinchen im früheren Kreis Sorau 1935 landwirtschaftliche Tätigkeiten, um eine Aufnahmegenehmigung in Palästina zu erhalten. „Gestern sind wir gut hier angekommen“, schrieb er an seine Eltern in Krefeld, nachdem er Schniebinchen erreicht hatte. Großformatige Fotos von

Herbert Sonnenfeld, die zum Bestand des Jüdischen Museums Berlin gehören, bilden das Leben und die Arbeit auf dem Ausbildungsgut „Hachschara“ in Schniebinchen und Jessen ab, wo bis 1941 jüdische Jugendliche wie Ernst Loewy auf ihre Ausreise nach Palästina vorbereitet wurden.

Ahrens Dorf

Im „Landwerk Ahrens Dorf“ befand sich eine von 80 Ausbildungsstätten der Hachschara-Bewegung in Europa, die jüdische Kinder und Jugendliche auf ihre Auswanderung nach Palästina vorbereitete. Von den insgesamt 32 registrierten Hachschara-Stätten²⁵ in Deutschland ist nur diese in ihrer ursprünglichen baulichen Originalität erhalten geblieben. Während das Heim bis 1939 für die jüdischen Mädchen und Jungen ein friedlicher Zufluchtsort in einer antisemitischen Umwelt war, verschlechterten sich die Lebensbedingungen nach 1940. Die Bevölkerung trat seinen Bewohnern zunehmend feindlicher gegenüber. Einige der Hachschara-Stätten wurden bereits nach dem Novemberpogrom 1938 geschlossen, während andere bis 1941 zugelassen wurden. Für die letzte Gruppe der im Sommer 1941 im Landwerk Ahrens Dorf lebenden Jugendlichen begann nun der Schreckensweg der Deportation über das Sammellager Neuendorf auf dem Sande bei Fürstenwalde sowie in das Sammellager Paderborn. Vor dort aus wurden sie im April 1943 mit dem 14. Osttransport nach Auschwitz deportiert. 1993 wurde nach Recherchen eines Regionalforschers der Förderverein gegründet, dem 52 Mitglieder aus Deutschland, Israel und Schweden angehören. Die Forschungsarbeiten zum Landwerk Ahrens Dorf und zu den Biografien seiner Bewohner umfassen mehrere Veröffentlichungen, vier Ausstellungen und eine Videodatei mit Lebensberichten von 64 Überlebenden sowie ein Fotoarchiv. Die Arbeit mit Schülerprojektgruppen gehört zum festen Programm des Fördervereins. Als Ergebnis der Spurensuche, Sammlung von Biografien, Fotos und Dokumenten aus den Jahren 1936 bis 1941 durch Schüler eines Luckenwalder Gymnasiums wurde 1997 auf dem einstigen Gelände des Landwerkes Ahrens Dorf eine Gedenkstele von einem Luckenwalder Künstler enthüllt. Sie erinnert an das Leben der Jugendlichen von 1936 bis 1941 im Landwerk Ahrens Dorf und ehrt die in Auschwitz ermordeten ehemaligen Heimbewohner. Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal und der „Förderverein für eine internationale Begegnungsstätte Hachschara – Landwerk Ahrens Dorf“ plant die Einrichtung einer Begegnungsstätte. Auf der Basis der bereits erarbeiteten vier Wanderausstellungen wurde eine aktuell in einem ehemaligen Schulgebäude präsentierte und durch eine Gedenkstättenlehrerin betreute Dauerausstellung mit dem Titel „Einblicke zur Hachschara – Das Landwerk Ahrens Dorf 1936–1941“ realisiert. Die Arbeit des Fördervereins wurde u.a. durch den Landkreis Teltow-Fläming und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur unterstützt. In Neuendorf im Sande plant der Verein LandKunst-Leben e.V. im Rahmen des Kulturlandjahrs „Demokratie und Demokratiebewegungen“ 2009 einen Work-

25 Unter Hachschara (Vorbereitung, Tauglichmachung) wurde die systematische Vorbereitung von Juden auf die Alija (Auswanderung nach Palästina) verstanden.

shop mit Zeitzeugen, Künstlern, Jugendlichen und Einheimischen, in dem es ebenfalls um die Geschichte des Ortes der Hachschara und die Schicksale der jüdischen Bewohner des Landwerks gehen wird.

Rathenow/Steckelsdorf

Ein weiteres Hachschara-Lager befand sich in Steckelsdorf, ungefähr 70 km in westlicher Richtung von Berlin entfernt. Es wurde vermutlich 1934 eröffnet. In der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde das Haus von den Nazis gestürmt und vorübergehend geschlossen. Die dort angetroffenen jüdischen Männer wurden in das KZ-Buchenwald deportiert. Im November 1939 wurde das Landwerk erneut eröffnet, da das NS-Regime zu diesem Zeitpunkt die Forcierung der Auswanderung der Juden betrieb. Die Bewohner wurden ab 1941 zur Zwangsarbeit in der Optischen Industrie verpflichtet. Nach dem Auswanderungsverbot 1941 erfolgten ab Frühling 1942 Deportationen in die Vernichtungslager im Osten. Die Deportationsorte sind bis heute weitgehend unbekannt. Seit 1952 ist Steckelsdorf ein Ortsteil der Stadt Rathenow. Seit 1953 befindet sich ein Kinderheim in dem Gebäude. Bereits Mitte der 1980er Jahre begann das dortige Stadtmuseum mit Zeitzeugenbefragungen. 1992 wurde eine Ausstellung zur Geschichte der Juden in Rathenow erarbeitet, in der das Landwerk ebenfalls Erwähnung fand. In diesem Zusammenhang entstanden internationale Kontakte, und die Befragung von Zeitzeugen konnte fortgesetzt werden. Seit 1997 erinnert eine Gedenktafel an das Hachschara-Lager und seine Bewohner.

Eberswalde

1993 erarbeiteten Schüler der Nordend-Schule in Eberswalde die Sonderausstellung „Nur zwei kehrten zurück – Schicksale jüdischer Bürger aus Eberswalde“. Die Jugendlichen recherchierten Biografien und Leidenswege von Juden aus Eberswalde während des Nationalsozialismus. Im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung fand im Mai 2006 eine von der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit ausgerichtete Tagung mit dem Titel „Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942“ im Museum in der Adler Apotheke statt. Hier wurde unter anderem ein Schülerprojekt zur Situation von Juden in der DDR vorgestellt. Die Jugendlichen setzten sich in dem Projekt „Erscheinungsformen von Antisemitismus in der DDR nach 1960“ in lokalen Fallstudien mit diesem in der schulischen Bildung bislang eher randständigen Thema auseinander. Anlässlich des 70. Jahrestages der Pogromnacht am 9. November 2008 wurde ein von engagierten Bürgern aus Eberswalde und Lokalhistorikern erarbeitetes Gedenkbuch für jüdische Opfer des Nationalsozialismus vorgestellt. Es enthält 500 Namen von Verfolgten, Ausgegrenzten und Ermordeten. Davon sind 18 Lebensläufe ausführlich dargestellt. Darüber hinaus kann Eberswalde auf ein Kulturgut ersten Ranges verweisen, das wahrscheinlich als einziges erhaltenes Beispiel seiner Art in Deutschland für das jüdische Leben steht. Gemeint ist eine Laubhütte (Sukka), die sich ursprünglich auf einem Balkon an der Rückseite des Alten Hüttenamts in der Mes-

singwerksiedlung befand. Sie wurde von der jüdischen Unternehmerfamilie Hirsch und einigen leitenden Angestellten ihrer Firma während des 7-tägigen Laubhüttenfestes für gemeinsame Mahlzeiten genutzt. Die Hütte besteht aus einem hölzernen Gerüst und einem aufklappbaren Blechdach. Sie ist innen farbig ausgemalt (Davidstern mit Auge Gottes). Was es mit diesem kleinen Bauwerk auf sich hat, wurde erst bei Sanierungsarbeiten am Hüttenamt im Jahre 2006 durch einen Heimatforscher am Ort erkannt. Die Laubhütte wurde inzwischen unter Verwendung von Spendengeldern restauriert und im Oktober 2008 im Gebäude gegenüber dem Hüttenamt neu aufgestellt. Sie kann dort nach Absprache von jedem besichtigt werden.

Beeskow

Die jüdische Gemeinde im Raum Beeskow/Storkow hat sich wegen des Wegzugs vieler ihrer Mitglieder bereits in den 1920er Jahren aufgelöst. Die Synagoge wurde 1934 verkauft und diente als Wohnhaus. Ihre frühere Funktion ist heute noch am Baustil zu erkennen. Als sichtbares Zeichen zeugt der jüdische Friedhof in einem Waldstück zwischen Beeskow und Kohlsdorf, den die Stadt in Pflege hat, vom einstigen jüdischen Leben in der Region. In den letzten 80 Jahren ist hier niemand mehr begraben worden. Die jüngsten Grabstätten stammen aus den 1930er Jahren. Im Rahmen des Kulturlandjahrs „Provinz und Metropole“ 2008 wurde die Ausstellung „Zwischen Provinz und Metropole: Jüdisches Leben im Altkreis Beeskow-Storkow“ realisiert. Sie wurde vom Förderverein der Burg Beeskow organisiert und von zahlreichen Sponsoren, darunter der Sparkasse Oder-Spree unterstützt. Schüler der Albert-Schweitzer-Gesamtschule und des Rouanet-Gymnasiums waren in die Vorbereitungen einbezogen und arbeiteten an konkreten Projekten. Anhand der Geschichte jüdischer Familien seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges werden in der Schau die Wanderungsbewegungen der jüdischen Bevölkerung, die Migrationsprozesse und der Umgang mit Minderheiten verdeutlicht.

Bad Saarow

Ein Galerist recherchiert seit einiger Zeit Spuren jüdischen Lebens in Bad Saarow. Eine Schadensmeldung des Saarower Polizeipostens vom November 1938 aus dem Potsdamer Landeshauptarchiv nennt 23 jüdische Familien, die von dem Pogrom am 9. November 1938 betroffen waren. Eine Anfrage beim Bundesarchiv in Berlin zur Volkszählung von 1939 brachte weitere Namen hervor. Aus einem zunächst lokalen und zeitlich überschaubaren Unterfangen wurde ein Projekt zur Erinnerungskultur, das mit inzwischen 203 Namen, in der Regel dokumentiert durch Akten des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg, auf ein nicht zu vernachlässigendes jüdisches Leben in Bad Saarow hinzuweisen scheint. Die Suche nach jüdischen Spuren in Bad Saarow ist nicht beendet, aber ein wichtiger Schritt getan. Seit dem 9. November 2008 erinnert mitten im Ort im Eingangsbereich des historischen Bahnhofs eine Tafel mit der

Inschrift „Wir gedenken der verfolgten und ermordeten Juden von Bad Saarow“ an die ehemaligen jüdischen Einwohner des Ortes. Am 20. November 2008 werden für sieben aus Bad Saarow vertriebene und in den Vernichtungslagern bzw. in Theresienstadt ermordeten Juden aus Bad Saarow Stolpersteine verlegt.

Cottbus

Als Ergebnisse eines von der Caritas initiierten Projektes mit Jugendlichen zum jüdischen Leben in der Stadt entstanden unter anderem eine Ausstellung, die Publikation „Die Cottbusser jüdischen Friedhöfe“ und ein Film. Das Stadtmuseum Cottbus hat im Oktober 2008 seine Sonderausstellung „Von dieser Zeit an befinden sich aufs Neue Juden allhier – Zur jüdischen Geschichte in Cottbus“ eröffnet. Die Ausstellung gibt einen Einblick in die jüdische Geschichte der Stadt seit 1740. Der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten ist ein besonderer Schwerpunkt gewidmet. Die Geschichte wird bis zur Wiederbegründung der jüdischen Gemeinde 1998 erzählt.

Perleberg

Archäologische Funde haben ergeben, dass der Perleberger Judenhof aus dem 13. Jahrhundert datiert. Vermutlich haben sich hier auch die Synagoge und das Taufbad (Mikwe) befunden. Heute steht hier eine 1717 erbaute Fachwerkscheune. Der Perleberger Kulturverein und die Stadt planen, den ehemaligen Judenhof zu einem Dokumentationszentrum auszubauen. In diesem Rahmen soll eine historische Ausstellung entstehen.

Zehdenick

Der jüdische Friedhof in Zehdenick wurde 1998 als einer der ersten in Ostdeutschland von einem Rabbiner neu eingeweiht. Das Gelände hatte zuvor brach gelegen. Es ist der Initiative eines Lehrers und der Arbeit vieler Schulklassen und Bürgern aus Zehdenick zu verdanken, dass das Gelände heute wieder ein jüdischer Friedhof ist. Ursprünglich wurde er 1766 angelegt. Wegen des Umzugs der Mehrheit der jüdischen Familien in andere Städte wurde er bereits 1898 geschlossen. Während des Nationalsozialismus wurde er endgültig zerstört und beräumt, sodass nur noch zehn Grabsteine aus dem 19. Jahrhundert erhalten geblieben sind. Von 1996 bis 1998 wurde der Friedhof auf Initiative des Vereins „Sachar-Iskor/Erinnern“ und im Rahmen eines Schülerprojekts der Dammhast-Grundschule in Zehdenick so weit wie möglich wieder hergestellt. Anlässlich des 70. Jahrestages des Novemberpogroms und der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der erneuten Einweihung des Friedhofs im November 2008 präsentierten Schüler und Auszubildende des Oberstufenzentrums „Georg Mendheim“ ihren Film „Die Spur der Sterne – Jüdisches Leben in Zehdenick“ und führten auf diese Weise das Engagement von Schülern an diesem Ort fort.

Auch zahlreiche Schülerprojekte haben sich mit der jüdischen Geschichte in Brandenburg, aber auch mit dem Verhältnis der DDR und Israel auseinandergesetzt.²⁶ Darüber hinaus gib es auf anderen kulturellen Gebieten wie Konzerten und Theateraufführungen eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens.²⁷

2.3.1 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an jüdisches Leben in Brandenburg“

Aus Sicht der Landesregierung könnten Synagogen und weitere museal erschlossene Orte als Zeugnisse jüdischen Lebens, aber auch Orte der Verfolgung und Ausgrenzung Bestandteil der Stadtführungen und der Dauerausstellungen in den städtischen Museen werden. In diesem Zusammenhang sollte überprüft werden, wo die Darstellungen, Beschilderungen im Stadtraum und die Kennzeichnung historischer Orte um weitere Themen ergänzt werden können. Für Museen im östlichen Brandenburg wird die Zusammenarbeit mit polnischen Partnern bei der Erforschung der Geschichte der Juden an Bedeutung zunehmen. Jüdisches Leben auf dem Gebiet der ehemaligen Neumark lässt sich nur in Kooperationsprojekten aufarbeiten. Gemeinsam konzipierte Wanderausstellungen könnten einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschen und Polen leisten.

26 Zum Beispiel haben in Templin Schüler den 70. Jahrestag des Novemberpogroms zum Anlass genommen, den jüdischen Friedhof der Kleinstadt wieder ins öffentliche Bewusstsein zu holen. Ein neuer Gedenkstein würdigt seit November 2008 die hier beigesetzten Menschen. Im April 2008 hatte das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des Staates Israel alle Schülerinnen und Schüler der Länder Berlin und Brandenburg zur Beteiligung an dem Wettbewerb „Israel und ich“ aufgerufen. Gesucht wurden Beiträge, die alltägliche, besondere oder herausragende Begegnungen Einzelner oder von Gruppen mit Bürgern, Einrichtungen oder Aktivitäten des Staates Israel im In- und Ausland dokumentieren. Mit 31 Beiträgen beteiligten sich fast 450 Schülerinnen und Schüler aus Berlin und Brandenburg an dem Wettbewerb.

27 Die Neue Bühne Senftenberg widmete sich der Erinnerung an das Novemberpogrom und den Massenmord an den europäischen Juden. Am 7. November 2008 fand hier die zuvor bereits im Potsdamer Hans-Otto-Theater uraufgeführte Darstellung der szenischen Collage „Der Elektriker – Die Geschichte des David Salz“ statt. Die Aufführung basiert auf Interviews mit dem ehemaligen Häftling des KZ Auschwitz Salz, der heute in Tel Aviv lebt, und verbindet Theaterszenen von Katharina Schlender mit der Präsentation von Dokumentarfilmteilen von Lea Rosh, Sascha Jako und Joachim Lühning. Darüber hinaus setzte eine Ausstellung mit dem Titel „Verehrt verfolgt vergessen – Schauspieler als Naziopfer“ von Ulrich Liebe vom 7. November bis zum 7. Dezember 2008 47 Schauspielerinnen und Schauspielern, die während der Zeit des Nationalsozialismus aus politischen oder rassistischen Gründen verfolgt und ermordet wurden, ein Denkmal. Unterstützt wurde das Projekt der Herbert-Ihering-Gesellschaft von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Neuen Bühne Senftenberg e.V. im Rahmen des Bundesprogramms des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Vielfalt tut gut“.

Die Geschichte der Juden in der SBZ und DDR ist zwar mittlerweile gut erforscht, hat sich jedoch bislang kaum in musealen Präsentationen niedergeschlagen. Es gibt bereits teilweise sogar prämierte Schülerprojekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Mit der auch in Brandenburg gezeigten Ausstellung des Berliner Centrum Judaicum „Zwischen Bleiben und Gehen. Juden in Ostdeutschland 1945 bis 1956“²⁸ ist ein Anfang gemacht worden, an dessen Ergebnisse sich im Hinblick auf die Realisierung weiterer Ausstellungen anknüpfen lässt. Nachdem sie im Landtagsgebäude in Potsdam präsentiert worden ist, ist sie gegenwärtig in Cottbus zu sehen. Weitere Stationen werden Königs Wusterhausen und Luckenwalde.

2.4 Erinnerung an sorbisches Leben in Brandenburg

Gerade bei der Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben, speziell zwischen 1933 und 1990, sollte die sorbische Geschichte nicht übergangen werden. Die Lausitz ist durch ihren Bikulturalität charakterisiert, ohne die die Geschichte eines Teils des heutigen Landes Brandenburg bis in die Gegenwart nicht erklärt werden kann. Während des Nationalsozialismus wurde die sorbische bzw. wendische Minderheit unter dem Verdacht national-politischer Aktivitäten überwacht. Diese Überwachung erfolgte durch die sogenannte Wendenabteilung, die ab 1923 auf die „Stärkung der Deutschtumsarbeit in den wendischen Gebieten“ abzielte und über den vermeintlichen „hochverräterischen Charakter jeglicher Nationalbestrebungen“ aufklärte²⁹. Das Spektrum der Planungen und Aktivitäten des NS-Regimes gegenüber den Sorben/Wenden reichte von der gezielten Eindeutschung mittels Verbot der sorbischen Sprache und sorbischer Vereine, der Ausweisung und Versetzung „leitender Persönlichkeiten der Wenden“ aus der zweisprachigen Lausitz (Mina Witkojc, Karlo Jordan), der Verfolgung sorbischer Aktivisten und deren Einweisung in Gefängnisse und Konzentrationslager (Pawlina Krawcowa) bis hin zu Aussiedlungs- und Vernichtungsplänen als „führerloses Arbeitsvolk“³⁰ in das so genannte Generalgouvernement.

28 Andreas Weigelt, Hermann Simon (Hrsg.): Zwischen Bleiben und Gehen. Juden in Ostdeutschland 1945 bis 1956. Zehn Biographien, Berlin 2008.

29 Statutenentwurf des Bautzener Kreishauptmanns v. Nostitz-Wallwitz vom 21. Januar 1920 für die Wendenabteilung. Siehe Frido Měšk, Bestandsverzeichnis des Sorbischen Kulturarchivs in Bautzen. Teil III: Das Depositum Wendenabteilung, Bautzen 1967, S. 159–161.

30 Im Mai 1940 legte der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, eine Denkschrift unter dem Titel „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ vor, der Hitler inhaltlich zustimmte. Siehe Förster, Die „Wendenfrage“, S. 177 ff.

Auf der Grundlage des sächsischen Sorbengesetzes von 1948, der davon abgeleiteten Sorbenverordnung vom September 1950 im Land Brandenburg, aber auch der Regelungen nach der Friedlichen Revolution³¹ wurde ein allgemeiner Anspruch auf Schutz und Förderung der sorbischen Sprache und Kultur festgeschrieben. Es entstanden sorbische Institutionen und Einrichtungen, die sich auch mit der jüngsten Geschichte der Sorben/Wenden beschäftigen. Neue Forschungsergebnisse, die sich speziell mit der Zeit zwischen 1933 und 1945 auseinandersetzen, liegen vor.³² Dazu gehören die 1992 eingerichtete Zweigstelle des Sorbischen Instituts und das 1994 eröffnete Wendische Museum (beide Cottbus).

2.4.1. Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an sorbisches Leben in Brandenburg“

Das Wendische Museum erarbeitet derzeit eine neue ständige Ausstellung in Kooperation mit Wissenschaftlern (Sorbisches Institut Bautzen/Cottbus), die u.a. das 20. Jahrhundert, insbesondere die Wirkung der des Nationalsozialismus auf die Sorben/Wenden zum Thema haben wird. Damit ist und bleibt diese Einrichtung als zeitgeschichtlicher Ausstellungs- und Diskussionsort ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Bezugspunkt im kulturellen Gedächtnis der Sorben/Wenden in der Niederlausitz. Das Ziel gemeinsamer Anstrengungen der Mehrheitsgesellschaft und den Sorben/Wenden sollte es sein, ein Geschichtsbewusstsein zu fördern, das die Geschichte des sorbischen slawischen Volkes integrativ in die Erinnerungskultur im Land Brandenburg einbezieht.

31 u.a. Art. 25 Verfassung des Landes Brandenburg, SWG 1994.

32 Die Forschungen zu diesem Thema sind trotz neuer Veröffentlichungen noch nicht abgeschlossen. Siehe hierzu Frank Förster, Die „Wendenfrage“ in der deutschen Ostforschung 1933–1945. Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem und die Lausitzer Sorben, Bautzen 2007 [Schriften des Sorbischen Instituts; 43] sowie Annett Bresan, Pawoł Nedo 1908–1984. Ein biografischer Beitrag zur sorbischen Geschichte, Bautzen 2002 [Schriften des Sorbischen Instituts; 32].

2.5 Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen

Seelow

In Brandenburg befindet sich mit den Seelower Höhen und dem Oderbruch der während der letzten Kriegstage am heftigsten umkämpfte Frontabschnitt und wichtigste Kriegsschauplatz am Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. Mit der Schlacht um die Seelower Höhen begann Mitte April 1945 die Berliner Operation der Roten Armee. Es war die letzte sowjetische Großoffensive in Europa und die für den Ausgang des Krieges unter großen Verlusten geführte entscheidende Schlacht unmittelbar vor Berlin. In den viertägigen Kämpfen fielen mehr als 50.000 Soldaten beider Seiten. Ein nach Einnahme Berlins im Auftrag von Marschall Schukow errichtetes Denkmal von Lew Kerbel im Zentrum des ehemaligen Schlachtfeldes erinnert an den sowjetischen Durchbruch der letzten deutschen Verteidigung vor Berlin. Unterhalb des Denkmals befindet sich eine Kriegsgräberstätte für 300 Rotarmisten. Diese sowjetische Erinnerungsstätte wurde 1972 durch eine deutsche Gedenkstätte mit einer ständigen Ausstellung zu einem in Deutschland einmaligen Ensemble erweitert.

Die sich seit 1997 in der Trägerschaft der Kultur GmbH Märkisch-Oderland befindende Gedenkstätte informiert in ihrer Dauerausstellung über die Schlacht um die Seelower Höhen und deren Folgen. Die Einrichtung übernimmt museologische Aufgaben, indem sie persönliche Erinnerungen der Erlebnisgeneration sammelt und bewahrt. Sie fungiert somit als Dienstleister für Historiker, historisch Interessierte und Bildungseinrichtungen sowie bei der Klärung von Soldatenschicksalen. Diese Einrichtung hat sich zu einer international anerkannten Begegnungsstätte entwickelt und stellt als historischer Ort im Schnittpunkt zwischen West- und Osteuropa eine wesentliche Verbindung zu den Staaten her, die während des Krieges und der langjährigen deutschen Okkupation am meisten zu leiden hatten. Die Gedenkstätte ist mit dem Museum Karlshorst und der Denkwerkstatt in Halbe zu einer Interessengemeinschaft „Krieg und Erinnerungen“ zusammengeschlossen. Weitere Kooperationen gibt es mit der „Heldenfestung Brest“ und den Universitäten in Frankfurt/Oder und Potsdam.

Ebenfalls im Jahr 1997 präsentierte die Gedenkstätte eine von der Berlin-Brandenburgischen Geschichtswerkstatt erarbeitete und durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur geförderte Sonderausstellung mit dem Titel „Nervengas SARIN. Militärische Geheimnisse im Wald von Falkenhagen“. Im Ersten Weltkrieg hatten die Erfahrungen mit dem Einsatz von Giftgas viele Frontsoldaten traumatisiert. Die nach Kriegsende einsetzende internationale Diskussion führte schließlich zur Ächtung dieser Waffengattung. Zahlreiche Staaten verpflichteten sich in einem völkerrechtlichen Abkommen, niemals als erste chemische oder bakteriologische Waffen einzusetzen. Die Nationalsozialisten überschritten demonstrativ

die Bestimmungen des Versailler Vertrags. Im Rahmen ihrer groß angelegten Aufrüstungsmaßnahmen ließen sie auch chemische Kampfstoffe entwickeln und produzieren. 1938 wurde die Forschungsabteilung des Waffenamtes (WaF) aufgefordert, im Wald von Falkenhagen Vorarbeiten für die Errichtung von Anlagen zur Erprobung neuer Waffen zu beginnen. Bald darauf wurde mit dem Bau großer Werksanlagen im Wald begonnen. 1943 beschloss die NS-Führung, die 1936 und 1938 in den Labors der I.G. Farben in Leverkusen neu entdeckten Nervengase TABUN und SARIN verstärkt zu produzieren. 1943 nahm die Firma den Auftrag an, in Falkenhagen, nunmehr einem Außenlager des KZ Sachsenhausen, eine Anlage zur SARIN-Produktion zu errichten und zu betreiben. Im Zweiten Weltkrieg kam es nie zu einem Einsatz dieser Nervengase, die Anlage wurde nie fertiggestellt. Das Wissen der deutschen Chemiker und Ingenieure über die neuen Nervengase eigneten sich unmittelbar nach Kriegsende Spezialeinheiten der alliierten Siegermächte an. Die Ausstellung der Berlin-Brandenburgischen Geschichtswerkstatt, die sich der Geschichte der Giftgaserprobung und -erzeugung widmet, ist in der Kirche in Falkenhagen zu besichtigen.

Halbe

Mit dem 40 km südöstlich von Berlin gelegenen Waldfriedhof befindet sich im Land Brandenburg ein weiterer Ort von herausragender Bedeutung für die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen. Im Frühjahr 1945 kam es zu einer tragischen Situation: Mitte April schlossen sowjetische Truppen einen Kessel im Raum Lübben/Halbe. Nach dem Zusammenbruch der 9. Armee im Raum Frankfurt/Oder und bei Cottbus wurden die kaum noch kampffähigen Reste der Truppe in einem Waldstück zwischen Märkisch Buchholz und Halbe durch die Rote Armee im sogenannten Kessel von Halbe eingeschlossen. Entgegen einem „Führerbefehl“ entschied sich der Oberbefehlshaber der 9. Armee Theodor Busse, nicht nach Norden in Richtung Berlin, sondern nach Westen auszubrechen. Die verschiedenen Versuche forderten bis zum Ende der Kämpfe am 1. Mai 1945 ungefähr 40.000 Tote auf deutscher Seite. Diese wurden begraben, wo man sie fand: in Gärten, in den Wäldern, an Straßenrändern und auf den Feldern. Für die Toten der Roten Armee richtete man in den umliegenden Gemeinden sowjetische Friedhöfe und Grabflächen ein. Neben den Soldaten befanden sich Tausende Flüchtlinge in diesem Kessel. Insgesamt ist von 200.000 eingeschlossenen Menschen auszugehen. Vor diesem Hintergrund besteht die Besonderheit des Waldfriedhofs darin, dass hier unterschiedliche Gruppen von Toten ihre letzte Ruhestätte gefunden haben: Zu den auf dem Friedhof Bestatteten gehören Angehörige der Deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS, der Hitlerjugend, zahllose Flüchtlinge und Zivilisten, verschleppte sowjetische und ukrainische Zwangsarbeiter, Opfer der Wehrmachtsjustiz sowie im Jahr 1952 umgebettete Tote des sowjetischen Speziallagers Nr. 5 in Ketschendorf. Es handelt sich um eine der größten Kriegsgräberstätten der Bundesrepublik Deutschland mit über 23.000 Kriegsoffern, davon etwa 4.600 Opfer des Speziallagers. Für letztere wurden im Mai 2004 Namenstafeln angebracht.

Die genaue Anzahl der hier bestatteten deutschen Soldaten ist unbekannt. Bei den ungefähr 8000 namentlich bekannten Toten handelt es sich fast ausschließlich um Angehörige der Wehrmacht, die durch erhaltene Soldbücher und Erkennungsmarken im Gegensatz zu den Zwangsarbeitern und Zivilisten identifizierbar waren. Es ist dem unermüdlichen Engagement von Pfarrer Ernst Teichmann (1906–1983) zu verdanken, dass die Regierung der DDR 1951 die Genehmigung zum Bau eines „Zentralfriedhofs Halbe“ erteilte. Von nun an konnte offiziell nach deutschen Grablagen gesucht, konnten Identifizierungen und Bestattungen vorgenommen und Angehörige benachrichtigt werden. Seit Ende der 1940er Jahre bis heute kursieren unterschiedliche Bezeichnungen wie „Ehrenfriedhof“, „Heldenfriedhof“, „Zentralfriedhof“ oder „Soldatenfriedhof“, die alle auf die mit diesem Ort verbundenen Unsicherheiten und den ungeklärten politischen Umgang mit diesem Kapitel des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit schließen lassen. 1996 wurde die durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur geförderte Ausstellung „Nun hängen die Schreie mir an... Halbe. Ein Friedhof und seine Toten“³³ der Berlin-Brandenburgischen Geschichtswerkstatt auf dem Friedhofsvorplatz präsentiert. Sie hat gezeigt, dass es ein großes öffentliches Interesse an der Geschichte des Waldfriedhofs gibt. In ihrer Schau zog sie wesentliche Themen ein, die für das Verständnis des historischen Kontextes unabdingbar sind. Sie dokumentierte die Geschichte des Vernichtungskrieges, den das NS-Regime prägenden Rassenwahn und die Verführung der Jugend, die Motivationen und Haltungen der deutschen Soldaten, das tatsächliche Kriegsgeschehen und die Erinnerungen an die Schlacht.

Die vom Landesverband Brandenburg des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge seit 2005 betriebene und anteilig durch den Volksbund, die Gemeinde Halbe/Amt Schenkenländchen und den Landkreis Dahme-Spreewald geförderte „Denkwerkstatt“ verstand sich ausdrücklich nicht als Ausstellung, sondern als Projektwerkstatt, die zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des vielschichtigen Ortes anregen will. Sie hat sich mit ihren Projekten, in denen sowohl nach den historischen Zusammenhängen und Ereignissen, nach den Biografien der Toten als auch nach den Ursachen für den Stalinismus nach 1945 und dem Umgang mit dem Ort sowie historischer Verantwortung und der Bedeutung für die Gegenwart gefragt wird, vor allem an Schulen, Jugendbildungseinrichtungen sowie an Zeitzeugen gewendet. Die didaktischen Vorarbeiten wurden unter fachwissenschaftlicher Beratung durch den Pädagogischen Arbeitskreis der Landesverbände Brandenburg und Berlin im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge geleistet. Um diesem wichtigen Konzept der Vermittlung von Informationen über die oben genannten historischen Zeitabschnitte sowie dem Ort selbst gerecht zu werden, plant der Volksbund, zusammen mit dem Amt Schen-

33 Die vom 1. April–25. November 1996 auf dem Friedhofsvorplatz präsentierte Ausstellung ist im Internet dokumentiert: <http://www.poliltische-bildung-brandenburg.de/halbe/einfuehrung.html>; vgl. auch Herbert Pietsch, Rainer Potratz, Meinhard Stark (Hrsg.): Nun hängen die Schreie mir an... Halbe. Ein Friedhof und seine Toten, Berlin 1995.

kenländchen und dem Landkreis Dahme-Spreewald, eine konzeptionell und finanziell gesicherte Bildungsstätte, die sich an alle Besucher des Waldfriedhofs wenden soll.

Auf dem Waldfriedhof in Halbe sind zudem ungefähr 2.000 Deutsche vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge umgebettet worden, die in der Kesselschlacht von Kausche bei Spremberg umgekommen sind. Am 20. April 1945 eroberten sowjetische Truppen der 1. Ukrainischen Front die zur Festung erklärte Stadt Spremberg. Die Innenstadt von Spremberg wurde dabei zu ungefähr 70 % zerstört. Einen Tag später hatte die Rote Armee etwa 18.000 Deutsche in der Nähe von Kausche umzingelt. Bei ihnen handelte es sich um Angehörige der Wehrmacht, des Volkssturms sowie die SS-Panzerdivision „Fruntsberg“ und um die „Führerbegleitdivision“ unter Otto-Ernst Remer, aber auch um zahlreiche Zivilisten. Beim Versuch, aus diesem Kessel auszubrechen, starben bis zu 7.000 Menschen, unter ihnen etwa 600 sowjetische Soldaten. Erst nach dem Ende DDR konnte darüber gesprochen werden, dass Angehörige der sowjetischen Armee nach der Befreiung ihren Hass an der deutschen Zivilbevölkerung ausgelassen haben. Erstmals konnten die von Angehörigen der Roten Armee verübten Massenvergewaltigungen an deutschen Frauen öffentlich thematisiert werden.³⁴ Aus Sicht der Landesregierung ist es im Hinblick auf die Geschichte Sprembergs in ähnlicher Weise wie für den Waldfriedhof Halbe wichtig sowohl dieses wichtige und jahrzehntelang tabuisierte Thema in Ausstellungen aufzugreifen als auch Konzepte gegen die Vereinnahmung dieser Erinnerungsorte durch die politische Rechte zu entwickeln.

Luckenwalde

Das zunächst in provisorischen Zelten für 20.000 Kriegsgefangene errichtete STALAG III A wurde 1945 als eines der letzten Lager überhaupt von der Roten Armee befreit. Vor allem im Winter 1941/42 starben 5.000 bis 6.000 Gefangene an den unmenschlichen Haftbedingungen, Hunger und Kälte. An diesem Ort ruhen etwa 4.000 sowjetische Kriegsgefangene sowie zahlreiche polnische und serbische Tote in über 30 Massengräbern. Ungefähr 500 der umgekommenen westeuropäischen ehemaligen Gefangenen wurden exhumiert und in ihre Heimatländer überführt. Während die Gebäude des STALAG nicht erhalten sind, ist die Friedhofsanlage auf einer Fläche von insgesamt 7.500 qm in ein italienisches, französisches, jugoslawisches und sowjetisches Gräberfeld unterteilt. Bis zu ihrem Abzug im Jahr 1994 nutzte die Rote Armee das Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers als Garnisonsstandort. Da das Areal bis 1994 aus diesem Grund für die Öffentlichkeit nicht zugänglich war, blieb die Geschichte des Lagers weitgehend tabuisiert.

34 Vgl. Helke Sander und Barbara Johr: *BeFreier und Befreite*, Frankfurt 1992.

Um die Geschichte des STALAG III A als einen Teil der Stadtgeschichte darzustellen, wurde im Heimatmuseum ein Ausstellungsraum der Geschichte des Lagers und der damit verbundenen Widerstandsgruppe „Gemeinschaft für Frieden und Aufbau“ eingerichtet. Im Herbst 1943 bis Oktober 1944 unterstützte die Widerstandsgruppe „Gemeinschaft für Frieden und Aufbau“ mit ungefähr 30 Mitgliedern neben anderen Verfolgten „untergetauchte“ Juden. Darüber hinaus werden im Heimatmuseum Luckenwalde originale Exponate des STALAG III A als Teil der Dauerausstellung gezeigt.

Wünsdorf

Die Stadt war fast 100 Jahre Garnisonsstandort. Während des Nationalsozialismus wurde das in der Weimarer Republik von der Reichswehr genutzte Gebiet um Bunkeranlagen und Kasernenbauten ergänzt. Gigantische, seit 1936 erbaute unterirdische Bunkeranlagen beweisen die Vorbereitung eines Weltkrieges durch das NS-Regime. Vor dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 wurde das Hauptquartier des Oberkommandos des Heeres in die Bunkeranlage Maybach I verlegt. Zwischen 1938 und 1941 entstanden in der Gegend 19 Luftschutztürme. Nach Kriegsende bezog zunächst der militärische Führungsstab des sowjetischen Marschall Shukow in Wünsdorf Quartier. 1953 übernahm schließlich das Oberkommando der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ das Gelände. Wünsdorf wurde zu einem strategisch wichtigen Standort im Kalten Krieg. Von hier aus wurde unter anderem die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 geplant. 1994 schließlich endete die Militärgeschichte Wünsdorfs mit dem Abzug der sowjetischen bzw. russischen Truppen. Am 12. September 1998 wurde das Projekt Bücherstadt im Wünsdorfer Ortsteil Waldstadt eröffnet, das gemeinsam von Antiquaren, Historikern und Künstlern aus Deutschland gestaltet wurde. Hier befinden sich sowohl das Garnisonmuseum Wünsdorf als auch das „Haus der Geschichte und der Bücher“. Das Garnisonmuseum, untergebracht in einem ehemaligen Kaiserlichen Pferdestall, in dem ein reichhaltiger Fundus von Fotografien, Dokumenten und Exponaten aus der Militärgeschichte präsentiert wird. Auch im nahe gelegenen „Haus der Geschichte und der Bücher“ finden sich zahlreiche Exponate aus der Zeit der Stationierung der sowjetischen Streitkräfte. Die präsentierten Uniformen, Alltagsgegenstände und Relikte wurden bislang jedoch nicht in ihren historischen, gesellschaftlichen und politischen Kontext eingeordnet. Beide Ausstellungen verzichten bislang auf einführende und einordnende Texte. Zukünftige Konzeptionen zur brandenburgischen Militärgeschichte werden dies nachzuholen haben und können dabei auf einen reichhaltigen Fundus der Einrichtungen zurückgreifen.

Mit dem Museum des Teltow befindet sich unmittelbarer Nähe zum Garnisonmuseum eine weitere Einrichtung, die sich mit der regionalen Militärgeschichte beschäftigt. Das Museum widmet sich in seinen Ausstellungen der Geschichte der in der Eiszeit entstandenen Teltowlandschaft und ihrer Bewohner sowie verschiedenen heimatgeschichtlichen Themen wie der jahrzehntelangen Präsenz des Militärs in die-

sem Gebiet. Unter dem Motto „Macht und Provinz. Militärgeschichte im heutigen Landkreis Teltow-Fläming. Von der Pickelhaube zur Pilotka“ wurde am 21. September 2008 eine Sonderausstellung im Museum des Teltow in Wünsdorf eröffnet. Dabei handelt es sich um ein Projekt im Rahmen des Themenjahres „Provinz und Metropole – Metropole und Provinz“ von Kulturland Brandenburg. Die Schau widmet sich der bis 1994 existierenden Vielzahl der bereits erwähnten militärischen Einrichtungen entlang der 1875 in Betrieb genommenen Königlich Preußischen Militäreisenbahn (K.M.E.) zwischen Berlin-Schöneberg und Jüterbog. Es wird gezeigt, wie sich die gesamte Region unter dem Einfluss des Militärs gewandelt hat. Darüber hinaus geht es um die militärhistorischen Aspekte des Einflusses von Metropolen auf die Provinz. Die Schau ist zudem Teil des Verbundprojektes „Metropolen in der Provinz“, das vom Museumsverband des Landes Brandenburg koordiniert wird und an dem sich landesweit elf Museen beteiligen. Darüber hinaus steht die Darstellung der Garnionsgeschichte der Stadt Jüterbog von ihren Anfängen 1746 bis zum Abzug der letzten russischen Einheiten 1994 im Vordergrund der ständigen Ausstellung des Stadtmuseums.

Kummersdorf

Auf einem mehr als 3.000 Hektar großen Areal in Kummersdorf 40 km südlich von Berlin entwickelten und erprobten Reichswehr und Wehrmacht in der „Heeresversuchsstelle“ Kriegsgerät. Das Versuchsgelände entwickelte sich zu Deutschlands wichtigster militärischer Erprobungseinrichtung. Zehn Jahre bevor der Physiker Wernher von Braun 1932 seine Forschungen in Kummersdorf aufnahm, war mit ersten Raketenversuchen begonnen worden. Die Versuchsstelle war Arbeitsplatz für ungefähr 2.000 Menschen, die neben Waffentests und der Erprobung von Kriegsgerät hier Kernforschung betrieben und Motoren für Raketen testeten, die später für die propagierte Vergeltungswaffe „V 2“ eingesetzt wurden. Da der Platz in Kummersdorf begrenzt war, wechselte von Braun Mitte der 1930er Jahre mit seinem Team nach Peenemünde auf der Ostseeinsel Usedom. Für die Serienherstellung der V2 wurden unter menschenunwürdigen Bedingungen Häftlinge des Konzentrationslagers Dora-Mittelbau eingesetzt. In der bei Kummersdorf gelegenen Versuchsstelle Gottow wurden die militärischen Forschungen in enger Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der SS fortgeführt. 1943 wurde wegen der vermehrten alliierten Bombenangriffe auf Berlin die Berliner Forschungsabteilung des Heereswaffenamtes ebenfalls nach Gottow verlegt. Nach 1945 übernahmen die sowjetischen Besatzungstruppen den größten Teil des Schießplatzes und nutzten ihn mit einer Transporteinheit als Garnison und Übungsgelände bis zum Abzug der Truppen aus Deutschland 1994. Ein großer Teil der Akten wurde von den Nationalsozialisten kurz vor Kriegsende vernichtet. Bislang fehlt ein umfassendes Informationsangebot zur komplexen Geschichte des Areals. Der Förderverein „Kummersdorf-Gut e.V.“ setzte sich für die Erinnerung an diesen Ort ein. Er präsentiert eine kleine Ausstellung mit modellhafter Abbildung des Geländes und bietet Führungen über das Gelände an.

Seit 2009 gibt es eine Initiative zum Aufbau eines Museumsparks. Die Arbeit an einem Konzept für ein Dokumentations- und Forschungszentrum Heeresversuchsstelle/Schießplatz Kummersdorf hat begonnen. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Geschäftsführerin des Museumsverbands Brandenburg gegründet. Die Konzeption baut auf einer Studie zu den Entwicklungsmöglichkeiten des Gebietes auf, die der Landkreis Teltow-Fläming in Auftrag gegeben hat. In der Arbeitsgruppe wirken Vertreter der BTU Cottbus, des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam, des Landkreises Teltow-Fläming, der regionalen Planungsgemeinschaft und weitere Experten mit.

2.5.1 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen“

Mit der Gedenkstätte Seelower Höhen und dem Waldfriedhof Halbe liegen in Brandenburg zwei große Erinnerungsorte von gesamtstaatlicher Bedeutung, die mittelfristig grundlegend neu gestaltet bzw. im Fall des Waldfriedhofs um wesentliche Informationen ergänzt werden müssen. Zukünftig muss eine neu konzeptionierende Ausstellung verstärkt über die sozialen und politischen Rahmenbedingungen des Krieges, über das Kriegsgeschehen und seine Bedeutung für die Menschen und die Landschaft, die Kriegsfolgen sowie den Umgang mit der Geschichte des Krieges nach 1945 informieren. Mit diesen Schwerpunktsetzungen befindet sich auf den Seelower Höhen der einzige Erinnerungsort mit Museum und politisch-historischer Bildungsarbeit auf einem ehemaligen Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. Insbesondere die Stellung der Wehrmacht als Instrument im Vernichtungskrieg und deren Verstrickungen in Verbrechen wird als eine wesentliche deutsche Erinnerungsaufgabe vertiefend darzustellen sein. Es soll verdeutlicht werden, dass der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg ursächlich für die europaweite Ausdehnung des Systems der nationalsozialistischen Konzentrationslager und dem Zwangsarbeiter-system war. Weitere geplante Ausstellungsthemen sind die Darstellung der Perspektiven sowjetischer, polnischer und deutscher Soldaten, der Hasspropaganda in den beteiligten Armeen und ihre Wirkungen sowie Desertion und Wehrmachtsjustiz. Ein wesentlicher Schwerpunkt wird darüber hinaus auf die Rezeptionsgeschichte gelegt. Als Stätte des inszenierten Antifaschismus und der deutsch-sowjetischen Freundschaft, die vielen ehemaligen DDR-Bürgern noch in Erinnerung ist, sind die Seelower Höhen ein geeigneter Ort, um die Geschichte der Gedenkstätte und des Denkmals und ihre geschichtspolitische Instrumentalisierung zu veranschaulichen. Für diese inhaltlichen Erweiterungen und die Neukonzeption insgesamt ist ein neuer Museumsbau unabdingbar, da der bisherige Ausstellungsraum von 80 qm für die geplante umfassende Darstellung der Vorgeschichte des Krieges, des Kriegsverlaufs, seiner Folgen und der Rezeptionsgeschichte keinesfalls ausreicht. Perspektivisch ist eine Kofinanzierung des Bundes für den

Erinnerungsort mit nationaler und internationaler Bedeutung anzustreben. Angesichts der Tatsache, dass die Nachfahren der Zeitzeugengeneration über keine Erfahrungen mit dem Zweiten Weltkrieg verfügen, verlangt diese letzte Ruhestätte Tausender Toter des Zweiten Weltkrieges nach Erklärung. Aus Sicht der Landesregierung ist mittelfristig eine historische Dokumentation zu erarbeiten, die in sachlicher Form Informationen über den Friedhof und seine Toten bietet.

Im Hinblick auf den Waldfriedhof Halbe besteht Einigkeit darüber, dass die Anlage um ein grundlegendes Informationsangebot ergänzt werden muss. Da sich der Ort keinesfalls selbst erklärt und in der Vergangenheit wiederholt zu rechtsextremen Geschichtsdeutungen, Aufmärschen und „Heldengedenken“ missbraucht wurde, sind zusätzliche Informationen in Form von einer auf dem neuesten Forschungsstand zu erarbeitenden zeitgeschichtlichen Ausstellung unabdingbar. Die Friedhofsbesucher müssen darüber informiert werden, um wen es sich bei den unterschiedlichen bestatteten Toten handelt. Hier bietet sich der bereits von der Berlin-Brandenburgischen Geschichtswerkstatt e.V. in ihrer 1995 auf dem Friedhofsvorplatz präsentierten Freiluftausstellung gewählte biografische Zugang an. Lebensumstände und Todesursachen können an exemplarisch vorgestellten individuellen Beispielen nachvollzogen werden. Auf diese Art und Weise kann erklärt werden, dass die Toten sowohl durch die Kampfhandlungen der letzten Kriegstage ums Leben kamen als auch durch die Wehrmachtsjustiz nach Desertion und an den Folgen unmenschlicher Zwangsarbeit. Die Geschichte der „Kesselschlacht“ sollte in den Zusammenhang der Endkämpfe um Berlin insgesamt gestellt werden. Hier ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte mit der Darstellung in der Gedenkstätte Seelower Höhen. Wie dort sollte der Perspektive der Wehrmachtssoldaten die Perspektive der sowjetischen Seite gegenüber gestellt werden. Darüber hinaus wird die Praxis der sowjetischen Speziallager zwischen Entnazifizierung und stalinistischer Repression zu erläutern sein, um auch über die umgebetteten Toten aus dem Speziallager Ketschendorf aufzuklären. Zudem ist die Entwicklungs- und Gestaltungsgeschichte des Waldfriedhofs seit 1945 darzustellen. Für die Gegenwart gehört hierzu unbedingt die Auseinandersetzung mit der Vereinnahmung des Ortes durch Rechtsextremisten seit den 1990er Jahren. Im Juni 2006 wurde auf Anregung des Landtagspräsidenten eine Arbeitsgruppe „Mittel- und langfristige Perspektiven für den Waldfriedhof Halbe“ einberufen. Diese Expertengruppe hat Empfehlungen erarbeitet, die am 10. November 2008 in Form eines Abschlussberichtes dem Landtagspräsidenten, den Vertretern der Landesregierung, des Landkreises, des Amtes Schenkenländchen, der Gemeinde und des Volksbundes überreicht wurden. Die Empfehlungen beziehen sich unter anderem auf die Gestaltung des Friedhofsvorplatzes, enthalten ein Konzept zur historisch-politischen Bildungsarbeit und unterbreiten Vorschläge für die Vernetzung mit inhaltlich nahestehenden Einrichtungen wie der Gedenkstätte Seelower Höhen. Die Empfehlungen werden in die Diskussion über die Neugestaltung des Waldfriedhofs einfließen. Über diese Erinnerungsorte hinaus befinden sich im Landkreis Teltow-

Fläming zahlreiche historische Militäranlagen, deren Geschichte teilweise in Museen präsentiert wird. Die Vermittlung der brandenburgischen Militärgeschichte wird diese unterschiedlichen Ansätze zukünftig miteinander verbinden müssen, um sie der Öffentlichkeit in einem überzeugenden Gesamtkonzept zu vermitteln. Bei der Entwicklung eines solchen Konzepts kann der Museumsverband Brandenburg entscheidende Hilfestellungen geben. Sowohl in Halbe als auch in Seelow sollte es verstärkt darum gehen, den anonymen Soldaten aller beteiligten Armeen ein individuelles Gesicht zu geben, indem an ausgewählten Biographien der Mystifizierung vermeintlichen Heldentums deutscher Soldaten ebenso entgegenzutreten wie der Dämonisierung sowjetischer Soldaten. Die kausalen Ursachen für die äußerste Brutalität der Kriegsendphase sowie die rücksichtslose Verfolgung und Terror durch nationalsozialistische Verbände, die Weigerung zur Kapitulation, Kriegsverbrechen gegenüber den Gegnern auf sowjetischer Seite sowie die Mobilisierung der Zivilbevölkerung für Volkssturm, Werwolf und als menschliche Schutzschilde für abrückende Wehrmacht- und SS-Einheiten sind in den Ausstellungen zu thematisieren. In diesem Kontext sollte die jahrzehntelang tabuisierten Massenvergewaltigungen von deutschen Frauen durch Angehörige der Roten Armee aufgearbeitet werden.

Über die exemplarisch aufgeführten Orte zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg gibt es auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg zahlreiche weitere Orte, an denen sich die NS-Herrschaft und die Entwicklung und Bedeutung der NS-Rüstungswirtschaft veranschaulichen lässt. Für den Rassen-, Eroberungs-, Ausplünderungs- und Vernichtungskrieg waren der Auf- und Ausbau militärischer Führungszentren, Stützpunkte und Infrastruktur von großer Bedeutung. Neben dem Hauptquartier des OKH in Wünsdorf zeugen zahlreiche Kasernen, militärischen Anlagen und Flugplätze von dieser Entwicklung.

2.6 Erinnerung an die Nachkriegsordnung, den Neubeginn nach 1945 und den staatlichen Antifaschismus

Potsdam

Mit dem Schloss Cecilienhof als Tagungsort der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 verfügt das Land Brandenburg über einen Erinnerungsort zum Sieg über den Nationalsozialismus von herausgehobener Bedeutung. Das zwischen 1913 und 1917 im Neuen Garten am Ufer des Jungfernsees erbaute Schloss im englischen Landhausstil diente der Familie des letzten Kronprinzen des Deutschen Reichs als Wohnsitz. Weltgeschichtliche Bedeutung erlangte es durch die Potsdamer Konferenz, zu der die Regierungschefs der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Harry S. Truman, J.W. Stalin und Winston S. Churchill (später Clement Attlee), an diesem Ort zusammenkamen, um Vereinbarungen über die

Neuordnung Europas und das zukünftige Schicksal Deutschlands zu treffen. Im Ergebnis wird im sogenannten Potsdamer Abkommen die Demokratisierung, Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Dekartellisierung Deutschlands festgelegt. Nachdem die Alliierten Einigkeit darüber erzielen konnten, dass die Deutschen einer grundlegenden Umerziehung und Entnazifizierung unterzogen werden müssen, wurden die entsprechenden – allerdings weit auslegbaren – Kriterien am 7. August 1945 im „Potsdamer Abkommen“ niedergelegt. Das Abkommen bot jedoch keine Grundlage für eine weitere gemeinsame Politik, da vollkommen andere Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung Europas durch die Westalliierten einerseits und die UdSSR andererseits bestanden. Die sowjetische Besatzungsmacht richtete im Rahmen der Entnazifizierung Speziallager ein, die spätestens ab Ende 1946 vorrangig der Durchsetzung ihres eigenen Herrschaftsanspruchs dienten. Zurzeit sind der Konferenzsaal und die Arbeitszimmer der Delegationen als historische Stätte der Potsdamer Konferenz zu besichtigen.

Frankfurt/Oder

In dem Stadtteil Gronenfelde befand sich ein Barackenlager, das 1945 Zehntausenden aus der Sowjetunion zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen und sogenannten Zivilinternierten als Sammellager diente. Etwa 7.000 Heimkehrer verstarben kurz nach ihrer Ankunft in Frankfurt. Täglich passierten Tausende von Menschen die Stadt. Unter ihnen befanden sich sowohl sowjetische Bürger, Kriegsgefangene als auch ehemalige Zwangsarbeiter, die oftmals gewaltsam in die Sowjetunion repatriert wurden. Hinzukamen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertriebene Deutsche, unter ihnen Frauen und Kinder. Teilweise waren die Menschen schwer krank und unfähig zum Weitertransport, sodass zahlreiche Notlazarette eingerichtet werden mussten. In der Hornkaserne wurden darüber hinaus mehr als 6.000 deutsche Offiziere nach ihrer Entlassung aus US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft gesammelt und in die Sowjetunion deportiert. Heute ist die frühere Hornkaserne Sitz des Polizeipräsidiums. Auf Initiative des Verbandes der Heimkehrer (VdH) wurde am 22. November 1998 dort ein Mahnmal errichtet. An die Rückkehr von fast zwei Millionen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten über Frankfurt (Oder) erinnert heute neben dem vom Heimkehrerverband gestifteten Mahnmal die vom Museum Viadrina erarbeitete Ausstellung „Willkommen in der Heimat“. Sie informiert über die damalige Situation in der Stadt und zeigt anhand von Einzelschicksalen, Exponaten, Ton- und Bildmaterial die Geschichte des Heimkehrerlagers.

Fürstenwalde

Bereits in den letzten Kriegsmonaten kam es mit der Flucht der Deutschen vor den Einheiten der Roten Armee zu massenhaften Bevölkerungsbewegungen in westliche Richtung. Als Folge des Zweiten Weltkrieges setzten massenhafte Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie aus Ost- und Südosteuropa ein. Die Ursachen dieser Vertreibungen lagen im nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg: Bereits mit Beginn des Zweiten Weltkrieges im Herbst 1939 führte die rassenideologische Politik der Nazis zu immensen Umsiedlungs- und Vertreibungswellen. In der Überzeugung von der Überlegenheit der germanischen Rasse und mit dem Ziel der Germanisierung der polnischen Gebiete wurden polnische Staatsbürger zum Verlassen ihrer Heimat in den neuen „Reichsgauen“ Wartheland und Danzig-Westpreußen gezwungen und mussten in das „Generalgouvernement“ umsiedeln. Bereits vor Kriegsende wurde die Abtrennung von Ostpreußen, Teilen von Pommern, der Mark Brandenburg und Schlesien von den Siegermächten festgelegt. Ebenso stand fest, dass das von Deutschland besetzte Sudetenland wieder zum Bestandteil der Tschechoslowakei werden würde. Auf der Potsdamer Konferenz wurden die ostdeutschen Gebiete zunächst unter „polnische Verwaltung“ gestellt und angewiesen, dass die Ausweisung der Deutschen auf „humane und ordnungsgemäße“ Art erfolgen solle. Tatsächlich erfolgten die Vertreibungen größtenteils auf inhumaner Weise und mit der Auflage, die Heimat von einem Tag auf den anderen zu verlassen. Dabei haben die Deutschen in Schlesien, Pommern, dem Ostteil Brandenburgs und in Ostpreußen sich selbstredend nicht in stärkerem Maße schuldig gemacht als die deutsche Bevölkerung in den westlichen Regionen Deutschlands. Die Leiden und Verluste der Flüchtlinge und Vertriebenen blieben in der DDR bis zu ihrem Ende tabuisiert. In zahlreichen Städten wurden provisorische Auffanglager eingerichtet, die teilweise nach nur kurzer Zeit wieder geschlossen wurden, da sie in keiner Weise eine angemessene Ausstattung und Betreuung der Flüchtlinge boten.³⁵

Das Haus Brandenburg wurde 1998/99 von der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg als Begegnungsstätte der Vertriebenen errichtet und 2002 der Stiftung Brandenburg als Eigentum übertragen. In der Folge wurde es mit Museum, Archiv und Bibliothek als Dokumentationszentrum der Vertreibung und der Geschichte Ostbrandenburgs ausgebaut. Es hat sich zur Aufgabe gemacht, „das kulturelle Erbe Brandenburgs, besonders des ehemaligen ostbrandenburgischen Gebiets, das heute zur Republik Polen gehört, zu pflegen, es im Bewusstsein der Brandenburger, des gesamten deutschen Volkes und im Geiste einer zukunftsorientierten Zusammenarbeit mit Polen zu erhalten, zu erforschen und für die Gegenwart und Zukunft zu erschließen“³⁶. Gemeinsam mit der Wojewodschaftsbibliothek in Gorzów (Landsberg/War-

35 Vgl. ausführlich Sven Olaf Oehlsen: Vertriebenenlager in Brandenburg 1945–1953 (= Brandenburgische historische Hefte 18), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 2006.

36 § 2 Abs. 1 der Stiftungssatzung i. d. Fassung vom 5. Dezember 2007. Die Stiftung wurde am 11. Mai 1974 von der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg e.V. gegründet und hat seit 2007 ihren Sitz in Fürstenwalde (Spree). Seit dem 1. April 2002 ist das Haus im Besitz der Stiftung Brandenburg.

the) veranstaltet die Stiftung Brandenburg eine Vortragsreihe zur „Geschichte der Neumark – einer vergessenen Provinz“, auf der polnische und deutsche Wissenschaftler Vorträge halten. Eine weitere Verbindung besteht zum Museum des Landes Lubus in Zielona Góra (Grünberg). Das mit Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie aus Spendenmitteln finanzierte Haus Brandenburg nimmt Sammlungs- und Erschließungsaufgaben wahr, kooperiert mit polnischen Partnerinstitutionen und informiert die Öffentlichkeit über das Schicksal der Vertriebenen durch Vorträge von Fachwissenschaftlern. Zukünftige Ausstellungen sollten dabei auch einen Akzent auf die Integration der Menschen im Land Brandenburg setzen. Dabei kann auf die derzeit vom Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) vorbereitete Quellenedition „Integration der Vertriebenen in Brandenburg in der frühen Nachkriegszeit“ zurückgegriffen werden.

Sowjetische Ehrenmale

Die Errichtung von sowjetischen Grabstätten und Ehrenmalen zur Erinnerung an die gefallenen Soldaten der Roten Armee resultiert aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. In Ostdeutschland gibt es etwa 850 dieser Anlagen.³⁷ Nach Angaben des brandenburgischen Ministeriums des Innern erinnern in Brandenburg über 300 Stätten in 236 Orten an über 55.000 Gefallene der Roten Armee und ums Leben gekommene und ermordete sowjetische Zwangsarbeiter und Zivilisten.³⁸ Dabei handelt es sich sowohl um in ihrer Formensprache ähnliche monumentale Ehrenmale und -friedhöfe als auch um individuell gestaltete Grabsteine auf deutschen Friedhöfen. Während sich die Gräber und Ehrenmale der sowjetischen Soldaten nicht von den Symbolen des Sieges trennen lassen, steht hinter der stalinistisch-ideologischen Symbolik das Leiden Tausender. Es handelt sich um Erinnerungs- und Gedenkzeichen für die Opfer des Zweiten Weltkrieges, die heute von Städten und Gemeinden auf der Grundlage von deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-russischen Abkommen erhalten und gepflegt werden. Die Memorialstätten wurden in der Regel an exponierten Standorten wie Stadtplätzen und Dorfgangern errichtet, um deren ständige Wahrnehmung zu garantieren. In den 1960er und 1970er Jahren kam es aus ideologischen Gründen zu Um- und Neugestaltungen sowie Umbettungen von Toten in Sammelgräber. Im Mittelpunkt sollte fortan nicht nur der Rückblick auf die Befreiung durch die Rote Armee stehen. Vielmehr sollte die Verpflichtung jedes Einzelnen an der Mitwirkung bei der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft verdeutlicht werden.³⁹

37 Für einen umfassenden Überblick vgl. Arbeitsgemeinschaft Sowjetische Gräber und Ehrenmale in Deutschland (Hrsg.): Sowjetische Gräberstätten und Ehrenmale in Ostdeutschland heute, Berlin 2005

38 Erhalt sowjetischer Kriegsgräber ist moralische Verpflichtung, Pressemitteilung, hrsg. vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Nr. 65/98 vom 5. November 1998.

39 Vgl. ausführlich Dieter Hübener: Sowjetische Ehrenfriedhöfe und Ehrenmale im Land Brandenburg, in: Ders., Kristina Hübener, Julius H. Schoeps (Hrsg.): Kriegerdenkmale in Brandenburg. Von den Befreiungskriegen 1813/15 bis in die Gegenwart, Berlin 2003, S. 215–233.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich auf der Grundlage des „Vertrags über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“⁴⁰ vom 9. November 1990 verpflichtet, die sowjetischen Memorialstätten zu pflegen und zu erhalten. Die Landesregierung misst den Anlagen einen wesentlichen Stellenwert innerhalb der brandenburgischen Erinnerungskultur bei. Zeugen sie doch von den Dimensionen des von Deutschen verschuldeten Leidens und Sterbens von Soldaten, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen. In Projekten lassen sich sowohl die Geschichte der Ehrenmale recherchieren als auch ansonsten der Vergessenheit anheim fallende Biografien rekonstruieren. Auf dieser Basis wiederum können Führungen über die Gelände sowie für die Präsentation in den Regionalmuseen geeignete Ausstellungen erarbeitet werden. Es ergeben sich zahlreiche Bezüge zu den Berliner sowjetischen Ehrenmalen in Tiergarten, Treptow und in der Schönholzer Heide in Pankow. Allerdings erschließt sich ihre historische Bedeutung nicht von selbst, da sie zumeist ausschließlich als Friedhöfe oder Parkanlagen wahrgenommen werden. In Einzelfällen kann eine Erläuterung im Hinblick auf ihren historischen Hintergrund und ihre Entstehungsgeschichte sinnvoll sein.

Oranienburg/Sachsenhausen und Ravensbrück/Fürstenberg

Der geschichtspolitischen Instrumentalisierung der NS-Geschichte in der DDR kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Unmittelbar nach Kriegsende setzten sich Überlebende der Konzentrationslager für ein würdiges Gedenken an ihre Kameraden ein. In den Lagern selbst war dies teilweise nicht möglich, weil beispielsweise Sachsenhausen und Jamlitz als sowjetische Speziallager weiter genutzt wurden. Zeichneten sich diese Gedenkformen noch durch einen Pluralismus aus, der sich nicht ausschließlich auf den kommunistischen Widerstandskampf gegen den Faschismus bezog, wurde das Gedenken an die NS-Verfolgten im weiteren Verlauf der Geschichte für die Herrschaftsstabilisierung der SED instrumentalisiert. In der Gedenkstätte Sachsenhausen ist die Dauerausstellung „Von der Erinnerung zum Monument“ Bestandteil des dezentralen Gesamtkonzepts.⁴¹ Ihre Themen sind die Entstehungsgeschichte und die geschichtspolitische Bedeutung des „Museums des antifaschistischen Befreiungskampfes der europäischen Völker“. Die von den Architekten und Gestaltern der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte auf Anweisung des ZK der SED vorgenommenen erheblichen baulichen Überformungen und Veränderungen in der Lagentopografie werden anhand von Fotos, Plänen, Modellen und weiteren Dokumenten und filmischen Ausschnitten erläutert. Darüber hinaus kommt dem Umgang der DDR mit der Geschichte des KZ Ravensbrück eine wesentliche Bedeutung zu: Zum einen wird die neue Hauptausstellung ausführlich über die Instrumentalisierung der Geschichte des KZ Ravensbrück zur Zeit der DDR informieren.

40 BGBl. 1991, II, S. 703.

41 Vgl. Günter Morsch, Astrid Ley (Hrsg.): Das Konzentrationslager Sachsenhausen 1936–1945. Ereignisse und Entwicklungen (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Bd. 23), Berlin 2008.

Zum anderen fordern die nationalen Gedenkräume im Zellenbau zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem staatsoffiziellen Gedenken in der DDR auf. Diese Räume werden mittlerweile in historisierender Absicht mit Hilfe von Informationstafeln eingeordnet und erläutert. Da die Trennung von historischer Information und Totengedenken ein wichtiger Grundsatz der Arbeit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten ist, wird derzeit ein weiterer Ort des Gedenkens eingerichtet. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hat 2008 in Kooperation mit der Stiftung Centrum Judaicum und der Koordinationsstelle des Projektverbundes Zeitgeschichte Berlin-Brandenburg ein Projekt zur Geschichte und Entwicklung jüdischen Gedenkens in der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte“ Ravensbrück durchgeführt. In diesem Projekt sollte die Pluralisierung des Gedenkens in den 1980er Jahren herausgearbeitet werden. Im Ergebnis wurde unter anderem festgehalten, dass die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR grundsätzlich die geschichtspolitischen Vorgaben der Partei- und Staatsführung umsetzten. Darüber hinaus besteht ein wesentliches Projektergebnis darin, dass sich in den 1970er und verstärkt in den 1980er Jahren einzelne zivilgesellschaftliche Initiativen mit der Thematik beschäftigten.

2.6.1 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an die Nachkriegsordnung, den Neubeginn 1945 und den staatlichen Antifaschismus“

Im Bereich der Aufarbeitung der Nachkriegspolitik haben sich sehr unterschiedliche Desiderate gezeigt. Bei ihnen handelt es sich um die Präsentation der Politik der Alliierten nach dem Sieg über den Nationalsozialismus, Ausstellungen zum Schicksal der Heimatvertriebenen sowie die kritische Kommentierung antifaschistischer Mahnmale: Perspektivisch sollte der internationale Stellenwert des Schlosses Cecilienhof als Ort der Potsdamer Konferenz stärker betont, die historischen Zusammenhänge sowie die politischen Folgen der Potsdamer Konferenz in einer auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstands überarbeiteten Dauerausstellung erläutert werden. Es sollte betont werden, dass die Siegermächte hier über die Weltnachkriegsordnung verhandelt haben und entscheidende Weichen für die politische und gesellschaftliche Entwicklung gestellt worden sind. Hierzu gehört die Darstellung der historischen Hintergründe für die Entstehung der Anti-Hitler-Koalition und die Verdeutlichung, dass der gemeinsame Kampf gegen das NS-Regime entscheidend für ihre kurzfristige Zusammenarbeit war. Zum Verständnis der historischen Zusammenhänge sollten die Ereignisse auf den Konferenzen der „Großen Drei“ in Teheran und Jalta als Vorgeschichte der Potsdamer Konferenz dargestellt werden. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf die inhaltlichen Differenzen gelegt werden, die im Kontrast zur nach außen demonstrierten Einigkeit standen. Zur Verdeutlichung des unmittelbaren historischen und politischen Zusammenhangs der Potsdamer Konferenz zur einsetzenden Stalinisierung Ostdeutschlands sollte auf die sich in der Nachbarschaft befindenden

den Gedenkstätten für die Opfer des NKWD in der Leistikowstraße und in der Lindenstraße 54 verwiesen werden.

Eine neue Ausstellung im Schloss Cecilienhof sollte diesen zentralen Ort für die Erinnerung an die Entwicklung der europäischen Nachkriegsordnung mit ihren Bevölkerungsverschiebungen und Grenzziehungen thematisieren und damit die Bedeutung des Schloss Cecilienhofs als zeithistorisch wichtigen Ort für das nationale und internationale Publikum erschließen. Zu zeigen wäre, wie er als Konferenzort die weitere Geschichte des 20. Jahrhunderts nachhaltig geprägt hat. In strategischer Verbindung mit der Glienicker Brücke könnte auf diese Weise darüber hinaus die internationale Dimension des Kalten Krieges ebenso gewürdigt werden wie die nationale Bedeutung der deutschen Teilung. Zudem könnte mit Schloss Cecilienhof ein zentrales Moment der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte öffentlich gewürdigt werden, für das in Berlin kein gleichwertiger Ort zur Verfügung steht. Cecilienhof als geschichtstouristischer Magnet bietet wie bereits erwähnt die Möglichkeit, eine inhaltliche und fußläufige Verbindung zur Lindenstraße und zur Leistikowstraße herzustellen, die dem in Berlin in der Entwicklung befindlichen „Mauerpark“ einen eigenen zentralen Erinnerungsort gegenüberstellt. Schloss Cecilienhof eröffnet außerdem die Chance, einen Ort zur Auseinandersetzung mit dem europäischen Phänomen der Zwangsmigration zu schaffen, der am Beispiel der Oder-Neiße-Grenze offen für unterschiedliche Blickwinkel und damit eine polnisch-brandenburgische Kooperation wäre. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Schlösser und Gärten sollte darüber hinaus die Erforschung des Umgangs mit den preußischen Traditionen im Nationalsozialismus und in der DDR weiter vorangetrieben werden.

Darüber hinaus gibt es einen dringenden Bedarf an einer auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstands zu erarbeitenden ständigen Ausstellung zum Schicksal der deutschstämmigen Heimatvertriebenen. Hier ist zu diskutieren, von welcher Institution eine solche Einrichtung getragen werden könnte. In jedem Fall jedoch ist die Kooperation mit polnischen Partnerinstitutionen anzustreben. Hierbei kann an bereits bestehende Kontakte der Stiftung Brandenburg angeknüpft werden.

Nicht zuletzt sollten zukünftige Ausstellungen verstärkt thematisieren, dass sich auf deutschem Boden bei Kriegsende Millionen von Menschen befanden, die durch nationalsozialistische Zwangs- und Verschleppungsmaßnahmen, Umsiedlungen und Fluchtbewegungen hier hergekommen waren, darunter zahlreiche jüdische „Displaced Persons“. Viele von ihnen mussten ihre Herkunfts- und Heimatländer unwiederbringlich als verloren ansehen.

Die Dominanz der Erinnerung an den kommunistischen Widerstand, dessen Vermächtnis in der DDR angeblich erfüllt worden sei, zeigt sich am sichtbarsten und auffälligsten in den ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück, aber auch in anderen Mahnmalsanlagen wie in Lieberose und in der Gedenkstätte Seelower Höhen. Während in den Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück Ausstellungen über die Überformung und geschichtspolitische Instrumentalisierung informieren, erscheint eine solche Information auch bei den anderen beiden Einrichtungen dringend geboten.

2.7 Erinnerung an Herrschaft, Alltag und Widerstand

Um den Wert von Freiheit und Demokratie zu verdeutlichen, ist die Auseinandersetzung mit nonkonformem und widerständigem Verhalten gegen totalitäre Ansprüche der Indoktrination des Alltagslebens von großer Bedeutung. Bei der Erzählung und Darstellung der Geschichte von Opposition und Widerstand gilt es, konkrete Biografien in Erinnerung zu rufen und das Wissen um lebensgeschichtliche Erfahrungen und individuelle Handlungsspielräume zu fördern. Keine Erklärung eines diktatorischen Regimes lässt sich ausschließlich auf die von ihm ausgeübte Repression und sein Gewalt- und Bedrohungspotential beschränken. Die Frage nach dem Verhältnis von Unterdrückung und Bindekräften, verstanden als Angebote der Identifikation, stellt keinesfalls eine Verharmlosung der in Diktaturen ausgeübten Repression dar. Insbesondere die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit alltäglichem Widerstand und der von nicht jüdischen Deutschen geleisteten Hilfe für NS-Verfolgte hat dazu geführt, dass der Alltag im Nationalsozialismus von einem bislang randständigen Thema in den Fokus der NS-Forschung gerückt ist. Von den bereits abgeschlossenen, aber auch aktuell laufenden Forschungsprojekten zu diesem Themenfeld sind sowohl wesentliche Erkenntnisse zum Funktionieren des NS-Terrorregimes als auch neue Erkenntnisse zu den Motiven für alltägliche Widerstandshandlungen zu erwarten.⁴²

⁴² Vgl. grundlegend die zwischen 1996 und 2004 vom Zentrum für Antisemitismusforschung hrsg. sieben Bände: Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit (Metropol-Verlag Berlin); darüber hinaus das aktuelle Forschungsprojekt des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen: „Referenzrahmen des Helfens“ unter der Projektleitung von Prof. Dr. Harald Welzer und Prof. Dr. Johannes Tuchel.

Im Hinblick auf die Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen hat die analytische Forschung seit 1990 vielfältige Ansätze entwickelt, um das „Verhältnis von Macht und Ohnmacht, von Staat und Individuum, nicht in antithetischer Gegenüberstellung, sondern als vielschichtiges soziales Beziehungsgeflecht“⁴³ zu beschreiben. Diese Impulse aus der Diktaturforschung können bei der Neukonzeption von regionalen und überregionalen Ausstellungen aufgenommen werden.

2.7.1 Herrschaft, Alltag und Widerstand im Nationalsozialismus

Das Alltagsleben der deutschen Bevölkerung veränderte sich nach 1933 einschneidend durch Reglementierungen und die Mitgliedschaft in Massenorganisationen. Kulturelle und gesellschaftliche Engagements jenseits von staatlicher Kontrolle wurden durch die Verbote von Vereinen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen unmöglich. Lediglich eine Minderheit der nicht jüdischen Deutschen befand sich in kritischer Distanz bis Ablehnung zum neuen System. Zeitgleich begann die Ausgrenzung und Drangsalierung von Menschen als politische Gegner, Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas sowie Homosexuellen. Mit Kriegsbeginn wurde insbesondere die Verfolgung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung sowie der Sinti und Roma in allen Lebensbereichen noch einmal verschärft.

Luckenwalde

Das Alltagsleben der Mehrheitsbevölkerung wird in der ständigen Ausstellung des Heimatmuseums eindrucksvoll in seiner Parallelität zur Repression der verfolgten Minderheiten gezeigt. Bildhaft wird dem Museumsbesucher die Aufbruchstimmung, die Hoffnung auf ein endgültiges Ende der Massenarbeitslosigkeit und der Glaube an das offiziell propagierte Gleichheitsversprechen im Rahmen der „Volksgemeinschaft“ nahegebracht. Gleichzeitig erfährt er durch eine unterlegte Informations- und Zeitleiste von den Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Repressionsmaßnahmen bis hin zur Vernichtungspolitik des NS-Regimes. Die im Zuge der Neukonzeption des Museums 2006 erarbeitete Ausstellung informiert, wie es durch die mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Rüstungsprogrammen eingeleitete Eindämmung der hohen Arbeitslosenzahlen gelang, in nur kurzer Zeit den Rückhalt in der Bevölkerung zu erreichen. Durch die museale Aufbereitung verschiedener Themen wie Stadtentwicklung, Baukultur, Aufbau sozialer Einrichtungen, Vereinsleben sowie Kultur- und Freizeitangebote wird die Durchdringung des alltäglichen Lebens mit der Ideologie verdeutlicht. Von Luckenwalde aus operierte darüber hinaus die Widerstandsgruppe

⁴³ Martin Sabrow: Sozialismus als Sinnwelt. Diktatorische Herrschaft in kulturhistorischer Perspektive. Vortrag zur Konstituierung des gemeinsamen Forschungsvorhabens des Instituts für Zeitgeschichte Prag und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam „Sozialistische Diktatur als Sinnwelt. Repräsentationen gesellschaftlicher Ordnung und Herrschaftswandel in Ostmitteleuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, Prag, 3.11.2007, in: Martin Sabrow (Hrsg.). Zeiträume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Göttingen 2007.

„Gemeinschaft Frieden und Aufbau“, deren Geschichte ebenfalls in der Dauerausstellung des Heimatmuseums erzählt wird. Diese im September 1943 unter der aktiven Beteiligung „untergetauchter“ Juden gegründete Gruppe verbergte und unterstützte versteckt lebende Juden, besorgte gefälschte Papiere, versendete sogenannte Kettenbriefe mit Aufrufen zum Widerstand und unterhielt Kontakt zu im Widerstand organisierten Kriegsgefangenen.⁴⁴ Die Widerstandsgruppe wurde von der Gestapo gestellt, doch kam es wegen des Kriegsendes nicht mehr zu Verurteilungen. Zuvor waren jedoch bereits sechs ihrer Mitglieder in Lager deportiert worden und dort umgekommen.

Oranienburg/Sachsenhausen und Fürstenberg/Ravensbrück

Bei der Aufarbeitung und musealen Präsentation der NS-Alltagsgeschichte kommt es darauf an, zu verdeutlichen, dass sich die politische und rassistische Diskriminierung und Verfolgung seit 1933 vor den Augen der Öffentlichkeit vollzog. Erst die Praxis der Vernichtungspolitik sollte vor der Mehrheitsbevölkerung weitgehend geheim gehalten werden. Die Ambivalenz des „Hinschauens“ und „Wegsehens“ (Robert Gelately) durch die deutsche Mehrheitsbevölkerung wird in Brandenburg am besten durch die Aufarbeitung des Verhältnisses der Stadt Oranienburg zum KZ Sachsenhausen und der Stadt Fürstenberg zum KZ Ravensbrück zum Ausdruck gebracht. Die Dauerausstellung „Die Stadt und das Lager“ in der Gedenkstätte Sachsenhausen informiert über das Verhältnis der durch die Nationalsozialisten zur „Stadt der SS“ erklärten Stadt Oranienburg zum KZ Sachsenhausen. Thematisiert werden die vielfältigen Einflüsse des Lagers auf die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung des Ortes. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach der Wahrnehmung des Lagers durch die Bürger, nach Kontakten zwischen SS-Angehörigen und Zivilisten sowie Häftlingen und den Oranienburgern. Auf diese Weise leistet die Ausstellung einen wesentlichen Beitrag zu der Frage, welches Wissen über die NS-Verbrechen bei der Bevölkerung vorhanden war, wo die Bürger von der Verfolgung und den Verbrechen profitiert und wo sie den Häftlingen gegenüber Solidarität und Mitgefühl gezeigt haben. Ein Ausstellungsprojekt, das sich diesen Fragen im Hinblick auf das Verhältnis der Stadt Fürstenberg und dem KZ Ravensbrück annähert, wird gegenwärtig von der Gedenkstätte Ravensbrück geplant, die dabei auf bereits vorhandene einschlägige Forschungsarbeiten aufbauen kann.⁴⁵

44 Vgl. Barbara Schieb: Die Gemeinschaft Frieden und Aufbau, in: Johannes Tuchel (Hrsg.): Der vergessene Widerstand, Göttingen 2005.

45 Annette Leo: Das ist son zweischneidiges Schwert hier unser KZ...: Der Fürstenberger Alltag und das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, Berlin 2008.

Lobetäl (Landkreis Barnim)

Die hier Anfang des 20. Jahrhunderts für Obdachlose und andere Hilfsbedürftige gegründeten Hoffnungstaler Anstalten wurden während des Nationalsozialismus zum Zufluchtsort für jüdische Menschen christlichen Glaubens. Der Anstaltsleiter und Verfasser einer Denkschrift für den besonderen Schutz von „nicht arischen“ Christen, Pastor Paul Gerhard Braune⁴⁶, wandte sich darüber hinaus öffentlich gegen die „Euthanasie“-Aktionen des NS-Regimes. Daraufhin wurde das Mitglied der Bekennenden Kirche 1940 von der Gestapo verhaftet und für mehrere Monate inhaftiert. Die meisten seiner Schützlinge, unter ihnen neben Wehrmachtsdeserteuren und politisch Verfolgten auch unter falschem Namen aufgenommene Juden, wurden im April 1942 nach Polen, Theresienstadt und in das Sammellager im ehemaligen Jüdischen Altersheim in Berlin deportiert. Seit 1997 erinnert ein im Zentrum Lobetals errichteter Gedenkstein an das mutige Handeln des Pastors. Die 2006 eröffnete Ausstellung „Paul Gerhard Braune – Ein Leben im Dienst am Nächsten“ des Fotografen Stefan Gloede in Kooperation mit den Hoffnungsthaler Heilanstalten dokumentiert in zwölf Kapiteln sein Leben und Werk.

Potsdam

In der Gedenkstätte „Potsdam und der 20. Juli“, in den historischen Räumen des ehemaligen Kasernements des Infanterieregiments 9 (IR9) in der Henning-von-Tresckow-Straße 2–8 (heute Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung), wird eine Ausstellung über Männer des militärischen Widerstands mit Bezug zur Stadt Potsdam gezeigt. Die Ausstellung wurde Anfang der 1990er Jahre vom Potsdam-Museum unter Mitwirkung des Militärhistorischen Forschungsamtes erarbeitet. Es kommt dabei darauf an, die Handlungen der Männer des 20. Juli vor dem Hintergrund des historischen Kontextes zu begreifen. Aufgrund des mittlerweile angewachsenen Forschungsstandes, erscheint es jedoch geboten, die Ausstellung grundsätzlich neu zu konzipieren. Von zentraler Bedeutung sind sowohl die Motive als auch die Wirkung des Widerstands sowie seine tiefe Verwurzelung gerade in Potsdam und seiner Umgebung. Widerstand aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und seine Verfolgung und Unterdrückung – von individueller Wehrdienstverweigerung und Desertion bis zum Umsturzversuch des 20. Juli 1944 – bleiben wichtige weitere Elemente der Erinnerungskultur, zumal sie aufzeigen, dass es Alternativen zu Anpassung und Unterordnung gegeben hat. Darüber hinaus könnten auch im „Städtchen Nr. 7“ und seinem Umfeld in würdiger Form die Treffpunkte der Mitglieder des Widerstands vom 20. Juli gekennzeichnet werden.

46 Jan Cantow, Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.): Paul Gerhard Braune (1887–1954). Ein Mann der Kirche und Diakonie in schwieriger Zeit. Stuttgart 2005.

Groß Schönebeck

Die aktuell im Museum Schorfheide geplante Dauerausstellung im ehemaligen Jagdschloss wird sich unter anderem sowohl der Herrschaftsausübung im Nationalsozialismus als auch in der SBZ und DDR widmen. Die Schau mit der Fokussierung auf das Verhältnis von der in der Schorfheide seit Jahrhunderten betriebenen Jagd und der Machtpolitik spannt den zeitgeschichtlichen Bogen von der Kaiserzeit über die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus bis in die Zeit der SBZ und DDR. Im Hinblick auf die Präsentation des Nationalsozialismus kommt der Information über das nach der Ehefrau Görings benannte Schloss Carinhall eine große Bedeutung zu. Dort traf der selbst ernannte „Herr der Schorfheide“ in „Jagdgesprächen“ mit hochrangigen Politikern, Militärs, Wirtschaftsmanagern und weiteren einflussreichen Personen zusammen. Von Carinhall aus führte der „Reichsjägermeister“ und „Reichsmarschall“ Göring während des Zweiten Weltkrieges den Luftkrieg gegen die Alliierten. Kurz vor der Einnahme des Terrains durch die Rote Armee ließ Göring das Schloss sprengen. Während des Krieges verlegte er als Reichsmarschall seine Lagebesprechungen darüber hinaus nach Carinhall. Hier war die überwiegend aus Beutekunst bestehende Privatsammlung von Hermann Göring untergebracht. Ein großer Teil davon blieb in diesen Ausstellungsräumen, bis Göring sie im Januar 1945 in Sonderzügen nach Berchtesgaden verbringen ließ. Am Bogensee befand sich darüber hinaus ein ihm 1936 von der Stadt Berlin geschenktes Landdomzil. 1939 erfolgte ein beachtlicher Neubau mit zwei Nebengebäuden für Gäste, Personal und Wachmannschaften. 1943 zog Joseph Goebbels mit seiner Familie schließlich von Schwanenwerder in sein Landhaus um. Nach dem Krieg wurde der gesamte Gebäudekomplex von der DDR-Organisation FDJ (Freie Deutsche Jugend) genutzt. Seit 1999 stehen die Gebäude leer.

Potsdam

Seit 1911 war Babelsberg zunächst zehn Jahre Standort der Filmgesellschaft Bioscop und 23 Jahre der Ufa. Die Nationalsozialisten nutzten den Film als Massenmedium zur Verbreitung ihrer politischen Propaganda. Mit Produktionen wie „Hitlerjunge Quex“ von 1933 suchte die Ufa die Nähe zum Regime. Der Film richtete sich explizit an politisch links stehende Arbeiter, um sie für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Zeitgleich wurde die Verstaatlichung großer Filmfirmen vorangetrieben, um Einfluss und Kontrolle zu sichern. Politische Gegner und Juden wurden aus dem Filmgeschäft gedrängt. Die Bandbreite der Produktionen reichte von vermeintlich unpolitischen Unterhaltungsfilmern bis hin zu ausdrücklich antisemitischen Hetzfilmen wie „Jud Süß“ von Veit Harlan aus dem Jahr 1940. In der letzten Kriegsphase kamen sogenannte Durchhaltefilme wie das Epos „Kolberg“ vom Januar 1945 hinzu, die die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ sowie die Soldaten von Defätismus und Verzweiflung abhalten sollten. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmte die 1946 von der sowjetischen Besatzungsmacht lizenzierte DEFA die längste Periode der Studiogeschichte. In der Filmproduktion spiegeln sich sowohl die kulturellen Locke-

rungen in der Zeit des sogenannten Tauwetters nach der Rede *Chruschtschows* 1956 als auch ihre Zurücknahme im Gefolge des sogenannten Kahlschlagplenums 1965. Am deutlichsten zeigte sich die politische Einflussnahme anhand der Entstehung der Filme „Sohn seiner Klasse“ (1953/54) bzw. „Führer seiner Klasse“ (1954/55) über den 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann, die in der Ausstellung präsentiert werden. Seit 1949 betrachtete die SED das Filmprojekt als vordringlichste Parteiaufgabe, sodass der Film zum hauptsächlichen Planvorhaben der DEFA wurde. Die von der SED zur politischen Kontrolle der Produktion installierte DEFA-Kommission achtete besonders darauf, dass die Rolle Stalins angemessen erwähnt und die Darstellung des Kampfes der illegalen KPD nach 1933 auf Personen wie Pieck, Ulbricht und Florin konzentriert wurde. Die historische Wahrheit wird zugunsten der ideologischen Vorgaben verfälscht und vereinnahmt. Der Film dient der Legitimation der Politik der SED.

Die ständige Ausstellung „Babelsberg – Gesichter einer Filmstadt“ des Filmmuseums Potsdam informiert über die Entwicklungsgeschichte der Babelsberger Filmstudios, präsentiert Erinnerungsstücke aus Filmen von Ufa, DEFA und Studio Babelsberg. Sie berichtet davon, wie die unterschiedlichen politischen Systeme des 20. Jahrhunderts die Produktion beeinflussten. Über die Vermittlung der Filmgeschichte und der Instrumentalisierung von Filmen im NS-Regime als Propaganda- und Durchhaltefilme vermag die Ausstellung nicht zuletzt einen eindrucksvollen Einblick in das Alltagsleben der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu geben. In der ständigen Ausstellung kommt zum Ausdruck, in welcher Weise sich die Kultur- und Zeitgeschichte in der Babelsberger Produktion spiegelt. Bei der Überarbeitung der ständigen Ausstellung und ihrer Präsentation anlässlich des hundertjährigen Jubiläums von Babelsberg ist geplant, die gesamte Filmgeschichte in ihrem zeitgeschichtlichen Zusammenhang von 1911 bis 2011 zu präsentieren. Bei dieser Arbeit kann auf einschlägige Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden. So laufen an der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg derzeit zahlreiche Forschungsprojekte zur Film- und Fernsehgeschichte, deren Ergebnisse Grundlage für Ausstellungen zu diesem Themenfeld sein können.⁴⁷

47 Auch die bis zum 1. Februar 2009 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte präsentierte Ausstellung „Ich bin kein Romantiker“. Der Pianist Wilhelm Kempff“ zeigt einen Künstler im Spagat zwischen Kunst und Politik. In diesem Zusammenhang ist exemplarisch darüber hinaus auch die auf einer umfangreichen Forschungsarbeit von Martin Maurach zur Rezeption der Werke von Heinrich Kleist im Nationalsozialismus setzte eine öffentliche Diskussion zum Thema ein, die ihren Niederschlag unter anderem in einer vom Kleist-Museum ausgerichteten wissenschaftlichen Tagung im Juni 2005 fand. 2008 wurde die stark beachtete Ausstellung „Was für ein Kerl!“ Heinrich von Kleist im ‚Dritten Reich‘“ in Kooperation der Stiftung Schloss Neuhardenberg und des Kleist-Museums realisiert.

2.7.2 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an Herrschaft, Alltag und Widerstand im Nationalsozialismus“

Bei der zukünftigen Erarbeitung von Ausstellungen zu Herrschaft und Alltagsleben im Nationalsozialismus wird es um Themen wie die Bedeutung der Freizeitangebote, der sozialen Initiativen von Winterhilfswerk (WHW) und NS-Volkswohlfahrt (NSV) bis hin zur NS-Frauenschaft (NSF) gehen, die dazu beitrugen, dass der Staat von vielen als fürsorglich wahrgenommen werden konnte und die Kehrseite der ideologischen Indoktrinierung entweder billigend in Kauf genommen oder gar befürwortet wurde. Es geht um die enge Verwobenheit von Alltagsleben und Herrschaft. In Ausstellungen über Rundfunk, Film, Propaganda, Unterhaltung und ähnlichen Themen kann die mit diesen Angeboten einhergehende Durchsetzung der Diktatur dargestellt werden. Die bislang kaum museal aufbereiteten Veränderungen des Alltagslebens nach Kriegsbeginn sind hier von besonderer Bedeutung. In diesen Themenkomplex gehört, dass das Bemühen des Regimes um so weit wie möglich aufrecht zu erhaltene Alltagsnormalität und das Abwenden von Versorgungsengpässen nur um den Preis der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten Gebiete erreicht werden konnte. Schließlich kann die Darstellung der durch die Erfahrung des Bombenkrieges und Angst vor Bestrafungen geprägten Stimmungslage in der Bevölkerung während der letzten Kriegsmomente in die Ausstellungen einbezogen werden.

Im Hinblick auf die weitere Erforschung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus besteht unter anderem noch ein erheblicher Forschungsbedarf zu der Geschichte der Bekennenden Kirche auf dem Gebiet des heutigen Land Brandenburg. So war beispielsweise Kurt Scharf, der Weggefährte Martin Niemöllers, in den 1930er Jahren Pfarrer in Sachsenhausen und später der Bischof von Berlin-Brandenburg und Ratsvorsitzender der EKD.

Im Hinblick auf die nationalsozialistische Herrschaftsgeschichte und die Funktion des Berliner Umlands für die nationalsozialistische Reichshauptstadt kommt den baulichen Überresten aus dieser Epoche eine große Bedeutung zu: Weite Teile des Landes Brandenburg sind geprägt durch die enge Nachbarschaft, die ökonomische, soziale und kulturelle Verflechtung mit Berlin als Hauptstadt des Deutschen Reichs und zentraler Ort der nationalsozialistischen Herrschaftsapparate in Europa. Zur weiteren Aufarbeitung dieser herrschaftspolitischen Beziehung empfiehlt die Landesregierung die Entwicklung von Ausstellungsprojekten, die die Funktion der architektonischen Zeugnisse für die Herrschaftsausübung erläutern.

Beispielhaft sei hier die Geschichte des olympischen Dorfs in Wustermark, Ortsteil Eltal genannt. Weitere Beispiele sind wie gezeigt Landhäuser nationalsozialistischer Größen aus Politik und Kultur wie Carinhall, zudem auf die Auslagerung von wichtigen Schaltstellen politischer und militärischer Planungsstäbe, Nachschub- und Versorgungseinrichtungen vor die Tore der Reichshauptstadt verweisen.

Bei der Aufarbeitung und musealen Präsentation der NS-Alltagsgeschichte kommt es darauf an, zu verdeutlichen, dass sich die politische und rassische Diskriminierung und Verfolgung seit 1933 vor den Augen der Öffentlichkeit vollzog. Andererseits ist zu vermeiden, „sich auf die Deutung der Geschichte von ihrem Ende“ her einzulassen und „jeden Zeitgenossen mit der Verantwortung für Fehlentwicklungen, Verbrechen und moralisches Versagen“⁴⁸ zu belasten. Bei den Neukonzeptionen der Ausstellungen zur Zeitgeschichte ist insbesondere bei der Auseinandersetzung mit Anpassung, Mitläufertum und Widerstand wichtig, sich ein Bewusstsein dafür zu bewahren, dass unser heutiges Wissen vor allem darauf beruht, dass Geschichte sich ereignet hat. Dabei ist insbesondere bei der Beurteilung des Verhaltens der deutschen Mehrheitsgesellschaft der Versuch hilfreich, „aus der Mitte der Ereignisse Geschichte zu analysieren und zu bewerten“, unter Berücksichtigung der Fragen, was „möglich war, was scheiterte, wie (...) Menschen“ handelten, „die den Ausgang ihrer gerade erlebten, gestalteten oder durchlittenen Geschichte nicht einmal erahnten“⁴⁹. Um vorschnelle Verurteilungen ebenso wie voreilige Exkulpationen zu vermeiden, sind individuelle Handlungsspielräume, Motive und konkretes Verhalten der Bevölkerungsmehrheit darzustellen.

Darüber hinaus könnte gezeigt werden, dass der nationalsozialistische Totalitätsanspruch nicht in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft durchzusetzen war. In diesen Kontext des nonkonformen bis widerständigen Verhaltens im Alltag gehört die von nicht jüdischen Deutschen geleistete Hilfe für Verfolgte. Hier zeigen sich die konkreten Auswirkungen des Regimes auf das alltägliche Verhalten von Menschen, das sich von Begeisterung und Denunziation über widerwilliges Mitmachen bis hin zur Hilfe für Verfolgte, zu Verweigerung und Widerstand erstreckte. Die Hilfe bestand in einmaligen Unterstützungen wie der Besorgung von Lebensmitteln oder der Vermittlung von Unterkünften für die in die Illegalität gezwungenen Verfolgten, aber auch in kontinuierlicher Hilfestellung, die oft in Verbindung mit anderen Formen des Widerstands anzutreffen war.

48 Peter Steinbach: Historiker am Stammtisch. Peter Steinbach warnt Zeitgeschichtler vor Schnellschüssen in aktuellen Debatten, in: Der Tagesspiegel vom 27.3.2003.

49 Ebd.

2.7.3 Herrschaft, Alltag und Widerstand in der SBZ und DDR

Neben der Geschichte von Repression, Widerstand und Verfolgung ist der Aufarbeitung und Präsentation der Alltagsgeschichte im Hinblick auf die SBZ und DDR ein hoher Stellenwert einzuräumen. Erst über die Aufarbeitung und Darstellung der Alltagsgeschichte kann einseitigen Darstellungen der Geschichte der DDR vorgebeugt werden. Es gilt die Ambivalenzen des alltäglichen Lebens zwischen Gleichgültigkeit, Begeisterung und Ablehnung des Systems im Hinblick auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und auf die verschiedenen Phasen des staatlichen Bestehens zu analysieren und museal aufzubereiten. In diesen Zusammenhang gehört die Frage nach geschlechtsspezifischen Rollenverteilungen, deren widersprüchlichen Auswirkungen auf das Alltagsleben von Frauen und Männern ebenso wie die Frage nach der Rolle von Frauen in den Oppositionsgruppen der DDR in den 1980er Jahren. Erst mit diesem Blick auf die gesamte Gesellschaft erschließen sich auch die Funktionsbedingungen und Herrschaftspraktiken des Systems insgesamt.

Groß Schönebeck

Ab 1947 befand sich nordwestlich von Vogelsang (in der „Kleinen Schorfheide“) der größte sowjetische Truppenübungsplatz auf deutschem Territorium mit 20.000 fest stationierten Soldaten und Offizieren. Zudem war die Schorfheide Schauplatz des Kalten Krieges, da hier 1959 die erste sowjetische Atomrakete außerhalb des sowjetischen Staatsgebietes stationiert wurde. In den 1960er Jahren wiederum wurde hier ein wichtiges Kapitel der Entspannungspolitik zwischen beiden deutschen Staaten geschrieben: Die Schorfheide wurde als Sonderjagdgebiet der DDR-Führung zum Empfang von ausländischen Gästen wie hochrangigen Politikern aus den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion, aber auch aus der Bundesrepublik und westlichen Ländern genutzt. Insbesondere in den 1980er Jahren waren Jagdeinladungen an bundesdeutsche Politiker und Führungskräfte aus der Wirtschaft keine Seltenheit. Hier wurde beispielsweise der erste Milliardenkredit mit dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zum Abschluss gebracht. In der aktuell geplanten neuen Dauerausstellung des Museums Schorfheide wird dieser Phase ein wesentlicher Stellenwert zukommen.

Wandlitz und Luckau

Die kritische Aufarbeitung der Bodenreform 1945 und die Enteignung vermeintlicher oder tatsächlicher „Kriegs- und Naziverbrecher“ als Mittel zur grundlegenden Umgestaltung der landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse ist ein zentrales Thema für die brandenburgische Herrschafts- und Alltagsgeschichte. Bislang hat es sich jedoch kaum in den Ausstellungen regionalgeschichtlicher Museen oder in außermusealen Präsentationen niedergeschlagen. Die beiden Kollektivierungsschübe 1952/53 und 1960 sowie die

Arbeit in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) sind ebenso selten zum Ausstellungsgegenstand geworden. Der Thematik kommt eine besondere Bedeutung zu, da die wenige Monate nach Kriegsende einsetzende Bodenreform ein deutliches Zeichen für die Unvereinbarkeit der Interessen der Siegermächte war, die letztlich zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Spaltung Deutschlands führte. Nachdem die SED zunächst auf eine Massenbewegung in Richtung Kollektivierung und auf die Überzeugung der Neubauern gesetzt hatte, führte sie mit Zustimmung aus Moskau 1952 die erste Kollektivierung durch. Diese Radikalisierung trug entscheidend zur Systemkrise von 1953 bei und führte schließlich zum Volksaufstand des 17. Juni. Gleichzeitig installierte die SED das Modell der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Der zweite Kollektivierungsschub ab Dezember 1959 und die mit ihm einhergehende erzwungene Vollkollektivierung führten gemeinsam mit der anhaltenden Flüchtlingswelle zu volkswirtschaftlich gravierenden Problemen. Die Massenflucht bis 1961 könnte in diesem Zusammenhang als Konsequenz auch den Enteignungen, der Bodenreform und politischer Verfolgung nachvollziehbar gemacht werden.

Im Agrarmuseum Wandlitz wird zurzeit mit Hinweis auf ihre Eigenschaft als „Zeitdokument“ eine Ausstellung zur Bodenreform und zu den Kollektivierungen Anfang und Ende der 1950er Jahre gezeigt. Darüber hinaus ist dieses Thema Teil der ständigen Ausstellung des Niederlausitz-Museums Luckau. In neu zu erarbeitenden Ausstellungen sollte sowohl die sozialhistorische Dimension als auch die herrschaftspolitische Funktion von Bodenreform und Zwangskollektivierung erläutert werden. Gezeigt werden sollte sowohl, in welcher Hinsicht die nach Kriegsende hoffnungslosen, verzweifelten und teilweise hungernden Menschen durch die Landzuteilung eine neue Lebenschance erhielten. Andererseits sollte die wachsende Anzahl der Flüchtlinge als Ausdruck des Widerstands gegen Bodenreform und Zwangskollektivierung ebenso beachtet werden wie verhängte Repressionen bis hin zur Todesstrafe gegen widerständige Bauern und der Zusammenhang dieser Entwicklungen mit dem Mauerbau 1961. An den Schwierigkeiten in der technischen Entwicklung wie dem Traktorenbau lassen sich zudem anschaulich die Auswirkungen der Reparationsleistungen zeigen, die die DDR an die Sowjetunion zu zahlen hatte. Der aktuelle Forschungsstand⁵⁰ erlaubt, die Kollektivierungsschübe von der Entscheidung auf zentraler Ebene bis hinunter zu den Kreisen und den Gemeinden zu verfolgen und mittel- sowie langfristig mit ihnen verbundene Ziele zu benennen. Die Abhängigkeit von Entscheidungsprozessen und die Durchführung der Kollektivierung von Personen kann dabei ebenso gezeigt werden wie regional unterschiedlich verlaufende Entwicklungen. Auch der Umgang mit der Thematik in der DDR sollte aufgearbeitet und dokumentiert werden.

50 Friederike Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52, Berlin 2002; für die Bezirke Frankfurt/Oder mit den Kreis Seelow vgl. insbesondere Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2005.

Das Agrarmuseum hat es sich zur Aufgabe gemacht, die offiziellen Geschichtsdarstellungen der DDR kritisch zu überprüfen⁵¹, und sollte darin auch weiterhin die Unterstützung von Landkreis, Gemeinde und Land erfahren.

Golzow

Die beiden Dokumentarfilmer Barbara und Winfried Junge begleiteten von 1961 bis 2007 eine Schulklasse aus Golzow (Landkreis Märkisch-Oderland) und dokumentierten die Lebensläufe von 18 ehemaligen Schülern. Der Film wurde die bislang älteste Langzeitbeobachtung des internationalen Films. Heute ist ein großer Teil des Nachlasses der Dokumentarfilmer im Museum für „Die Kinder von Golzow“ zu besichtigen. Präsentiert werden sowohl Fotos von den Dreharbeiten als auch Tausende Meter Filmmaterial und ein Schneiderraum. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, die insgesamt 20 Filme zu alltäglichem Leben, seinen Veränderungen und den unterschiedlichen Schicksalen in dem Kinosaal des Museums anzusehen. Mittels der Perspektive auf die individuellen Lebensgeschichten geben die Filme einen Einblick in die Geschichte der DDR und die Auswirkungen der deutsch-deutschen Einheit auf das alltägliche Leben in Ostdeutschland. Das Museum ging aus einer ständigen Ausstellung hervor und ist am historischen Ort im Gebäude der Schule untergebracht, die den Namen „Schule der Kinder von Golzow“ trägt.

Luckenwalde

In der ständigen Ausstellung des Heimatmuseums wird dem Thema des alltäglichen Lebens in der DDR ebenfalls auf überzeugende Weise ein eigenständiges Kapitel gewidmet. Es werden Erinnerungsstücke von Luckenwaldern präsentiert, die sie selbst mit ihrem Leben in der DDR, ihren Erfahrungen mit der Friedlichen Revolution von 1989 sowie ihrem Leben nach 1990 verbinden. Die Präsentation der Objekte in einer großen Vitrine wird durch die Möglichkeit, die Geschichten bzw. Interviews ihrer Besitzer anzuhören, ergänzt. So entsteht ein multiperspektivisches Bild, das sich sehr gut für die Arbeit mit Schülern eignet.

Eisenhüttenstadt

Das 1993 in der ehemaligen sozialistischen Planstadt in einem früheren Kindergarten eingerichtete Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V. versteht sich als Museum für die Alltagsgeschichte und -kultur der DDR. Es begreift die Historie des Staates ausdrücklich als Teil der gesamtdeutschen Geschichte und wendet sich durch seine Arbeit gegen eine „ostalgotische“ Verklärung und unkritische Medialisierung der DDR. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit liegt auf der Sammlung und Bewahrung alltäglicher Gegenstände, die mit dem Ende der DDR aus privaten Haushalten, Betrieben und öffentlichen

51 Vgl. Museumsführer Agrarmuseum Wandlitz, 1996.

Einrichtungen verschwunden sind. Die ständigen Aufgaben des Dokumentationszentrums bestehen in dem Erwerb, der Erschließung, der Dokumentation und sachgerechten Lagerung der Sammlungen. Diese Sammlungen betreffen neben Brandenburg auch die übrigen heutigen ostdeutschen Bundesländer. Die Sicherung der Objekte dient dem Ziel der Bildung und Forschung, der Initiierung der Kommunikation zwischen West- und Ostdeutschen, verschiedenen Generationen und Kulturen. Darüber hinaus ist das Zentrum durch eigene Ausstellungen als Leihgeber sowie in der Pflege der Arbeitsbibliothek als kultureller Dienstleister tätig. Bei den Wanderausstellungen handelt es sich um in Eisenhüttenstadt entwickelte Sonderausstellungen, die in Ost- und Westdeutschland gezeigt werden. Der museale Leihverkehr betrifft vor allem Museen und Filmproduktionen. In seiner ständigen Ausstellung „Leben in der DDR“ zeigt das Dokumentationszentrum in zehn Kapiteln anhand spezifischer Gegenstände aus dem Alltag unterschiedliche Aspekte aus dem Leben in der DDR. Anhand dieser Objekte sollen Geschichten aus dem Alltagsleben der DDR-Bevölkerung erzählt werden. Dabei werden politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen angesprochen, in der jetzigen Fassung der Ausstellung jedoch nicht vertiefend behandelt. Da zunehmend weniger Besucher der Generation angehören, die über eigene Erfahrungen in und mit der DDR verfügt, ist eine Überarbeitung der Ausstellung dringend geboten und 2009/10 beabsichtigt. Dabei soll sie um wesentliche Informationen zu den einzelnen Gegenständen sowie zu den Rahmenbedingungen insgesamt ergänzt werden.

Bei der Überarbeitung der Dauerausstellung sowie bei der Realisierung von Sonderausstellungen kann das Dokumentationszentrum unter anderem auf Sammlungen des Instituts für Regionalentwicklung und Stadtplanung (IRS) zurückgreifen. Dort werden diverse Architektennachlässe sowie Sammlungen zur Stadt- und Raumplanung von Beginn bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert gepflegt. Den Überlieferungsschwerpunkt bilden jedoch die Stadtplanungen in der DDR und sind damit eine unerlässliche Grundlage für die Dokumentation sozialistischer Planstädte wie Eisenhüttenstadt. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang darüber hinaus die museale Sammlung des Werkbundarchivs/Museum der Dinge der Sammlung Industrielle Gestaltung sowie des Kunstarchivs Beeskow. Das Dokumentationszentrum wurde in der dritten und vierten Legislaturperiode in Höhe von 521.258 Euro aus Landesmitteln gefördert. Diese Finanzierung deckt ungefähr ein Drittel des laufenden Betriebs. Auf der Basis einer entsprechenden Vereinbarung wird der weitere Fehlbedarf zu ebenfalls ungefähr jeweils einem Drittel von dem Landkreis und der Stadt Eisenhüttenstadt getragen.

Perleberg

Darüber hinaus widmet sich mit dem Verein „Geschichte des 20. Jahrhunderts in der Prignitz e.V.“ mit dem DDR-Geschichtsmuseum in Perleberg eine weitere Institution in Brandenburg der Herrschafts- und Alltagsgeschichte. Die Besucher sollen nicht zuletzt mit der Präsentation von Alltagsobjekten zur Auseinandersetzung mit der politischen Geschichte, den Zielen und der Praxis des Ministeriums für Staatssicherheit, der Geschichte der Partei- und Massenorganisationen angeregt werden. Auf 1.000 qm Fläche werden Exponate aus dem Alltag der DDR wie Haushaltsgeräte, Literatur, Schallplatten, Möbel, Spielzeug sowie die Nachbildung eines Konsums und einer Gaststätte gezeigt.

Beeskow

Zum Bestand des Kunstarchivs Beeskow zählen heute rund 23.000 Objekte, vor allem Gemälde, Druckgrafiken, Zeichnungen und Aquarelle, aber auch Fotografien, Plastiken, Kunstgewerbe und Medaillen aus dem Besitz der ehemaligen Parteien, Massenorganisationen und des Kulturfonds der DDR sowie des Magistrats von Berlin. Die Werke befanden sich zunächst in Verwaltung der Treuhand und sind nach 1994 nach dem Fundortprinzip in das Eigentum der jeweiligen Bundesländer übergegangen. Die Präsentation von Auftragskunst und die Problematisierung ihrer gesellschaftlichen Funktion, aber auch der Hinweis auf die in ihr teilweise versteckten Botschaften der Künstler verweisen direkt auf das Alltagsleben der Menschen in der DDR.⁵² Die bildenden Künste hatten im Herrschaftssystem der DDR zum einen eine integrative Funktion, in Auftragsarbeiten sollte die Schaffung des „neuen Menschen“ bildlich vorweggenommen werden. Andererseits entwickelte sich insbesondere unter Künstlern eine Skepsis gegenüber den gesellschaftspolitischen Heilversprechen, sodass sich gerade am Beispiel dieser Werke die verbreitete Mischung im alltäglichen Verhalten zwischen Kritik, Skepsis und Subversion einerseits und Anpassungsleistung andererseits aufzeigen lässt. Mit den Anteilen der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in Beeskow der größte Teil dieser Werke. Der Bestand umfasst insgesamt 23.000 Objekte, darunter Grafiken, Zeichnungen, Gemälde, Fotografien und Plastiken. Zurzeit ist das Kunstarchiv Partner im Rahmen des Forschungsverbundes „DDR-Depotkunst und Geschichtsvergegenwärtigung“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms „Übersetzungsfunktion der Geisteswissenschaften“ gefördert werden soll. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) und den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden sollen die Mitarbeiter des Kunstarchivs eine über eine Datenbank öffentlich zugängliche Bestandsaufnahme der in der SBZ und in der DDR entstandenen Gemälde in Museen und Sonderarchiven erarbeiten.

52 Vgl. ausführlich zu dem aktuellen Stand der Arbeit und weiteren Planungen im Kunstarchiv Beeskow: Simone Tippach-Schneider: Standbein – Spielbein. Gedanken zum Kunstarchiv Beeskow, in: Museumsblätter, Nr. 12, Juni 2008, S. 18–23.

Darüber hinaus wird eine Ausstellung erarbeitet, in der am Beispiel verschiedener Städte gezeigt werden soll, wie Bilder vom Auftrag über die Präsentation in Bezirksausstellungen und/oder den Zentralen Kunstausstellungen der DDR in die Museen gelangten.

Auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens zwischen den drei Ländern wird das Kunstarchiv seit 2002 mit der Unterstützung des Landes durch den Landkreis Oder-Spree betrieben. Seine hauptsächlichen Aufgaben bestehen in der wissenschaftlichen Erschließung, Veröffentlichung, Sammlung, Archivierung und Auswertung des Bestandes. In der dritten und vierten Legislaturperiode belief sich die Förderung durch das Land auf 365.875 Euro.

Erinnerung an den 17. Juni 1953 in Brandenburg

Politische Gegnerschaft, Opposition und nonkonformes Verhalten hat sowohl die sowjetische Besatzungsmacht als auch die DDR während ihres vierzigjährigen Bestehens begleitet. Vor dem Mauerbau und insbesondere die in den frühen 1950er Jahren verfolgte politische Opposition verfolgte zumeist das Ziel der Beseitigung der sich etablierenden Herrschaft der SED und die Wiedervereinigung Deutschlands. Den Höhepunkt dieser frühen Phase des Widerstands bildete der Volksaufstand des 17. Juni 1953 mit seinen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und nationalen Forderungen. Die Erinnerung an die Aufständischen und die Würdigung des Mutes der Menschen, die sich gegen die SED-Diktatur zur Wehr setzten, ist ein wichtiger Bestandteil der brandenburgischen Erinnerungskultur. Neben vielen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und dem ehrenden Gedenken anlässlich des 50. Jahrestages erarbeitete das ZZF in Kooperation mit dem Förderverein der Gedenkstätte Lindenstraße 54 die Ausstellung „Freiheit wollen wir!“⁵³. Darüber hinaus erinnern Informations-, Gedenk- und Erinnerungstafeln in Henningsdorf, Eisenhüttenstadt, Strausberg und Neuruppin an die Ereignisse am 17. Juni 1953.

Belzig

Hier befindet sich mit dem Wohnhaus, in dem der verfolgte Maler, Zeichner und Schriftsteller Roger Loewig (1930–1997) zwischen seiner Entlassung aus der Haft und seiner endgültigen Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland bei Freunden Zuflucht und Möglichkeit zum Arbeiten fand. In der Biografie von Loewig zeigen sich exemplarisch die Auswirkungen der deutsch-deutschen Teilung, der SED-Diktatur, aber auch der deutschen Einheit auf den Einzelnen. Der ausgebildete Lehrer fand in den 1950er Jahren auf autodidaktischem Wege zum Schreiben und zur Malerei. Insbesondere in seinen Gemälden brachte er sein kritisches Verhältnis zur DDR zum Ausdruck, indem er sich mit tabuisierten, zumindest jedoch nicht gern gesehenen Themen wie den Folgen des Krieges und gesamtdeutschen Fragen befasste.

53 Burghard Ciesla (Hrsg.): Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003.

Nach der Präsentation von Bildern zur innerdeutschen Mauer 1963 in einer privaten Ausstellung wurde er gemeinsam mit Freunden wegen „staatsgefährdender Hetze und Propaganda in schwerwiegendem Falle“ angeklagt. Seine Bilder und Manuskripte wurden beschlagnahmt und teilweise vernichtet. Nach seiner Entlassung 1964 lebte er bis zu seiner legalen Ausreise 1972 als freischaffender Künstler in dem Haus in Belgig. Durch über 100 Ausstellungen und Veröffentlichungen wurde er im In- und Ausland bekannt. Nach schwerer Krankheit verstarb er am 4. November 1997 in Berlin. Das Depositum „Roger Loewig“ umfasst mehr als 3.000 bildkünstlerische Werke, die über ein Findbuch recherchierbar sind. In Zukunft wird eine gleichnamige Stiftung das Roger-Loewig-Haus tragen. Nach dem Abschluss umfangreicher Sanierungs- und Bauarbeiten kann der Museumsbetrieb mit der Förderung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur ab dem 6. Juni 2009 aufgenommen werden.⁵⁴

Wilhelmshorst

Hier befindet sich seit 1997 das Literaturhaus „Peter-Huchel-Haus“. Der Dichter Peter Huchel lebte von 1903 bis 1981 in Wilhelmshorst. Der Chefredakteur der Zeitschrift „Sinn und Form“ geriet ab 1962 in Konflikt mit der SED und wurde neun Jahre isoliert und überwacht. Bis zu seiner Ausreise 1971 war das Haus im Hubertusweg Treffpunkt von Schriftstellern, die in Opposition zum SED-Regime standen. In der Gedenkstätte zu Ehren des Künstlers wird eine Ausstellung zu seinem Leben und Werk gezeigt, die 1995 auf Initiative des Brandenburgischen Literaturbüros realisiert wurde. Darüber hinaus wird an mehreren Orten im Lande an Leben und Werk des Schriftstellers Erwin Strittmatter erinnert. Die Fragen einer angemessenen Präsentation bedürfen zu ihrer Beantwortung jedoch noch weitergehender biographischer Bewertungen.

2.7.4 Handlungsbedarf und Perspektiven für das Themenfeld „Erinnerung an Herrschaft, Alltag und Widerstand in der SBZ und DDR“

Bislang wurde die Geschichte von Opposition und Widerstand in der SBZ und DDR in sehr geringem Maße in zeitgeschichtlichen Ausstellungen und Museen Brandenburgs zum Ausdruck gebracht. Die Darstellung der frühen Opposition, aber auch die Herausbildung systemimmanenter Oppositionsformen nach dem beginnenden Tauwetter in der Folge von Stalins Tod 1953 stellen „blinde Flecken“ in der brandenburgischen Erinnerungskultur dar. So könnten in zukünftigen Ausstellungen auch die Voraussetzungen und Motive der Akteure, die ihr Bestreben nach dem Mauerbau 1961 vor allem auf die Reform des realso-

⁵⁴ Vgl. zu den Planungen zum Ausbau als Museum: Ulrike Kuschel: Das Roger Loewig Museum in Belgig im Aufbau, in: Museumsblätter, Nr. 12. Juni 2008, S. 40–41.

zialistischen Systems richteten, verstärkt dargestellt werden. Auch die sich in den 1970er und 1980er Jahren herausbildenden Umwelt- und Friedensgruppen hatten vor allem das Ziel der Demokratisierung bestehender Strukturen. Darüber hinaus entwickelte sich seit den 1970er Jahren trotz der durch den Mauerbau erreichten staatlichen Konsolidierung die Ausreisebewegung, die ebenfalls als ein Ausdruck politischer Gegnerschaft bewertet werden muss.

In diesem Zusammenhang werden insbesondere kirchliche Aktivitäten wie auch die Arbeit der Friedensbewegung innerhalb der Strukturen der evangelischen Kirche wichtige Themen der zukünftigen Musealisierung und Geschichtsvermittlung sein. Aus den Oppositionsgruppen heraus entstanden im Spätsommer und Herbst 1989 schließlich die Bürgerbewegungen und neuen politischen Parteien. In Brandenburg wurde insbesondere die Stadt Forst zu einem Kristallisationspunkt der Opposition aus friedensethischen und christlichen Motiven. Hier entwickelte sich aus der kirchlichen Gemeindefarbeit heraus der Ökumenische Friedenskreis der Region Forst. Während sich die Arbeit und das Engagement dieser Gruppe ausdrücklich an regionalen Problemlagen orientierten, standen ihre Mitglieder darüber hinaus in engem Kontakt mit Oppositionsgruppen in Ostberlin sowie weiteren Städten und Gemeinden.⁵⁵ Zurzeit befindet sich die Regionalforschung zu Opposition und Widerstand in der DDR in den Anfängen. Es liegen jedoch erste Ergebnisse vor, auf deren Basis mittelfristig Ausstellungen erarbeitet werden können. Zudem sollten Formen der Würdigung der von den Akteuren bewiesenen Zivilcourage und dem Mut im öffentlichen Raum entwickelt werden. Hierzu bietet sich die Installation von Informationsstelen an für die Opposition besonders wichtigen Orten wie Kirchen ebenso an wie die Erarbeitung von Wanderausstellungen, die unter Umständen in den Kirchen als wichtige Sammelpunkte der Gruppen präsentiert werden könnten.

Die kritische Aufarbeitung der Bodenreform 1945 und die Enteignung vermeintlicher oder tatsächlicher „Kriegs- und Naziverbrecher“ als Mittel zur grundlegenden Umgestaltung der landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse ist ein zentrales Thema für die brandenburgische Herrschafts- und Alltagsgeschichte. Bislang hat es sich jedoch kaum in den Ausstellungen regionalgeschichtlicher Museen oder in außermusealen Präsentationen niedergeschlagen. Aus diesem Grund besteht besonders bei diesen Themen ein großer Nachholbedarf in der musealen Aufbereitung des bereits gut erforschten Bereichs.

55 Vgl. Maria Nooke: Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche, Berlin 2008.

Auch dem Thema der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED und dem System der Einpartei-herrschaft, die durch verschiedene Blockparteien und gesellschaftliche Organisationen gestützt wurde, sollte zukünftig eine größere öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwerden. Ausstellungen und Publikationen sollten über die historischen Hintergründe der Parteigründung von 1946 und die SED-Herrschaft informieren. So müsste verstärkt über die Ziele der Zwangsvereinigung und die Ausschaltung politischer Gegner auf dem Weg der Alleinherrschaft der SED sowie über die Schicksale der Opfer der Zwangsvereinigung informiert werden. Nach den Parteisäuberungen in den Jahren 1950/51 wurden ungefähr 150.000 SPD-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, die Kommunikationswege und die Milieus der SPD wurden vollkommen zerstört.

Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V. in Eisenhüttenstadt muss unter der fachwissen-schaftlichen Begleitung und Beratung des Beirats sowie in Kooperation mit dem Museumsverband Bran-denburg und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam kurz- und mittelfristig seine Anstren-gungen darauf verwenden, die in seiner Dauerausstellung präsentierten Objekte der Alltagskultur in ihren historischen, sozialen und politischen Kontext einzuordnen. Nur auf diese Weise kann gewährleistet wer-den, dass auch Nachgeborene, westdeutsche und ausländische Besucher einen nachvollziehbaren Ein-blick in das alltägliche Leben der DDR erhalten. Da zunehmend weniger Besucher der Generation ange-hören, die über eigene Erfahrungen in und mit der DDR verfügt, ist eine Überarbeitung der Ausstellung dringend geboten und beabsichtigt. Dabei soll sie um wesentliche Informationen zu den einzelnen Gegen-ständen sowie zu den Rahmenbedingungen insgesamt ergänzt werden. Zudem ist die inhaltliche Qualifi-zierung der Sammlung von großer Wichtigkeit. Die Landesregierung regt an, dass insbesondere das Do-kumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt sich verstärkt dem komplizierten Verhält-nis von Repression und Alltag widmet und durch seine Lage in Eisenhüttenstadt in der Nähe der polni-schen Grenze insbesondere polnisch-deutschen Themen mehr Gewicht verleihen sollte. Anzuregen sind vor allem Wanderausstellungen zu Themen, die mit Partnern aus dem Zeitgeschichtlichen Forum in Leip-zig, dem DHM, dem ZZF und dem Haus der Geschichte in Bonn diskutiert werden sollten. Dabei bieten sich Themen wie die Entwicklung von Planstädten wie Eisenhüttenstadt, Schwedt, Halle-Neustadt und de-ren Auswirkungen auf das Alltagsleben an.

In der Arbeit des Kunstarchivs Beeskow wird es verstärkt darauf ankommen, die politischen und kulturpo-litischen Ziele des Herrschaftsapparates und die Logik des Auftragswesens zu erklären, um den Umgang der Künstler mit den politischen Rahmenbedingungen einschätzen zu können. Hierzu gehören Fragen nach der jeweiligen individuellen und gesellschaftlichen Situation der Künstler sowie die Erforschung der jeweiligen Umstände, die zu dem Auftrag und den Verkauf der Werke geführt haben, sowie die Interessen

und Ziele der Auftraggeber. Von der Frage nach konkreten Auswirkungen von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der SED-Diktatur auf die Schaffensprozesse der Künstler sind zukünftig wesentliche Beiträge zur Alltagsgeschichte der DDR zu erwarten, die zum Thema von Wechsel- und Wanderausstellungen werden können. Zu dieser Arbeit gehört die weitere struktur- und organisationsgeschichtliche Erforschung der Rahmenbedingungen wie der Ausbildung in den Kunsthochschulen bis hin zum Auftraggeber ebenso wie die Erforschung individueller Handlungsspielräume und deren Nutzung. Auch zukünftig bieten sich Kooperationen mit Partnerinstitutionen für die Erarbeitung von Ausstellungen zu diesen Themen an, die zu verwandten Komplexen forschen oder über Erfahrungen in deren musealer Präsentation verfügen: u.a. das Dokumentationszentrum Eisenhüttenstadt, das Zentrum für Zeithistorische Forschung, das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig sowie regionalgeschichtliche Museen.

2.8 Erinnerung an die deutsche Teilung, die Friedliche Revolution, Grenzöffnung und deutsche Einheit

2.8.1 Erinnerung an die deutsche Teilung und das Grenzregime

Kleinmachnow

Die Massenflucht von Ost nach West gefährdete das weitere Bestehen der DDR zunehmend. Nachdem die innerdeutsche Grenze nach 1952 mit tödlicher Präzision ausgebaut worden und nur noch unter hohem individuellen Risiko zu überwinden war, wurde die Teilung am 13. August 1961 mit dem Bau der Mauer endgültig festgeschrieben und im wahrsten Sinne des Wortes zementiert. Mit dem erhaltenen Kommandoturm der ehemaligen Grenzübergangsstelle Drewitz befindet sich in Brandenburg neben einem Gedenkstein in Kleinmachnow ein Erinnerungsort, der eindrücklich auf die Geschichte des Grenzregimes und der deutschen Teilung verweist. Die Grenzübergangsstelle (GÜST) wurde 1969 erbaut, da die an anderer Stelle gelegene GÜST Nowawes den Anforderungen der Grenzsicherung nicht länger gewachsen war. Gleichzeitig hatte sie Vorbildcharakter für weitere Neubauten. In den 1980er Jahren wurde zusätzliche Technik zum Auffinden von Flüchtlingen in PKWs angewendet. Zuletzt hatte das MfS in Drewitz 401 Kontrolleure im Einsatz. Der heute noch erhaltene und restaurierte Kommandoturm der GÜST diente dem Grenzregiment 44 „Walter Junker“ als Führungspunkt zur Grenzsicherung. Der auf Westberliner Seite gelegene Alliierte Kontrollpunkt „Checkpoint Bravo“ (Grenzübergang Dreilinden) mit seinem charakteristischen Brückenhaus, zwei Tankstellen und einer Raststätte steht ebenfalls unter Denkmalschutz. Der Verein „Checkpoint Bravo“ hat sich die Restaurierung, den Ausbau und die Pflege des denkmalgeschützten Turms zur Aufgabe gemacht. Er soll künftig als Veranstaltungsort der politischen Bildung

insbesondere für Schüler und junge Erwachsene sowie als Begegnungsstätte für Menschen mit unterschiedlichen deutschen Biografien dienen. Eine mit Mitteln des Landes und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu realisierende Ausstellung in dem Turm sowie auf dem Areal davor soll die Geschichte dieses Ortes nachzeichnen. Weitere Forschungsarbeiten sollen zu mehr Klarheit über das Schicksal der getöteten Flüchtlinge, der Festgenommenen und zu langjährigen Haftstrafen Verurteilten wie auch der geglückten Fluchten verhelfen. Bis zur Realisierung der Dauerausstellung wird die von der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen zur Verfügung gestellte Ausstellung „Die Angst setzt Grenzen“ in dem ehemaligen Kommandoturm gezeigt. Anhand von Dokumenten, Fotos und kurzen erläuternden Texten erzählt sie von Grenzdurchbrüchen, Zwangsumsiedlungen, Opfern und Tätern. Der Erinnerungsort „Checkpoint Bravo“ wird im Hinblick auf Angebote der historisch-politischen Bildung weiterentwickelt. Dabei befindet sich der Verein „Checkpoint Bravo“ im Rahmen des Berliner Mauergedenkkonzepts vom 20. Juli 2006 in enger Kooperation mit der Gedenkstätte Bernauer Straße und der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Die Bundesregierung unterstützte die Gründung einer Landesstiftung „Berliner Mauer“ durch den Berliner Senat, die diese beiden Einrichtungen zusammenfasst. Auch nach dieser strukturellen Veränderung sollte die Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin in diesem Themenspektrum weiter vorangetrieben werden. Über die Landesgrenzen hinaus existieren Verbindungen mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und Grenzlandmuseen wie dem Deutsch-deutschen Museum Mödlareuth.

Potsdam

Das durch das Potsdam-Museum koordinierte und über Spenden finanzierte Projekt „Mauer-Stele“ erinnert in der Landeshauptstadt an historisch besonders bedeutsamen Orten wie mit einem Mauerrest am S-Bahnhof Griebnitzsee oder vor der Glienicker Brücke an den Verlauf der Berliner Mauer, die deutsch-deutsche Teilung und den Mauerfall.⁵⁶ Am 8. November 2002 wurde die erste Stele enthüllt. Auf diesem Denkmal wird über den historischen Hintergrund informiert und die Glienicker Brücke mit zeitgenössischen Fotos dargestellt: In der Mitte der 1949 nach Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg wiederaufgebauten „Brücke der Einheit“ verlief die Grenze zwischen West-Berlin und der DDR. Zugleich diente sie den Alliierten als Verbindung zwischen Potsdam und den Westsektoren Berlins. Nach der Unterzeichnung des Generalvertrages über die Beziehungen der drei Westmächte zur Bundesrepublik im Mai 1952 wurde dieses Symbol der deutschen Teilung für die Öffentlichkeit endgültig gesperrt und international durch die dort stattfindenden spektakulären Austauschaktionen von Agenten aus Ost und West bekannt.

⁵⁶ Darüber hinaus sind Grenzsignalpfosten nördlich von Groß Glienicke, Grenzzaunpfosten, Reste eines Erdbunkers für DDR-Grenztruppen nördlich von Groß Glienicke, Sperrzaunreste am Groß Glienicker See, ein Trägerpfahl einer Nachrichtenverteilersprechstelle bei Niederneuendorf erhalten. Nach dem Mauerabrisse wurde darüber hinaus ein Stück Mauer der dritten Generation als Denkmal nördlich des Glienicker Sees errichtet; vgl. Hans-Hermann Hertle: Die Berliner Mauer. Monument des Kalten Krieges, Bonn 2007, S. 166–171.

Nach der Friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer wurde die Brücke am 10. November 1989 erneut geöffnet. Heute erinnern hier eine auf die Initiative der Fördergemeinschaft Lindenstraße 54 von dem Bildhauer Wieland Förster errichtete Bronzeskulptur mit dem Namen „Nike 89“, eine Gedenktafel sowie eine Mauerstele an die Zeit der deutschen Teilung. An der Potsdamer Stubenrauchstraße am ehemaligen Postenweg des Griebnitzsees in Potsdam-Babelsberg sind sechs Mauersegmente erhalten. Sie wurden durch das „Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.“ zu einem würdigen Gedenkzeichen gestaltet. Das Forum erreichte darüber hinaus, dass die Mauerreste 2008 unter Denkmalschutz gestellt worden sind. Unter dem Zeichen des christlichen Kreuzes wurde eine Tafel mit den Namen der im Potsdamer Grenzbereich zu Tode gekommenen Männer und Frauen angebracht.

2.8.2 Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989 und die deutsche Einheit

Die Friedliche Revolution ist ein herausragendes zeitgeschichtliches Ereignis in der deutschen Vergangenheit. Die ostdeutschen Bürger stritten mit Demonstrationen, Versammlungen und anderen Aktionen für bürgerliche Freiheiten, demokratische Rechte und die Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Normen. Die Auseinandersetzung mit der Unfreiheit in einem repressiven System und dem Freiheitskampf seiner Bürger kann das Bewusstsein für die Bedeutung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Möglichkeit der Entfaltung individueller Bürgerrechte stärken. Im Gegensatz zu dem auf Egon Krenz zurückgehenden Begriff der politischen „Wende“ wird mit dem Begriff der „Friedlichen Revolution“ der Sturz des repressiven Einparteiensystems durch die massenhafte Mobilisierung gewaltfreien Protestes zum Ausdruck gebracht.

Luckenwalde

Das Heimatmuseum hat die Geschichte der Friedlichen Revolution in seine 2006 neu konzeptionierte Dauerausstellung integriert. Neben der Darstellung der historischen Ereignisse kommen Menschen mit ihren unterschiedlichen Haltungen und Reflexionen über ihr Leben in der DDR, zur Friedlichen Revolution und zur deutschen Einheit zu Wort. Auf diese Weise werden die Besucher zum Austausch von unterschiedlichen Wahrnehmungen und sich widersprechenden Meinungen angeregt und zum Nachdenken über die Bedeutung der Friedlichen Revolution aufgefordert. Von dieser Annäherung an die Thematik können wesentliche Impulse für die Neukonzeption der zeitgeschichtlichen Abteilungen anderer regionalgeschichtlicher Museen im Land Brandenburg ausgehen.

Potsdam

Am 5. Dezember 1989 führten Bürgerrechtler eine Besichtigungs- und Kontrollaktion der Bezirksverwaltung und des Gefängnisses des MfS durch und beschleunigten mit dieser Aktion den Auszug der Staatssicherheit und das Ende ihres Wirkens. Bereits im Januar 1990 konnten die neu entstandenen Bewegungen und Parteien das „Lindenhotel“ als ihr Potsdamer „Haus der Demokratie“ in Besitz nehmen. Durch diese mutigen Aktionen und durch das demokratische Engagement der Bürgerbewegungen wurde der friedliche gesellschaftliche und politische Umbruch in der DDR unumkehrbar. Die Gedenkstätte Lindenstraße 54 plant in Kooperation mit dem ZZF aktuell ein Ausstellungsmodul zur Geschichte des Hauses der Demokratie als Bestandteil ihrer ständigen Ausstellung.

Ein weiteres Engagement junger Potsdamer Bürger ist von Bedeutung für die Entwicklungen bis zur Friedlichen Revolution. Mit dem Ziel, das seit den 1960er Jahren durch Kriegsschäden, Vandalismus und fehlende Pflege stark in Mitleidenschaft gezogene, denkmalgeschützte Ensemble auf dem Potsdamer Pfingstberg vor dem Verfall zu retten, gründeten sie 1987 unter dem Dach des Kulturbundes eine Arbeitsgruppe. Sie traf sich seit Januar 1988 regelmäßig, um den Pomonatempel und das Belvedere von Gestrüpp und Ranken zu befreien. Im Juni 1989 fand unter der Beobachtung der Staatssicherheit das erste Pfingstbergfest vor dem Pomonatempel statt, an dem über 1.000 Gäste teilnahmen. Dieses Fest gab vielen Bürgern Mut zum gesellschaftlichen und politischen Engagement im Herbst 1989. In diesem Zusammenhang kommt der Natur- und Umweltgeschichte eine besondere Bedeutung zu.

Schwante

Hier gründeten Akteure der sich in den 1980er Jahre formierenden Oppositionsgruppen am 7. Oktober 1989 noch während der Staatsfeierlichkeiten zum 40. Jubiläum der DDR unter illegalen Bedingungen mit der SDP die erste ostdeutsche sozialdemokratische Partei nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946. Seit dem 26. April 1989, dem 200. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte während der Französischen Revolution, wurde in der DDR der Gründungsaufruf verbreitet. Über diese Neugründung informiert heute eine auf Initiative der SPD am 7. Oktober 1994 am Pfarrhaus neben der Kirche in Schwante eingeweihte Gedenktafel.

2.8.3 Handlungsbedarf und Perspektiven zum Themenfeld „Erinnerung an die deutsche Teilung, die Friedliche Revolution, Grenzöffnung und deutsche Einheit“

Zukünftig gilt es, die wenigen verbliebenen Reste und Spuren der Mauer besonders zu sichern und die lokalen Initiativen zu stärken. Neben der genannten ehemaligen Grenzübergangsstelle Drewitz (Kommandantenturm der Grenztruppen), gilt es auch in den Führungsstellen/Wachtürmen der Grenztruppen in Niederneuendorf (Stadtarchiv Hennigsdorf) und in Bergfelde (Deutsche Waldjugend) die Erinnerung an das mörderische Grenzregime und seine Geschichte wach zu halten. Die Zusammenarbeit dieser dezentralen Initiativen mit der Stiftung Berliner Mauer zu institutionalisieren, ist ebenso angeraten wie eine Zusammenarbeit mit dem Land Berlin bei der Beschilderung und Betafelung des Mauerradweges rund um das frühere West-Berlin. Schließlich ließe sich vom Mauer-Denkmal an der Stubenrauchstraße am Griebnitzsee zum Schlosspark Babelsberg, über Klein Glienicke und die Glienicker Brücke bis zum Schloss Cecilienhof bzw. der Meierei ein „Lehrpfad zur Geschichte der Mauer“ mit Stationen einrichten, an denen die früheren Sperranlagen erläutert und Geschichten von gelungenen und missglückten Fluchten dargestellt werden – und an die nicht wenigen Todesopfer in diesem Grenzabschnitt erinnert wird.

Im Land Brandenburg sind zwar zahlreiche Gedenkzeichen in Städten und Gemeinden, die auf die Ereignisse 1989/90 hinweisen, eingeweiht worden.⁵⁷ Bislang gibt es jedoch kaum Ausstellungsprojekte, die sich mit der Friedlichen Revolution in Brandenburg auseinandersetzen und das mutige Handeln der Akteure würdigen. Die regionalgeschichtliche Forschung zu diesem Thema befindet sich in den Anfängen.

Auch wenn den Regionalmuseen hierbei eine wichtige Rolle zukommen wird, kann und darf es natürlich nicht die ausschließliche Rolle dieser Einrichtungen sein, das Spannungsverhältnis von Herrschaft und Alltag umfassend darzustellen. Die gesellschaftliche Diskussion über geeignete Formen und Inhalte einer dem übergreifenden und überregional bedeutsamen Thema angemessenen Darstellung muss weiter geführt werden. Im Rahmen des Kulturlandjahres unter dem Motto „Demokratie und Demokratiebewegungen“ sind wesentliche Impulse auf diesem Feld zu erwarten. Mit Blick auf das 20. Jubiläum der Friedlichen Revolution im Jahr 2009 haben die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Ostdeutsche Sparkassenstiftung Sonderförderprogramme für Projekte aufgelegt, die sich mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der Friedlichen Revolution in der DDR sowie Vereinigungs- und Transformationsprozessen in Ost- und Ostmitteleuropa auseinandersetzen. Eine beträchtliche Anzahl von regionalgeschichtlichen Museen und Geschichtsvereinen haben eine Förderung im Rahmen dieser Sonderprogramme für Veranstaltungen, Veranstaltungsreihen sowie die Realisierung von Ausstellungen zur Friedlichen Revolution beantragt. Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt für die Projektförderung von Kulturland

⁵⁷ Vgl. ausführlich Anne Kaminsky, a.a.O.

Brandenburg e.V. unter dem Motto „Demokratie und Demokratiebewegungen“ für das Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution auf jenen Vorhaben, die besonders dazu geeignet sind, das Bewusstsein für die historische Bedeutung der Friedlichen Revolution in der DDR zu stärken. Seit 1998 wird in Brandenburg landesweit dazu aufgerufen, zu einem jährlich wechselnden Schwerpunktthema unterschiedliche kulturelle Projekte zu entwickeln, die unter dem Dach von „Kulturland Brandenburg“ vernetzt und mit einer übergreifenden Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert werden. Neben der Geschichte, den Ursachen und Folgen der Friedlichen Revolution sollen die Ereignisse um 1989/90 in den Kontext der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Ost- und Ostmitteleuropa gestellt werden. Von den bewilligten Projekten setzen sich zahlreiche Vorhaben mit der Opposition in der DDR, der Bürgerbewegung und der Friedlichen Revolution auseinander (vgl. Anhang 2).

3. Kooperationen

Die weitere konzeptionelle Planung zielt darauf ab, durch Kooperationsvorschläge mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen auch Institutionen mit einer knappen Personaldecke in die Lage professioneller Bildungs- und Ausstellungsarbeit zu versetzen. Darüber hinaus wird es in der Gedenkstättenarbeit wie bisher auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den ehemaligen Häftlingen und den vielfältigen Verbänden der Verfolgten des NS-Regimes sowie der stalinistisch Verfolgten sowie der Opfer der Verbrechen in der DDR gehen. Die Koordinierung zwischen den Erinnerungsorten gemäß ihren inhaltlichen Schwerpunkten und eigenen Interessen untereinander sowie mit Bildungseinrichtungen und der wissenschaftlichen Forschung wird noch bis Dezember 2008 von der am ZZF angesiedelten Koordinierungsstelle (Projektverbund Zeitgeschichte) übernommen. Diese Stelle ist auf Initiative zeithistorischer Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten der deutschen Hauptstadtregion im Dezember 2004 mit Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur eingerichtet worden. In der dritten und vierten Legislaturperiode übernahm das Land Brandenburg Kosten in Höhe von 84.721 Euro.

Ab 1. Januar 2009 wird am ZZF die Stelle „Wissenstransfer“ eingerichtet, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Aufgaben der früheren Koordinierungsstelle wie der Antragsberatung übernehmen. Sie dient jedoch in erster Linie als Kommunikationsschnittstelle des ZZF mit Einrichtungen der angewandten Geschichtsforschung. Neben der weiteren Koordination des Projektverbunds Zeitgeschichte Berlin-Brandenburg zählt dazu die Zusammenarbeit des ZZF mit Museen, Gedenkstätten auf der einen Seite sowie den Universitäten der Region auf der anderen Seite.

Darüber hinaus ist der Mitarbeiter für Wissenstransfer Ansprechpartner für die Stadt Potsdam und die Länder Berlin und Brandenburg in geschichtswissenschaftlichen und erinnerungskulturellen Fragen. Innerhalb des Hauses ist die Stelle eine Stabsstelle der Direktion.

3.1 Vernetzung und Kooperation der brandenburgischen Erinnerungsorte untereinander

Die Landesregierung regt an, dass alle Erinnerungsorte auf andere Einrichtungen verweisen, die das eigene Angebot ergänzen. Das Ziel einer solchen Koordination der Angebote und Forschungsaktivitäten besteht vor allem darin, dass die Erinnerungsorte von dem Wissen und den Erfahrungen anderer profitieren und sich gegebenenfalls gegenseitig unterstützen. Das Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebot für Gedenkstättenmitarbeiter, Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätige ist insbesondere im Hinblick auf die Bildungsarbeit und gemeinsam mit Bildungsträgern und Forschungseinrichtungen (Fachbereiche Pädagogik, Didaktik) weiterzuentwickeln und auszubauen. Fortbildungsveranstaltungen für Honorarkräfte, die vor Ort Führungen anbieten, könnten gegebenenfalls gemeinsam angeboten werden.

Dem inhaltlichen, fachwissenschaftlichen und methodischen Austausch dient die jährlich stattfindende Europäische Sommer-Universität, die von der Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten in Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors und der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. durchgeführt wird. Sie steht seit ihrer Gründung unter der Schirmherrschaft der brandenburgischen Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Seit 2005 widmet sich die Sommer-Universität wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten aus den Themenbereichen „Nationalsozialistische Herrschaft in Europa und ihre Nachgeschichte“, „Frauen- und Geschlechtergeschichte“ sowie der Auseinandersetzung mit der gewaltsamen europäischen Geschichte. Die Sommer-Universität versteht sich als generationsübergreifendes Projekt und richtet sich nicht zuletzt an europäische Studenten und Nachwuchswissenschaftlerinnen.

Der fachliche Austausch zwischen Erinnerungsorten für die Zeit des Nationalsozialismus einerseits und der SBZ und SED-Diktatur andererseits sollte intensiviert werden. Nicht nur die Geschichte der Erinnerungsorte mit sogenannter mehrfacher Vergangenheit verlangt nach diesem fachlichen Austausch. In dem Konzept wird ausgeführt, in welcher Hinsicht dieser Austausch wichtig ist. Für die Intensivierung dieses fachlichen Austausches ist unter anderem auf das Angebot des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors zurückzugreifen. Hier besteht eine langjährige Vernetzung der Arbeit von NS-Gedenkstätten. Dieses Forum steht auch Erinnerungsorten zur Geschichte der SBZ/DDR prinzipiell offen. Darüber hinaus befinden sich im Online-Gedenkstättenforum Koordinierungsangebote, auf die auch die brandenburgischen Einrichtungen gegebenenfalls zurückgreifen können.

Das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte versteht sich als Ausstellungshaus und Veranstaltungsforum zur Vermittlung der Brandenburgischen Landesgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Das thematische Spektrum umfasst die politische Geschichte und die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Brandenburg-Preußens ebenso wie seine Kunst- und Kulturgeschichte in allen Facetten. Das HBPG ist ein Forum für die aktive, kritische und offene Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart. Das Haus realisiert eigene Forschungsvorhaben, Ausstellungen und Veranstaltungen und steht darüber hinaus im Sinne eines „Schaufensters“ den Museen und Forschungseinrichtungen Brandenburgs als Kooperationspartner zur Verfügung. Auch wenn das HBPG den gesamten Zeitraum der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte umfasst, liegt doch ein besonderer Schwerpunkt auf Fragen der Zeitgeschichte. Dies ergibt sich aus der vielfachen historischen Brechung der brandenburgischen Landesgeschichte, die durch die Geschichte Preußens bis zu deren „doppeltem Ende“ 1932 / 1947 relativiert und überlagert ist. Eine Erzählung brandenburgisch-preußischer Geschichte aus der Perspektive einer ungebrochenen Kontinuität und Identität ist somit weder möglich noch wünschenswert. In höherem Maße als anderswo ist der Blick zurück in die Vergangenheit geprägt durch die Erfahrung der Zeitgeschichte. Hieraus leitet das HBPG seine Verpflichtung ab, zeitgeschichtlichen Fragestellungen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Gemeinsam mit der Projektwerkstatt der Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert in der Lindenstr. 54/55 in Potsdam und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten führt das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte das Programm „Ein Tag in Potsdam - Auf den Spuren der DDR“ durch.

Neben dem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch der Gedenkstättenmitarbeiter auf regionaler und nationaler Ebene ist der internationale Austausch zu vertiefen. Dies gilt aufgrund des komplexen deutsch-polnischen Verhältnisses insbesondere für den Austausch mit polnischen Partnerinstitutionen. In ähnlicher Weise wie die von den Einrichtungen der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gepflegten internationalen Kontakte, sind diese Kooperationen in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam mit Partnern in Russland und in den ostmitteleuropäischen Ländern aufzubauen. Für diesen Austausch und die Diskussion von Gedenkstättenmitarbeitern, Forschern und Pädagogen ist das Online-Diskussionsforum des Projektverbunds Zeitgeschichte auszubauen. An dieser Stelle sei ausdrücklich auf das mittlerweile im sechsten Jahr stattfindende ost-westeuropäische Gedenkstättenseminar der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Berlin und der Stiftung Kreisau hingewiesen.

Unter dem Titel „Vorwärts und nicht vergessen? Neue Zugänge zur Geschichte in Brandenburg und im Lebusener Land“ fand vom 18. Bis 20. Februar 2009 ein Vernetzungstreffen von deutschen und polnischen Partnerorganisationen in Słubice & Frankfurt (Oder) statt. Das vom Institut für angewandte Geschichte koordinierte und von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung geförderte Vernetzungstreffen brachte im Februar 2009 über 100 zivilgesellschaftliche Akteure aus Brandenburg und der Woiwodschaft Lebus zusammen, die sich intensiv mit Themen der Geschichte, Erinnerung und Aneignung kulturellen Erbes auseinandersetzten. Das Treffen gab Gelegenheit zum Austausch, der gemeinsamen inhaltlichen Auseinandersetzung und der zukunftsgerichteten Anbahnung produktiver Kooperationen. Insbesondere wurden neue thematische Zugänge einer gegenwarts-bezogenen Vermittlung von Regionalgeschichte diskutiert. Ziel der Veranstaltung ist die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure auf beiden Seiten der Oder, die sich in Brandenburg und der Woiwodschaft Lebus mit Themen der Geschichte, Erinnerung und Aneignung kulturellen Erbes auseinandersetzen. Das Vernetzungstreffen will Gelegenheit zum Austausch, der gemeinsamen inhaltlichen Auseinandersetzung und der zukunftsgerichteten Anbahnung produktiver Kooperationen geben. Dabei soll es auch um neue Zugänge mit Gegenwartsbezug für die Vermittlung von Regionalgeschichte gehen. Seit 2002 organisiert das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport mit polnischen Partnern und Lehrerfortbildungsinstitutionen einen Austausch für Pädagogen zu Themen historisch politischer Bildung.

Weitere wichtige Kooperationspartner sind das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, das Institut für Zeitgeschichte in München und Berlin, die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sowie die Landesbeauftragten, die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bonner Haus der Geschichte und dem Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig, die Stiftung Berliner Mauer sowie die künftig zu errichtende Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums.

3.2 Kooperation mit der Forschung

Das Ziel der Intensivierung der Zusammenarbeit auch kleinerer Gedenkstätten und Erinnerungsorte mit der Forschung besteht darin, die Professionalisierung ihrer Arbeit weiter voranzutreiben. Eigene Grundlagenforschung und die Erarbeitung vertiefender pädagogischer Angebote ist in kleinen Einrichtungen aufgrund der knappen personellen Ausstattung oftmals nicht zu gewährleisten. Anzustreben sind „Partnerschaften“ mit Professoren und Dozenten, die Seminare zu zeitgeschichtlichen und anderen für die Erinnerungsorte relevanten Themen anbieten. Hier können beide Seiten voneinander profitieren, indem Studenten in die Grundlagenforschung oder gegebenenfalls in die Ausstellungsrealisierung eingebunden wer-

den. Somit haben ihre Seminararbeiten einen direkten Praxisbezug. Die Einrichtungen erhalten personelle und inhaltliche Unterstützung. Im Folgenden werden exemplarisch erfolgreiche Kooperationen benannt und Forschungsschwerpunkte aufgeführt, die sich für zukünftige Kooperationen mit Erinnerungsorten, Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Museen anbieten:

Der Studiengang Archival Studies/Archiv am Fachbereich Informationswissenschaft der Fachhochschule Potsdam

Im Rahmen des Studiengangs Archival Studies/Archiv am Fachbereich Informationswissenschaft der Fachhochschule Potsdam werden seit Antritt der Professur 2006 durch Prof. Susanne Freund regelmäßige Lehrveranstaltungen zur jüdischen Geschichte, zum Thema Zwangsarbeit im Nationalsozialismus sowie zu Flucht und Vertreibung angeboten. Erklärtes Ziel der Seminare ist es, die Studenten für erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Themen zu sensibilisieren. Die künftigen Archivare sollen über die Mitwirkung an der Überlieferungsbildung hinaus auf diese Weise in die Lage versetzt werden, Archivalien quellenkritisch zu bewerten. Die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Auseinandersetzung mit quellenkritischen Methoden werden durch den Besuch historischer Orte und zahlreicher Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg ergänzt. Die Studenten setzen sich nicht nur umfassend mit zeithistorischen Entwicklungen auseinander, sondern lernen, regional- und lokalgeschichtliche Bezüge herzustellen. Da Archive über behördliche Überlieferungen hinaus auch über sogenannte Ego-Dokumente (Tagebücher, Briefe und Ähnliches), Fotos, audiovisuelle Medien und Interviews mit Zeitzeugen verfügen, kommt der Konzeption, Durchführung, Digitalisierung und Auswertung von Interviewprojekten eine wichtige Rolle in der Lehre zu. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der regionalen Geschichte der NS-Zwangsarbeit entstand eine enge Kooperation mit dem am 24. August 2006 eröffneten Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide in Trägerschaft der Stiftung Topographie des Terrors. Die Studenten wirken in Projekten an der pädagogischen Arbeit des Zentrums mit und haben ein Konzept zum Aufbau des Gedenkstättenarchivs erarbeitet. Darüber hinaus bestehen Arbeitsbeziehungen mit der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum und dem Archiv des Jüdischen Museums in Berlin.

Aus Anlass des von Politik und Gesellschaft wiederholt postulierten Wissensdefizits bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR sowie der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte werden im Rahmen des bereits erwähnten Studiengangs Archival Studies/Archiv am Fachbereich Informationswissenschaft der Fachhochschule Potsdam seit Sommersemester 2008 vorrangig Lehrveranstaltungen zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR angeboten. Zum einen geht es darum, den Studierenden einen Überblick über die zahlreichen Dokumentations- und Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg zu verschaffen, zum anderen spielen die quellenkritische Aufbereitung der Archivalien und die Vermittlungsarbeit eine

wichtige Rolle. Wie bei vergleichbaren Lehrveranstaltungen zur Geschichte des Nationalsozialismus liegt der Fokus hierbei auf der Alltags- und Sozialgeschichte, die nicht in der Behördenüberlieferung sondern in Privatsammlungen dokumentiert ist. Zum einen wird die digitale Sicherung wertvoller Archivalien erläutert, zum anderen der Alltag in der DDR quellenkritisch untersucht. Das Ziel der Lehrveranstaltungen besteht darin, vorhandene Vorurteile und Klischeevorstellungen mit wissenschaftlicher Methodik und Analyse aufzulösen und die Studierenden auf ihre Funktion und Verantwortung als künftige Archivare und Archivarinnen vorzubereiten. Es besteht eine Kooperation mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Studierende des Fachbereichs überarbeiten das Archiv der Tonaufnahmen und Transkriptionen von Interviews mit ehemaligen Inhaftierten als Zeitzeugen. Darüber hinaus bestehen Kontakte zum ZZF, zur Projektwerkstatt Lindenstraße 54/55 und der BStU Berlin

Die Professuren I und II für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam

Ein Forschungsprojekt an der Universität Potsdam im Rahmen der Professur Neuere Geschichte II (mit dem Schwerpunkt deutsch-jüdische Geschichte) von Prof. Thomas Brechenmacher mit dem Titel „Die deutschen Juden zwischen Akkulturation, Assimilation und Rejudaisierung (1850–1938)“ setzt sich mit dem Gelingen bzw. Scheitern von Identitätsbildung durch Integration im deutschen Kulturraum auseinander. Das Ziel der Forschung besteht darin, Aussagen über die politischen und gesellschaftlichen Orientierungen der deutschen Juden zwischen 1850 und 1938 auf Basis der Daten der Volkszählung vom 17. Mai 1939 mit repräsentativer Gültigkeit treffen zu können.

Im Bereich der Professur von Prof. Görtemaker besteht zudem die Arbeitsstelle Medizingeschichte, die sich unter anderem mit der Entwicklung der Psychiatrie in Brandenburg und deren Missbrauch befasst. Die Arbeitsstelle ist personell, inhaltlich und organisatorisch gut vernetzt. Sie kooperiert mit zahlreichen Institutionen, Einrichtungen und Projekten in Berlin und Brandenburg, darunter die hiesigen Archive, aber auch Institutionen wie das Institut für Geschichte der Medizin im Zentrum für Human- und Gesundheitswissenschaften der Charité-Universitätsmedizin Berlin. Die Arbeitsstelle sollte daher in die weiteren Planungen zu den Ausstellungsprojekten „Erbgesundheitsgerichte in Potsdam (Lindenstraße 54)“ und „Euthanasie“ in Brandenburg an der Havel einbezogen werden. Die Ausrichtung der Arbeitsstelle beinhaltet neben der Forschung auch den Aspekt der historisch-politischen Bildung und damit die Zusammenarbeit mit Schulen (u.a. gemeinsame Erarbeitung von Ausstellungen). Die Umsetzung von Schulprojekten setzt spezielle konzeptionelle Überlegungen für ein pädagogisches Programm voraus, die neben der Aufarbeitung und pädagogischen Vermittlung historischer Kenntnisse über diktatorische Herrschaftssysteme mit dazu beitragen, nachhaltig demokratisches Bewusstsein herauszubilden und die Fähigkeit zur Mitwirkung an politischen Prozessen zu stärken.

Ein Projekt an der Professur Neuere Geschichte I (mit dem Schwerpunkt 19./20. Jahrhundert) von Professor Görtemaker widmet sich der „Ausschaltung der parlamentarischen Opposition in den Landtagen der SBZ/DDR – Die Beispiele Brandenburg und Thüringen (1946-1952)“. Darin geht es um die Durchsetzung der SED-Diktatur in der SBZ und frühen DDR bzw. um die politische Gleichschaltung in Ostdeutschland unter sowjetischer Besatzungsherrschaft. Am Beispiel des Brandenburgischen und des Thüringer Landtages sollen die Handlungsspielräume parlamentarischer Arbeit unter den von sowjetischer Besatzungsmacht und deutschen Kommunisten gesetzten Bedingungen analysiert werden.

Innerhalb des Forschungsbereichs des Historischen Instituts „Europa zwischen Integration und Desintegration: Ordnungssysteme, Systemkonflikte und Kulturtransfer im 19. und 20. Jahrhundert“ widmen sich mehrere Forschungsprojekte den Entwicklungen des Kalten Krieges. Dabei geht es über die historischen Abläufe und politischen Rahmenbedingungen hinaus um seine Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs. In den Fokus rücken zum einen die sich gegenseitig ausschließenden Ideologien, die atomare Drohung und die wechselseitigen Androhungen mit Vernichtung. In dem Forschungsprojekt wird der widersprüchlichen Situation nachgegangen, in der sich die Kontrahenten des Kalten Krieges befanden: Jeder militärische Konflikt konnte in kurzer Zeit zu einem nuklearen Schlagabtausch eskalieren. Einerseits mussten daher beide Seiten kriegerische Auseinandersetzungen begrenzen bzw. verhindern. Andererseits strebten sie erklärtermaßen den Sieg im Systemkonflikt an. In dem Forschungsprojekt wird darüber hinaus nach der Beeinflussung des Alltagslebens gefragt, indem gesellschaftliche Bereiche in die Analyse einbezogen werden, die zunächst nichts mit der Systemauseinandersetzung zu tun zu haben scheinen. Weitere Fragestellungen innerhalb des Forschungsbereichs beziehen sich auf die Bedeutung des deutsch-deutschen Konflikts zwischen der Bundesrepublik und der DDR für die Entwicklung des Kalten Krieges in Europa insgesamt.

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung ging Anfang 1996 aus dem Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien (FSP) der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH hervor, die im Januar 1992 von der Max-Planck-Gesellschaft gegründet worden war. Es ist ein interdisziplinär arbeitendes Forschungsinstitut zur Erforschung der deutschen und europäischen Zeitgeschichte. Im Jahr 2006 wurde das Zentrum in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen. Während das Land Brandenburg die Grundausstattung des ZZF trägt, finanzieren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und zahlreiche weitere Stiftungen die Durchführung der Forschungsprojekte. Die Ergebnisse des ZZF eignen sich in vieler Hinsicht als Grundlage für die Realisierung zeitgeschichtlicher Ausstellungen: Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Arbeit stehen die vergleichende Erforschung der Geschichte der deutschen Teilung aus eu-

ropäischer Perspektive, der Diktaturenvergleich mit den Nachkriegsstaaten Mittelost- und Osteuropas sowie die Geschichte und der Wandel der europäischen Erinnerungskultur. In den Jahren 1996 bis 2000 wurde im Projektverbund „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der Geschichte der DDR“ unter anderem zur sowjetischen Einflussnahme auf die Politik der SED, zu alltagsgeschichtlichen Themen, zur Arbeiterschaft und ländlichen Gesellschaft, zur Sozialgeschichte der Eliten, zum Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, zur Rolle der Zensur, zum 17. Juni 1953 und Mauerbau gearbeitet.

Weitere Forschungsprojekte konzentrierten sich unter der übergreifenden Fragestellung „Ideologien und Mentalitäten im Kalten Krieg“ auf Themen, die verschiedene nationale und transnationale Bezüge einer Kultur- und Mediengeschichte des Kalten Kriegs in Europa miteinander verbinden. Hier geht es neben anderen Fragestellungen um die Rolle der Massenmedien im Kalten Krieg sowie um Untersuchungen des sowjetischen Films in der Zeit des „Tauwetters“ nach 1956.

Die wissenschaftliche Arbeit des Instituts gliedert sich gegenwärtig in fünf Abteilungen, die sich mit den folgenden Themenbereichen befassen: Gesellschaftsgeschichte des Kommunismus, wirtschaftliche und soziale Umbrüche im 20. Jahrhundert, der Wandel des Politischen, Provinz und Metropole in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts sowie Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft. In der Arbeit des Zentrums geht es um die Beziehungsgeschichte von Ost- und Ostmitteleuropa mit der Bundesrepublik und Westeuropa sowie um die Geschichte und den Wandel der europäischen Erinnerungskultur. Nicht zuletzt bilden regionalgeschichtliche Forschungsansätze zu Berlin und seinem Brandenburger Umland im Ost-West-Konflikt einen weiteren wichtigen Interessenschwerpunkt. Über die Forschungs- und Publikationstätigkeit hinaus werden Arbeitstagungen, wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen, Vortrags- und Filmreihen zur deutschen Zeitgeschichte durchgeführt. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit des ZZF gilt ein Kooperationsprojekt mit dem Verein Berliner Mauer den „Todesopfern an der Berliner Mauer“; in einem gemeinsamen Projekt mit dem Potsdam-Museum werden zudem die wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Dauerausstellung in der Gedenkstätte „Lindenstraße 54“ erarbeitet. Durch seine Beteiligung an dem von der DFG geförderten Projektverbund Clio-online und die Entwicklung des neuen Fachportals Zeitgeschichte-online hat sich das ZZF zu einem wichtigen Anbieter von zeithistorischen Fachinformationen im Internet entwickelt (<http://www.zeitgeschichte-online.de>). Teil dieses Vorhabens ist die Entwicklung und Etablierung einer neuen, in das Portal integrierten elektronischen Zeitschrift „Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History“ mit einer parallel im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erscheinenden Druckausgabe (<http://www.zeithistorische-forschungen.de>).

Das Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) in Potsdam

Das Forschungsinteresse des Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) gilt der Geschichte, Religion und Kultur der Juden und des Judentums in den Ländern Europas. Ein besonderer Akzent liegt dabei auf der Beziehungsgeschichte von Juden und nicht jüdischer Umwelt. Die Forschungsarbeiten konzentrieren sich zum einen auf Probleme der gesellschaftlichen Integration und Akkulturation der Juden (unter anderem deutsch-jüdische Beziehungsgeschichte), zum anderen auf vergleichende sozialgeschichtliche Fragestellungen (Lebensbedingungen, geografische und soziale Mobilität), soziokulturelle und ideengeschichtliche Aspekte (Literatur, Kunst, Religion, Philosophie, Musik). Wesentliche Akzente setzt das Zentrum in der Aufarbeitung der Regional- und Lokalgeschichte, insbesondere der ostdeutschen Bundesländer (mit dem Schwerpunkt Brandenburg). Das im Jahr 1992 gegründete und nach dem Philosophen und Aufklärer Moses Mendelssohn (1729–1786) benannte MMZ ist ein interdisziplinär arbeitendes wissenschaftliches Forschungszentrum, das historische, philosophische, religions-, literatur- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung betreibt. Als An-Institut der Universität Potsdam ist es maßgeblich am Studiengang „Jüdische Studien/Jewish Studies“ beteiligt. Die von einer Mitarbeiterin des MMZ erarbeitete aktuell veröffentlichte Publikation „Jüdisches Brandenburg – Geschichte und Gegenwart“⁵⁸ richtet sich insbesondere an allgemein an der Thematik interessierte Leser ohne fachwissenschaftliche Vorkenntnisse. Sie gibt einen gut verständlichen Einblick in das jüdische Leben der Region des heutigen Brandenburgs seit dem 13. Jahrhundert. Neben Ortskapiteln, welche die Geschichte einzelner jüdischer Gemeinden behandeln, wird in Essaykapiteln übergreifenden Themenstellungen nachgegangen. Über das Forschungsprogramm hinaus hat das MMZ pädagogische Programme entwickelt, die sich sowohl auf die nationalsozialistische Verfolgung von Juden als auch auf das vielfältige jüdische Leben vor 1933 beziehen. Die Geschichte der Juden in Deutschland soll also nicht allein aus dem Blickwinkel ihrer Verfolgung und Vernichtung reflektiert, sondern vielmehr auch ihre Entwicklungs- und Kulturgeschichte innerhalb Deutschlands und Europas vermittelt werden. Mit neuen pädagogischen Konzepten (unter anderem Ausstellungen, pädagogische Handreichungen für den Schulunterricht) sollen Jugendliche, insbesondere Schülerinnen und Schüler in ihren Klassenverbänden, mit der Geschichte der Juden vertraut gemacht werden.

58 Irene Diekmann (Hrsg.): Jüdisches Brandenburg. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2008.

Kooperationen mit Forschungseinrichtungen nach dem Modell Gedenkstätte Lindenstraße 54 und dem ZZF sowie dem Studiengang Archivwissenschaften mit dem NS-Dokumentationszentrum Berlin-Schöne-weide sind auch für andere Erinnerungsorte zu realisieren. Hier kommen auf der Seite der Forschungseinrichtungen neben dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) vor allem die Universität Potsdam, ihr An-Institut Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) sowie die geschichts-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche der Berliner Universitäten in Frage. In Absprache mit den Forschern und Dozenten ist zu klären, ob sich einzelne Forschungsprojekte dezidiert auf die jeweiligen Erinnerungsorte beziehen können. In den Orten mit sogenannter mehrfacher oder zweifacher Vergangenheit ist verstärkt die Kooperation mit Wissenschaftlern zu suchen, die diktaturvergleichend arbeiten.

3.3 Kooperation mit Einrichtungen politischer Bildung und Schulen

Die politisch-historische Bildung in den Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Museen will neben der Vermittlung historischer Kenntnisse zur Herausbildung eines demokratischen Bewusstseins beitragen und die Fähigkeit zur Mitwirkung an politischen Prozessen unterstützen. Dazu ist die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungsträgern von großer Bedeutung, da ein Besuch historischer Orte oder von Ausstellungen den Erwerb geschichtlichen Wissens in der Schule nicht ersetzen kann. Das Land Brandenburg unter der Federführung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und Berlin sind die einzigen Bundesländer mit Gedenkstättenlehrern. Diese arbeiten in verschiedenen Gedenkstätten des Landes mit Schülergruppen. Sie sind als Schnittstelle zwischen dem pädagogischen Angebot der Erinnerungsorte und der schulischen Bildung mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen wichtige Kooperationspartner bei der Erstellung von Lehrerhandreichungen und Arbeitsblättern für Schüler.

Über Lehrerfortbildungen machen die Gedenkstättenlehrer die Lernangebote der Gedenkstätten bekannt und werben für den Unterricht am außerschulischen Lernort. Die Gedenkstättenlehrer können darüber hinaus auch die Begegnung mit Zeitzeugen aus unterschiedlichen historischen Perioden in den Gedenkstätten organisieren. Gleichzeitig wird diese Bildungsarbeit durch das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) und den staatlichen Schulämtern, die für die Lehrerfortbildung zuständig sind, unterstützt. In diese Arbeit sind die Mitarbeiter der Jugendbegegnungsstätten in den Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen einbezogen. Da die Erfahrung mit der pädagogischen Arbeit in Gedenkstätten gezeigt hat, dass diese ansonsten fehlendes historisches Wissen nicht ersetzen kann, sind auch weiterhin Modelle für eine praktikable Vor- und Nachbereitung von Gedenkstättenbesuchen zu dis-

kutieren und zu erproben. Ebenso lässt sich die Zusammenarbeit mit den Trägern der politischen Bildungsarbeit, den parteinahen Stiftungen und der gewerkschaftlichen Bildung und regionalen Aufarbeitungsinitiativen intensivieren. Hier ist anzuregen, die von der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR im November 2007 ergriffene Initiative zum Austausch über Methoden und Ziele der historisch-politischen Bildungsarbeit fortzuführen.

Die Arbeit in den Gedenkstätten und Erinnerungsorten zur SED-Diktatur hat zum einen zu berücksichtigen, dass es sich um einen unmittelbar zurückliegenden Zeitabschnitt handelt und es im Gegensatz zum Nationalsozialismus keinen gesamtgesellschaftlichen Konsens über die Bewertung der DDR gibt. Es wird weiter das gemeinsame Ziel der schulischen und außerschulischen Bildung bleiben, in dieser Frage eine vergleichbare gesamtgesellschaftliche Einigkeit herzustellen. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass es sich um lebensgeschichtliche Erfahrungen handelt, die von den Westdeutschen nicht geteilt werden. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit darf jedoch nicht als ausschließliche Angelegenheit der sogenannten neuen Bundesländer angesehen werden. Vor diesem Hintergrund sind auch im Land Brandenburg Kooperationen mit Bildungsträgern in westdeutschen Bundesländern anzustreben, die sich teilweise bereits intensiv mit der Geschichte der DDR auseinandersetzen (zum Beispiel Bildungswerk der Humanistischen Union in NRW, Gegen das Vergessen, Sammlung zur Geschichte der DDR in Pforzheim). Darüber hinaus sollte die Landesgeschichtliche Vereinigung verstärkt als Kooperationspartner einbezogen werden. Seit 1990 versteht sie sich als eine Anlaufstelle für zeitgeschichtlich interessierte Bürger und als Mittler zwischen Fachwissenschaftlern und Laien auf allen Gebieten der historischen Forschung und der Vermittlung von Geschichte im Land Brandenburg.

3.4 Kooperation mit Archiven

Archive sind das kulturelle Gedächtnis einer Stadt, eines Landes oder einer Region. Hier werden die authentischen Quellen und damit auch die Zeugnisse der Erinnerungskultur aufbewahrt. Dies trifft auf alle Archivsparten Kommunal- oder Landesarchive, Unternehmens- oder Privatarchive und insbesondere auch auf die Gedenkstättenarchive zu. Im Gegensatz zu den Museen erfolgt die Überlieferungsbildung nach archivischen Grundsätzen. Denn Archive haben den Auftrag zu erfüllen, aufgrund fachlicher Bewertung der Archivalien ein repräsentatives Bild der Vergangenheit zu spiegeln. Museen hingegen sammeln unter thematischen Aspekten und präsentieren ihre Exponate in Ausstellungen. Archive haben aber gleichermaßen einen Bildungsauftrag zu erfüllen, indem sie zum einen die Archivalien bewerten, verzeichnen und erschließen. Zum anderen stellen sie ihre Bestände der Forschung und historisch Interessierten zur Verfügung. Ferner tragen sie zur historisch-politischen Bildung bei, indem sie ihrerseits Ausstellungen und Publikationen erarbeiten, Interviewprojekte mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen organisieren oder Workshops mit Schüler/innen durchführen. Vielerorts arbeiten Schulen und Archive insbesondere bei der Verlegung von Stolpersteinen zusammen. Die enge Verknüpfung von Schulprojekten mit dem außerschulischen Lernort Archiv zeigt sich aber auch anhand anderer Beispiele. So unterstützen die Archive Schüler bei der Abfassung von Facharbeiten oder der Beteiligung an Geschichtswettbewerben. Im zweijährigen Turnus wird zum Beispiel der „Geschichtswettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten“ von der Körber-Stiftung in Hamburg ausgelobt. In diesem Jahr lautet das Thema „Helden: verehrt – verkannt – vergessen“. Wichtige Partner sind vor allem die Archive in Berlin und dem Land Brandenburg, speziell das Brandenburgische Landeshauptarchiv, das Bundesarchiv, das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, das Landesarchiv Berlin und das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, aber auch Institutionen wie das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und das Archäologische Landesmuseum.

4. Zusammenfassung und Perspektiven

Seit 1990 konnte die Aufarbeitung der Geschichte des Terrorregimes des Nationalsozialismus, der stalinistischen Repression nach 1945 und der SED-Diktatur entscheidend vorangebracht werden. Hinzu kam die kritische Überwindung des verordneten Antifaschismus der DDR, der die Erinnerung an die „Kämpfer gegen den Faschismus“ aus ideologischen Gründen überhöht hatte. Die Schicksale der bislang in der Erinnerung marginalisierten Opfer- und Verfolgtengruppen wurden verstärkt thematisiert und die Würdigung der Opfer von Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Sozialdemokraten und Christen gleichberechtigt

in das Gedenken integriert. Zugleich wurde die Erinnerung an die verfolgten Kommunisten entideologisiert und konkretisiert. Darüber hinaus wurden würdige Gedenkstätten und Erinnerungszeichen für die Verfolgten und Opfer der Diktatur in der SBZ und DDR geschaffen. Den ehemaligen Häftlingen ist dafür zu danken, dass sie durch ihr Engagement und die Bereitschaft, ihre Erfahrungen mitzuteilen, entscheidend zum Erfolg der historisch-politischen Bildungsarbeit der Gedenkstätten beigetragen haben. Das vorliegende Konzept versteht sich als Dokument der Landesregierung, das diesen Dank öffentlich zum Ausdruck bringt und die Zivilgesellschaft in die Diskussionen über die Weiterentwicklung der brandenburgischen Erinnerungskultur einbezieht. Die brandenburgische Erinnerungskultur wird sich auch weiterhin dadurch auszeichnen, dass sie die Erinnerung und das Gedenken an die Verfolgten und Opfer der NS-Diktatur, des Stalinismus und der SED-Diktatur in ein angemessenes Verhältnis zueinander setzt, das weder die vor noch nach 1945 verübten Verbrechen relativiert, bagatellisiert oder marginalisiert.

In dieser nun erstmals für ein Bundesland vorgenommenen Bestandsaufnahme sind bewusst auch diejenigen Erinnerungsorte, Museen und die zeitgeschichtliche Forschung einbezogen worden, die sich mit Themen jenseits politischer Repression und Verfolgung auseinandersetzen. Erinnerungsorte wurden als wichtige Bezugspunkte im kulturellen Gedächtnis der Deutschen verstanden. Mit dem Begriff des „Erinnerungsortes“ wurden auf diese Weise auch diejenigen historischen Orte berücksichtigt, bei denen es sich nicht im klassischen Sinn um Gedenkstätten handelt, die aus Sicht der Landesregierung von wesentlicher Bedeutung für die Vermittlung regionaler und nationaler Zeitgeschichte sind. Sowohl die Bestandsaufnahme als auch die Formulierung von Perspektiven hat gezeigt, welche zentrale Bedeutung Gedenkstätten, Erinnerungsorten, Museen, Dokumentationszentren, Wanderausstellungen und der zeitgeschichtlichen Forschung beim Wachhalten der Erinnerung an die unterschiedlichen Verbrechenkomplexe zukommt. Zu unserer demokratischen Erinnerungskultur gehört zum einen die Aufarbeitung von Repression, Verfolgung und Denunziation. Zum anderen wird an Menschen, Ereignisse und Entwicklungen erinnert, die ebenfalls für die kulturelle Selbstverständigung Deutschlands und damit auch Brandenburgs von zentraler Bedeutung sind. Hierzu gehört vor allem auch die Geschichte von Opposition, Widerstand und Alltag.

Die Bestandsaufnahme hat neben der Vielfalt der Erinnerungsorte und den teilweise weit vorangeschrittenen Prozessen der Aufarbeitung auch Defizite und bislang vernachlässigte Themen erkennbar werden lassen. Auf dieser Grundlage kann der Bedarf an zukünftigen Projekten, Kooperationen zwischen vorhandenen Einrichtungen und der Vertiefung bisheriger Forschungsergebnisse erstmals genauer benannt werden. Aus Sicht der Landesregierung sollten die bisherigen Anstrengungen der Neukonzeptionen von Gedenkstätten und zeithistorischen Ausstellungen fortgesetzt und auch die Realisierung von Ausstellungen zu bislang kaum in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Themen vorangetrieben werden. Ange-

sichts des viel zitierten „Abschieds von den Zeitzeugen“ des Nationalsozialismus, der SBZ und der frühen Phase der DDR müssen angemessene und wirksame Methoden erprobt werden, Zeitgeschichte auch an die nächsten Generationen nachvollziehbar zu vermitteln. Insbesondere die kleineren Einrichtungen, die nach 1990 gegründet wurden, benötigen Unterstützung in ihren Professionalisierungsprozessen. Im Hinblick auf die Überarbeitungen der Ausstellungen in den regionalgeschichtlichen Museen kommt dem Museumsverband Brandenburg eine wichtige Rolle zu. Er führt Weiterbildungsveranstaltungen für Museumsfachleute durch, die auch zeitgeschichtliche Themen behandeln. Zudem baut er ein Netzwerk „Zeitgeschichte im Museum“, das der Sammlungsabstimmung und der Koordination von Verbundausstellungen dienen soll.

Nationalsozialistische Verfolgung

Um den Nachgeborenen die Bedeutung des nationalsozialistischen Völkermords an den europäischen Juden, Sinti und Roma als Zivilisationsbruch zu verdeutlichen, wird es zukünftig verstärkt darauf ankommen, die Schicksale der Opfer anhand von biografischen Ausstellungen und der Nutzung von aufgenommenen Zeitzeugeninterviews nahezubringen. Hier wird der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten in bewährter Form eine wichtige Aufgabe zukommen. Der Stiftung wie allen weiteren an der aktiven Ausgestaltung und Weiterentwicklung der brandenburgischen Erinnerungskultur beteiligten Akteuren fällt die Aufgabe zu, würdige Formen des Gedenkens an die NS-Opfer zu finden und Formen der historisch-politischen Bildungsarbeit zu entwickeln, die die Vermittlung der NS-Geschichte ohne die aktive Einbeziehung der Zeitzeugengeneration ermöglicht.

In der Gedenkstätte Sachsenhausen wurde bereits erfolgreich der Weg hin zum zeithistorischen modernen Museum beschritten, in dem auch Jugendliche durch den Einsatz moderner Medien angesprochen werden. Aktuell werden die Ressourcen der Stiftung unter Beteiligung des Bundes verstärkt auf die entsprechende Modernisierung der Gedenkstätte Ravensbrück konzentriert. Die zügige Umsetzung der sich in Vorbereitung befindenden neuen Dauerausstellung zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes steht unmittelbar bevor. Mit dem Museum des Todesmarsches im Belower Wald wird eine weitere Einrichtung unter dem Dach der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten zurzeit grundlegend mit der Unterstützung durch Land und Bund neu gestaltet. Durch die Einbeziehung des Waldgeländes, in dem die halb verhungerten Häftlinge des KZ Sachsenhausen während des Todesmarsches gezwungen waren zu campieren, wird die Entwicklung nach Auflösung der Konzentrationslager in ihrer Dramatik für die Häftlinge zukünftig deutlicher als durch die rein museale Präsentation.

Ebenso wird mit der beratenden Begleitung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten die Geschichte des „Verlorenen Transports“ in Tröbitz in einer Ausstellung auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstands dokumentiert. Ein Konzept wurde bereits erarbeitet. Nun ist gemeinsam mit den Kommunen die Finanzierung der Ausstellungsrealisierung zu klären.

Auch über die Geschichte der „Euthanasie“ im Nationalsozialismus wird demnächst umfassend an einem zentralen Ort informiert: Die SBG bereitet die Realisierung einer Ausstellung über die Krankenmordaktion in Brandenburg an der Havel vor. Eine sinnvolle Ergänzung zu diesem Angebot bietet die bereits bestehende Ausstellung „Die Landesanstalt Görden 1933 bis 1945. Psychiatrie im Nationalsozialismus“ im Asklepios Fachklinikum Brandenburg.⁵⁹ Im Hinblick auf die Außenlager der nationalsozialistischen Konzentrationslager wurde in der Bestandsaufnahme festgestellt, dass ihre Geschichte sich bislang selten in Ausstellungen inner- und außerhalb der regionalgeschichtlichen Museen niedergeschlagen hat. Dieses Thema eignet sich jedoch im besonderen Maße zur Veranschaulichung der engen Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Repressionssystem und dem Alltagsleben der Mehrheitsbevölkerung, da sich die Außenlager zumeist in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft befanden.

Verfolgung durch die sowjetische Besatzungsmacht

An zahlreichen Orten ehemaliger sowjetischer Speziallager wurden in den Jahren seit 1990 Ausstellungen realisiert und Orte für das Gedenken an die Opfer geschaffen. Die Aufarbeitung der bis zum Ende der DDR tabuisierten Repressionsgeschichte nach 1945 hat dazu geführt, dass die Geschichte der Speziallager heute im Vergleich zu den 1990er Jahren in weit geringerem Maße zum geschichtspolitischen Schlagabtausch geeignet ist. Die Forschung ist zur Grundlage informativer Ausstellungen zu dieser Thematik in Brandenburg geworden. Gleichwohl wird die Herausforderung, die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer der sowjetischen Speziallager in die Gedenkstättenarbeit zu integrieren, ohne die NS-Verbrechen zu relativieren bzw. die stalinistischen Verbrechen zu bagatellisieren, die Gedenkstättenarbeit auch weiterhin begleiten. In diese Debatten sind wie bisher gesellschaftliche Gruppen, hier vor allem die Verfolgten- und Opferverbände, einzubeziehen.

⁵⁹ Vgl. zum Forschungsstand die Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte, Bd. 3: K. Hübener in Zusammenarbeit mit Martin Heinze (Hrsg.), Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, Berlin 2002 (480 S.); Bd. 6: Th. Beddies / K. Hübener (Hrsg.), Dokumente zur Psychiatrie im Nationalsozialismus, Berlin 2003 (336 S.); Bd.:7: A. Hinz-Wessels, NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg, Berlin 2004, 245 S.; Bd. 8: D. Schulze, Die Landesanstalt Neuruppin in der NS-Zeit, Berlin 2004 (222 S.); Bd. 9: W. Rose, Anstaltspsychiatrie in der DDR. Die brandenburgischen Kliniken zwischen 1945 und 1990; darin die Studie von A. Weinke: Nachkriegsbiographien brandenburgischer „Euthanasie“-Ärzte und Sterilisationsexperten. Kontinuitäten und Brüche, Berlin 2005; Bd. 10: Th. Beddies / K. Hübener (Hrsg.), Kinder in der NS-Psychiatrie, Berlin 2004 (205 S.).

Die Gedenkstätte Lindenstraße 54 in Potsdam wird mit der neuen Dauerausstellung sowie einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit ein neues Profil erhalten. Der Professionalisierungsprozess dieser Einrichtung wird mit kontinuierlicher Unterstützung durch die Stadt Potsdam weiter vorangetrieben. Der Aufarbeitung der Repressionsgeschichte in der SBZ und in der DDR wird durch die Eröffnung der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße sowie durch ihre Anerkennung als Gedenkstätte von nationaler Bedeutung in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes eine noch größere Aufmerksamkeit zuteil werden als zuvor. In der Einrichtung ist derzeit die Realisierung der ständigen Ausstellung in Vorbereitung. Nach der Eröffnung wäre es aus Sicht der Landesregierung ratsam, in Abstimmung mit der Gedenkstätte Lindenstraße 54 und dem Schloss Cecilienhof ein Verweissystem zu erarbeiten, damit die Besucher auf den engen inhaltlichen Zusammenhang zwischen dem Schloss als Ort der Potsdamer Konferenz und den beiden ehemaligen Gefängnissen hingewiesen werden. Die beiden Gedenkstätten verdeutlichen, was die stalinistische Sowjetunion 1945 bzw. seit 1936 unter dem Begriff der „Demokratisierung“ verstand. Im Schloss Cecilienhof sind zurzeit der Konferenzsaal und die Arbeitszimmer der Delegationen als historische Stätte der Potsdamer Konferenz zu besichtigen. Perspektivisch sollte ihr internationaler Stellenwert stärker betont und die historischen Zusammenhänge sowie die politischen Folgen der Potsdamer Konferenz in einer auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstands überarbeiteten Dauerausstellung erläutert werden.

Erinnerung an jüdisches und sorbisches Leben in Brandenburg

Die vor allem aus bürgerschaftlichem Engagement gewachsenen Projekte zur Erinnerung an das einst prosperierende jüdische Leben in Brandenburg sind aus Sicht der Landesregierung im Rahmen der Möglichkeiten von Land, Landkreisen und Städten zu unterstützen. Insbesondere die aktuellen Planungen des Stadtmuseums Schwedt zur Einrichtung eines Museums zur jüdischen Geschichte der Stadt in der unmittelbaren Nähe des 1988 freigelegten jüdischen Ritualbades füllt eine Lücke in der bisherigen brandenburgischen Erinnerungskultur. Des Weiteren ist aus Sicht der Landesregierung anzuregen, dass Städte und Gemeinden ehemalige Synagogen, weitere bauliche Zeugnisse jüdischen Lebens, aber auch Orte der Bücherverbrennung, der Ausgrenzung und Verfolgung zum Bestandteil von Stadtführungen und Dauerausstellungen in den städtischen Museen werden lassen. Durch die Beschilderung im Stadtraum könnte eine größere öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt werden. Die Geschichte der Juden in der SBZ und DDR ist zwar mittlerweile gut erforscht, hat sich jedoch bislang nicht in musealen Präsentationen niedergeschlagen. Mit der auch in Brandenburg gezeigten Ausstellung des Berliner Centrum Judaicum „Zwischen Bleiben und Gehen. Juden in Ostdeutschland 1945 bis 1956“ ist ein Anfang gemacht worden, an dessen Ergebnisse sich im Hinblick auf die Realisierung weiterer Ausstellung anknüpfen lässt. Die jüdischen Gemeinden im Land Brandenburg werden in die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur zu diesem Thema einbezogen.

Wie gezeigt wurde, haben sich mittlerweile zahlreiche Initiativen der Spurensicherung jüdischen Lebens in ihrer Region angenommen, doch stellt insbesondere die Frage nach dem Überleben im Untergrund, der unterschiedlichen Überlebensbedingungen von jüdischen Männern und Frauen ein Desiderat der musealen Präsentation dar. Über die Musealisierung hinaus sollte die Aufarbeitung jüdischer Geschichte stärker im schulischen Kontext verankert werden. Erinnerung an das und Auseinandersetzung mit dem jüdischen Leben Brandenburgs ist nicht alleine Aufgabe der außerschulischen Bildung, sondern auch eine Aufgabe der Lehrkräfte des Landes. Hierfür kann gerade die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte ein Anknüpfungspunkt sein. Darüber hinaus stand und steht bisher bei vielen der hier dargestellten Projekte die Beschäftigung mit den im Nationalsozialismus verfolgten Juden im Mittelpunkt. Die Auseinandersetzung mit anderen Aspekten der jüdischen Geschichte, ihre Ursprünge und das Zusammenleben werden bisher eher selten beachtet. Darüber hinaus ist die Erarbeitung von Lehrerhandreichung zur Geschichte der Juden auf dem Gebiet des heutigen Brandenburgs anzuregen. Bisher gibt es nur wenige Materialien, die Lehrkräfte nutzen können, um dieses Themenfeld im Unterricht aufzugreifen. So hat das Moses Mendelssohn Zentrum kürzlich eine Methodensammlung „Jüdisches Leben in Brandenburg“ für Lehrkräfte herausgegeben. Es trägt nicht zuletzt der Erfahrung Rechnung, dass auch bei Lehrerinnen und Lehrern im Land Brandenburg ein erheblicher Bedarf an fachlichen Fortbildungen besteht. Auch Israel und der Nahostkonflikt sind immer wieder Themen, zu denen erhöhter Fortbildungsbedarf angemeldet wird. Hier könnten Austauschprogramme, Städte- oder Schulpartnerschaften eine positive Rolle spielen. Es ist dabei nicht zuletzt daran zu denken, deutsch-polnische und/oder deutsch-israelische Projekte zu vernetzen und in trinationale Begegnungen zu überführen.

Das Wendische Museum ist und bleibt als zeitgeschichtlicher Ausstellungs- und Diskussionsort ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Bezugspunkt im kulturellen Gedächtnis der Sorben/Wenden in der Niederlausitz. Das Ziel gemeinsamer Anstrengungen der Mehrheitsgesellschaft und den Sorben/Wenden sollte es sein, ein Geschichtsbewusstsein zu fördern, das die Geschichte des sorbischen slawischen Volkes integrativ in die Erinnerungskultur im Land Brandenburg einbezieht.

Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen

Eine umfassende „Neukonzeption von Gedenkstätte und Museum Seelower Höhen“ zur Realisierung eines modernen zeitgeschichtlichen Museums liegt vor. Künftig wird die Gedenkstätte am Beispiel der Schlacht um die Seelower Höhen vermitteln, was Krieg für Menschen und Landschaft bedeutet. Mit diesen Schwerpunktsetzungen befindet sich auf den Seelower Höhen der einzige, international bereits stark wahrgenommene Erinnerungsort mit Museum und politisch-historischer Bildungsarbeit auf einem ehemaligen Schlachtfeld des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. Insbesondere die Stellung der Wehrmacht als

Instrument im Vernichtungskrieg und deren Verstrickungen in Verbrechen muss als eine wesentliche deutsche Erinnerungsaufgabe vertiefend dargestellt werden. Es soll verdeutlicht werden, dass der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg ursächlich für die europaweite Etablierung nationalsozialistischer Konzentrationslager und das Zwangsarbeitersystem war. Weitere geplante Ausstellungsthemen sind die Darstellung der Perspektiven sowjetischer, polnischer und deutscher Soldaten, der Hasspropaganda in den beteiligten Armeen sowie die Täter-Opfer-Problematik. Ein wesentlicher Schwerpunkt wird darüber hinaus auf die Rezeptionsgeschichte gelegt. Als Stätte des inszenierten Antifaschismus und der deutsch-sowjetischen Freundschaft, die vielen ehemaligen DDR-Bürgern noch in Erinnerung ist, sind die Seelower Höhen ein geeigneter Ort, um die Geschichte der Gedenkstätte und des Denkmals sowie ihre geschichtspolitische Instrumentalisierung zu veranschaulichen. Für diese inhaltlichen Erweiterungen und die Neukonzeption insgesamt ist ein neuer Museumsbau unabdingbar, da der bisherige Ausstellungsraum von 80 qm für die geplante umfassende Darstellung der bereits genannten Schwerpunkte keinesfalls ausreicht. Perspektivisch ist eine Kofinanzierung des Bundes für den Erinnerungsort mit nationaler und internationaler Bedeutung anzustreben.

Der Waldfriedhof Halbe muss um ein grundlegendes Informationsangebot ergänzt werden. Da sich der Ort keinesfalls selbst erklärt und in der Vergangenheit wiederholt zur rechtsextremen Geschichtsdeutungen, Aufmärschen und „Heldengedenken“ missbraucht wurde, sind zusätzliche Informationen in Form von einer auf dem neuesten Forschungsstand zu erarbeitenden zeitgeschichtlichen Ausstellung unabdingbar. Die Friedhofsbesucher müssen darüber informiert werden, um wen es sich bei den unterschiedlichen bestatteten Toten handelt. Durch einen biographischen Zugang kann erklärt werden, dass die Toten sowohl durch die Kampfhandlungen der letzten Kriegstage ums Leben kamen als auch durch die Wehrmachtsjustiz nach Desertion und an den Folgen unmenschlicher Zwangsarbeit. Die Geschichte der „Kesselschlacht“ sollte in den Zusammenhang der Endkämpfe um Berlin insgesamt gestellt werden.

Hier ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte mit der Darstellung in der Gedenkstätte Seelower Höhen. Bei der Neukonzeption des Bildungs- und Informationsangebotes sowie der geplanten Wegführung sollten auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Mittel- und langfristige Perspektiven für den Waldfriedhof Halbe“ einbezogen werden. Die Herausforderung wird auch zukünftig darin bestehen, der verschiedenen Gruppen von Kriegs- und Nachkriegstoten auf einer Anlage angemessen zu gedenken sowie historische Zusammenhänge und Brüche aufzuzeigen.

Es ist aus Sicht der Landesregierung sinnvoll, mit den Gedenkstätten Seelow und Halbe einen Aufarbeitungskern zu Befreiung und Besatzung zu schaffen, der in der Zukunft unter anderem auch die Erforschung und Dokumentation des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen und der bei Kriegsende

erst von der Wehrmacht, dann von der Roten Armee verübten Gewaltakte vorantreibt. Die Gedenkstätten Seelower Höhen und Halbe sind von internationaler Bedeutung und stehen für die Geschichte der Endphase des Zweiten Weltkriegs und der militärischen Niederschlagung des nationalsozialistischen Regimes sowie der damit verbundenen Opfer. Beide Orte sind bislang von ihrer konzeptionellen Grundlage und finanziellen Situation her nur unzureichend in der Lage ihrer Bedeutung gerecht zu werden. Darüber hinaus ist eine stärkere Vernetzung und Arbeitsteilung der verschiedenen Orte wichtig, die sich mit der Endphase des Zweiten Weltkrieges in Brandenburg und darüber hinaus in Berlin auseinandersetzen.

Über diese Erinnerungsorte hinaus befinden sich im Landkreis Teltow-Fläming zahlreiche historische Militäranlagen, deren Geschichte teilweise in Museen präsentiert wird. Die Vermittlung der brandenburgischen Militärgeschichte wird diese unterschiedlichen Ansätze zukünftig miteinander verbinden müssen, um sie der Öffentlichkeit in einem überzeugenden Gesamtkonzept zu vermitteln. Bei der Entwicklung eines solchen Konzepts kann der Museumsverband Brandenburg entscheidende Hilfestellungen geben.

Herrschaft, Alltag und Widerstand im Nationalsozialismus

Die Bestandsaufnahme hat gezeigt, dass die Geschichte von Widerstand und Alltag im Nationalsozialismus ein Desiderat in der brandenburgischen Erinnerungskultur darstellt. Bis auf wenige Ausnahmen hat diese Thematik bisher selten Eingang in die Dokumentation der regionalgeschichtlichen Museen gefunden. So wird es zukünftig verstärkt darum gehen, in der Darstellung der Geschichte von Opposition und Widerstand gegen totalitäre Zumutungen, konkrete Biografien in Erinnerung zu rufen und das Wissen um lebensgeschichtliche Erfahrungen und individuelle Handlungsspielräume zu fördern. Das alltägliche Leben der Mehrheitsbevölkerung im Nationalsozialismus zwischen Anpassung, Begeisterung, widerwilligem Mitmachen, Nonkonformismus bis hin zum Widerstand könnte ins Verhältnis zum Alltag der Juden, Sinti und Roma, politisch und biologisch Verfolgten gesetzt werden. Auf diese Weise würde zum Ausdruck gebracht werden, dass dazu sowohl Begeisterung, Mitläufertum und Denunziation gehörten, aber auch – wenn auch in viel zu geringem Maße – die spontane Bereitschaft zur Hilfe für Verfolgte. Nicht zuletzt würde verdeutlicht, dass sich die politische und rassische Diskriminierung und Verfolgung seit 1933 vor den Augen der Öffentlichkeit vollzog. Aus Sicht der Landesregierung ist es von großer Bedeutung, sich intensiver als bisher den Auswirkungen „großer“ Politik auf das Alltagsleben der Menschen zu widmen und dabei der Frage nachzugehen, welche Aspekte des totalitären Regimes die bedeutende Mehrheit der Bevölkerung begeistert und an sich gebunden und das System auch jenseits von Repression und Repressionsandrohung stabilisiert hat.

Nachkriegsordnung, Neubeginn nach 1945 und staatlicher Antifaschismus

Neben der Darstellung der Geschichte der Potsdamer Konferenz in Schloss Cecilienhof kommt sowohl der Vertreibungsproblematik nach dem Krieg als auch der Sowjetisierung der SBZ ein wichtiger Stellenwert in der Erinnerungskultur des Landes Brandenburg zu. Bislang ist Themen wie der Vertreibung und der Integration der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße oder der Bodenreform und den Zwangskollektivierungen in den 1950er Jahren kaum Aufmerksamkeit entgegengebracht worden. Hier ist die Erarbeitung neuer Ausstellungen anzuregen. Insbesondere das Agrarmuseum Wandlitz kommt in besonderer Weise in Frage, sich des komplexen Themas der Bodenreform und der Kollektivierungspolitik in kritischer Weise anzunehmen.

Viele Mahnmalsanlagen und nicht zuletzt auch Mahnmale zur Erinnerung an jüdische Opfer in Brandenburg zeugen von der jahrzehntelangen Ausrichtung der ostdeutschen Gedenkkultur am staatlichen Antifaschismus. Deshalb sollten auch weiterhin besondere Anstrengungen hinsichtlich der kritischen Aufarbeitung dieser ideologischen Vereinnahmung der NS-Geschichte unternommen, die entsprechenden Mahnmale wie etwa in Lieberose kritisch kommentiert und geeignete Gedenkorte zur Würdigung der jüdischen Opfer geschaffen werden. Dies gilt in besonderem Maße für das Gedenken an die jüdischen Häftlinge des Außenlagers des KZ Sachsenhausen Lieberose. Hier muss mittelfristig ein Gesamtkonzept zur Erinnerung an das Außenlager des KZ Sachsenhausen Lieberose, das Speziallager Jamlitz sowie zur Rezeptionsgeschichte der Mahnmalsanlage erarbeitet werden. Wie eingangs ausgeführt, sollte das Thema „Antifaschismus“ dabei bei aller berechtigten und notwendigen Kritik an seiner herrschaftsstabilisierenden und -legitimierenden Funktion für die Führung der DDR ausgewogen thematisiert werden. Nicht zu vergessen ist, dass es neben diesem „offiziellen“ Antifaschismus durchaus „antifaschistisches Bewusstsein“ in der Bevölkerung gegeben hat, das auch für Teile der Demokratiebewegung der späten DDR – man denke an die Ereignisse in Potsdam am 9. November 1989 – eine wichtige Motivation bedeutet hat.

Herrschaft, Alltag und Widerstand in der SBZ und DDR

Der Geschichte von Repression, Widerstand und Verfolgung und der Alltagsgeschichte ist auch im Hinblick auf die SBZ und DDR ein hoher Stellenwert einzuräumen. Die Aufarbeitung der deutsch-deutschen Teilungsgeschichte, das Gedenken an ihre Opfer sowie die Aufarbeitung der Auswirkungen auf das alltägliche Leben werden ebenfalls weiterhin wichtiger Bestandteil der brandenburgischen Erinnerungskultur sein. Ihre Geschichte sollte in ihren Zusammenhang mit den deutsch-deutschen und internationalen Beziehungen, der Geschichte des Kalten Krieges, von geglückten und missglückten Fluchtversuchen, der Fluchthilfe und ihrer letztendlichen Überwindung in der Friedlichen Revolution gestellt werden. Dabei wird es insbesondere bei der Darstellung der Herrschaftspraxis, der Alltagsgeschichte, nonkonformen Verhal-

tens und Widerstands von 1945 bis 1989 darum gehen, dem Entstehen einer offiziellen Diktatur- und Repressionsgeschichtsschreibung einerseits und privater Alltagserinnerung andererseits entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang sollte nicht nur zum Anlass ihres 20. Jahrestages auch die Friedliche Revolution, ihre Voraussetzungen und Folgen zum Thema von Ausstellungen, Schülerprojekten und öffentlichen Veranstaltungen werden. Die Friedliche Revolution ist als ein herausragendes zeitgeschichtliches Ereignis in der deutschen Geschichte hervorzuheben. Die ostdeutschen Bürger stritten mit Demonstrationen, Versammlungen und anderen Aktionen für bürgerliche Freiheiten, demokratische Rechte und die Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Normen. Die Auseinandersetzung mit der Unfreiheit in einem repressiven System und dem Freiheitskampf seiner Bürger kann das Bewusstsein für die Bedeutung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Möglichkeit der Entfaltung individueller Bürgerrechte stärken. Im Gegensatz zu dem auf Egon Krenz zurückgehenden Begriff der politischen „Wende“ wird mit dem Begriff der „Friedlichen Revolution“ der Sturz des repressiven Einparteiensystems durch die massenhafte Mobilisierung gewaltfreien Protestes zum Ausdruck gebracht. Bei der Neukonzeption der zeitgeschichtlichen Abteilungen der Heimat- und Stadtmuseen sowie in weiteren Ausstellungsprojekten zur Friedlichen Revolution sollte stärker als bisher verdeutlicht werden, dass es sich bei diesem Ereignis nicht nur um die Opposition einzelner Gruppen gehandelt hat, sondern dass fast die gesamte Bevölkerung in Bewegung geraten ist.

Kooperationen

Die Landesregierung würde es begrüßen, wenn der inhaltliche und fachliche Austausch von Fachwissenschaftlern, Gedenk- und Museumspädagogen zwischen Erinnerungsorten für die Zeit des Nationalsozialismus sowie die Zeit der SBZ und DDR intensiviert würde. Nicht nur die Geschichte der Erinnerungsorte mit sogenannter mehrfacher Vergangenheit verlangt nach diesem fachlichen Austausch. Perspektivisch erscheint es aus Sicht der Landesregierung sinnvoll, dass themenverwandte Erinnerungsorte, Gedenkstätten und Museen aufeinander verweisen. Ebenso verhält es sich mit Orten, die in einem direkten historischen Zusammenhang stehen. Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür sind das Schloss Cecilienhof als historischer Ort der Potsdamer Konferenz und die Gedenkstätten in der Potsdamer Lindenstraße und Leistikowstraße, deren Gefängnisgeschichte nach 1945 eine direkte Folge der Vereinbarungen auf der Konferenz war.

Neben dem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch der Gedenkstättenmitarbeiter auf regionaler und nationaler Ebene erscheint es an Orten von nationaler Bedeutung ratsam, den internationalen Austausch zu vertiefen. Erinnerungsorte von regionaler Bedeutung könnten ihre Professionalisierungsprozesse vorantreiben, indem sie eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen aufnehmen oder vorhandene Ko-

operationen vertiefen. Anzustreben wären „Partnerschaften“ mit Professoren und Dozenten, die Seminare zu zeitgeschichtlichen und anderen für die Erinnerungsorte relevanten Themen anbieten.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen in der historisch-politischen Bildungsarbeit und mit dem Ziel, die Zusammenarbeit von Erinnerungsorten und schulischen sowie außerschulischen Bildungsträgern voranzutreiben, wird die Kooperation zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gestärkt.

Forschung, Aufarbeitung, Erinnerung und Gedenken als Herausforderung der Zivilgesellschaft

Mit dem hier erstmals für ein Bundesland vorliegenden Konzept will die Landesregierung der gesamtgesellschaftlichen Diskussion über die Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit des Nationalsozialismus sowie der Diktatur in der SBZ und DDR neue Impulse geben und die Debatte um die Schwerpunktsetzung bei der Weiterentwicklung der brandenburgischen Erinnerungskultur befördern. Die Landesregierung begreift die Aufarbeitung der Vergangenheit, die Erinnerung an begangene Verbrechen und die Würdigung der Verfolgten und Opfer auch zukünftig als gemeinsame Aufgabe der Zivilgesellschaft, der Kommunen und des Landes. Die im Land Brandenburg seit 1990 gewachsene pluralistische und dezentrale Erinnerungskultur ist vor allem ohne das Engagement der Zivilgesellschaft undenkbar. Das Land Brandenburg wird diese Initiativen auch weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeit unterstützen. Dabei wird sich die zukünftige Förderpolitik an dem in der Bestandsaufnahme konstatierten Handlungsbedarf orientieren, um die Aufarbeitung der bislang aus verschiedenen Gründen vernachlässigten, erinnerungskulturell jedoch bedeutsamen Themen gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden voranzutreiben. Für die Förderpolitik des Landes wird darüber hinaus ausschlaggebend sein, ob die eingereichten Projekte von Landesinteresse sind, ein unverwechselbares Profil aufweisen, die inhaltliche Ausformulierung und die Umsetzung wissenschaftlich fundiert sind und im Falle von Ausstellungen modernen museumsdidaktischen Ansprüchen genügen. Mit der Förderung der vielfältigen Projekte zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Würdigung der Opfer von Gewalt und Repression möchte die Landesregierung auch zukünftig die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit befördern und das zivilgesellschaftliche Engagement stärken.

Das Konzept zur Erinnerungskultur des Landes Brandenburg soll Anstoß für Diskussionen über die weitere Rahmensetzung in diesem kulturpolitisch bedeutsamen Feld bieten. Bei diesen zukünftigen Weichenstellungen wird es in der Diskussion mit allen Beteiligten darum gehen, wie die Erinnerungskultur in Brandenburg konkret weiter entwickelt werden soll. Hierzu gehört nicht zuletzt die Frage nach dem Stellenwert der brandenburgischen Erinnerungskultur innerhalb der bundesweiten, europäischen und internationalen

Forschungs- und Erinnerungslandschaft. Bei der Weiterentwicklung der brandenburgischen Erinnerungskultur sollte es aus Sicht der Landesregierung verstärkt darum gehen, gemeinsame Projekte der Erinnerungskultur mit Ländern zu entwickeln, die von nationalsozialistischer Besatzung und von der Verfolgungspolitik betroffen waren oder in die die Überlebenden später emigriert sind. Ebenso wichtige Kooperationspartner sieht die Landesregierung in Museen, Gedenkstätten und Überlebenden des Stalinismus in Ost- und Ostmitteleuropa. Dabei sollte die Zusammenarbeit mit Initiativen der Erinnerungskultur in unserem Nachbarland Polen einen besonderen Stellenwert erhalten.

Anlage 1 Übersicht über die Förderung von zeitgeschichtlichen Erinnerungsorten im Land Brandenburg für 1999 bis 2008 aus Landesmitteln

1. Förderung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (SBG) (in €)

	Gesamt	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Institutionelle Förderung	25.543.572	2.582.024	2.582.024	2.582.024	2.588.000	2.588.000	2.524.300	2.524.300	2.524.300	2.524.300	2.524.300

Projektförderung	2.615.215	36.300	854.400	1.015.500	38.000	0	0	502.000	4.000	157.015	8.000
------------------	------------------	--------	---------	-----------	--------	---	---	---------	-------	---------	-------

Sonderfinanzierung aus EFRE 2005- 2007 BIZ Ravensbrück	642.000
---	----------------

Gesamt SBG	28.800.787
-------------------	-------------------

2. Förderung außerhalb der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (in €)

Gesamt	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
1.790.368	120.125	7.500	75.185	86.319	307.109	269.950	155.221	248.100	208.109	312.750

<u>davon:</u>	
Dokumentationszentrum Eisenhüttenstadt e.V.	521.258
Kunstarchiv Beeskow	365.875
ZZF - Koordinierungsstelle	365.875
Haus Brandenburg	58.250
Gedenkstätte „Lindenstr. 54/55“	49.925

Sonderfinanzierung aus EFRE 2006- 2008 ehem. KGB-Gefängnis Leistikowstr. Pots- dam	1.332.000
--	------------------

<i>Insgesamt:</i>	31.923.155
--------------------------	-------------------

Anlage 2

Auswahl von Vorhaben anlässlich des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution im Jahr 2009

Im Jahr 2009 setzen sich anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Friedlichen Revolution zahlreiche Vorhaben mit der Opposition in der DDR, der Bürgerbewegung und der Friedlichen Revolution auseinander. Im Folgenden wird eine Auswahl von Projekten vorgestellt, die im Rahmen der unterschiedlichen Förderprogramme beantragt worden sind:

1. Das Ausstellungsbüro Wahl plant gemeinsam mit dem Grafikbüro Eckedesign das Projekt „Spurensuche Ost: Revolution in Potsdam“. Zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution werden in der Stadt Potsdam Stelen zur Erinnerung an ihre Voraussetzungen, Ereignisse und Folgen aufgestellt. Erinnert wird vor allem an die Menschen, die mit ihrer Zivilcourage und ihrem Mut Demokratie und Freiheit gefordert und schließlich errungen haben. Orte der SED-Herrschaft sollen dabei ebenso gekennzeichnet werden wie Spuren des Widerstands oder des Alltags der 1980er Jahre.

2. Das Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA) wird in seinem Schaufenster im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte Dokumente aus seinen Beständen präsentieren, in denen sich die Umwälzungen in den damaligen drei DDR-Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus von der Ausreisewelle und den Demonstrationen im Sommer und Herbst 1989 bis zur Wiedervereinigung und zur Wiedererstehung des Landes Brandenburg im Oktober 1990 widerspiegeln. Gemeinsam mit dem HBPG und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung wird es sich darüber hinaus um eine begleitende Vortragsreihe bemühen.

3. Das Stadtarchiv Forst (Lausitz) plant ein Projekt mit dem Titel „Kriegs- und Nachkriegserfahrungen in einer brandenburgischen Grenzstadt“. Die Ergebnisse einer durch das Archiv durchgeführten Zeitzeugenbefragung sollen 2009 in Kooperation mit dem Brandenburgischen Textilmuseum Forst in einer Sonderausstellung präsentiert werden. Ein Anliegen der Ausstellung besteht darin, auch die Erfahrungen mit biografischen Brüchen 1945 und 1989 einzubeziehen.

4. Die Stadtbibliothek Strausberg, die eine gemeinsame Einrichtung aus öffentlicher Bibliothek und Heimatmuseum ist, wird 2009 eine größere Ausstellung zur Friedlichen Revolution im Heimatmuseum realisieren.

5. Das Tucholsky-Literaturmuseum zeigt vom 21. November 2009 bis 14. Februar 2010 die Ausstellung „Poesie des Untergrunds. Die Ostberliner Literaten- und Künstlerszene von 1979–89“, die vom Berliner Prenzlauer-Berg-Museum erarbeitet und vom Hauptstadtkulturfonds finanziert wird.

6. Das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte bereitet für November 2009 in Kooperation mit dem Fachbereich Didaktik der Geschichte des Historischen Instituts der Universität Potsdam eine Ausstellung unter dem Titel 'Museum der Wünsche' vor, die sich dem Zeitraum zwischen dem 9. November 1989 und der ersten und einzigen freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 widmet.

7. Die Musikakademie Reinsberg wird ein Projekt unter dem Titel „Wir sind das Volk“ realisieren. Da die polnische Solidarność-Bewegung von großer Bedeutung für die Friedliche Revolution in der DDR war und die Menschen 1989 zudem an die Ideale der Französischen Revolution von 1789 anknüpften, soll es drei multimediale Szenen aus Frankreich, Polen und Deutschland geben. Drei Ensembles werden von der Musikakademie Reinsberg ausgewählt und erhalten den Auftrag, die Thematik „Wir sind das Volk“ aus ihrer heutigen Sicht mit Blick auf die Friedliche Revolution 1989 zu reflektieren.

8. Ein Team aus Künstlern und Wissenschaftlern plant in Kooperation mit der Universität Potsdam ein Projekt zur multimedialen Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Kulturpolitik der DDR auf die Ost-Rockmusik. In zehn Vortragskonzerten soll die Musikszene der DDR und deren staatliche Kontrolle in einer medial vielseitigen und aufklärenden Darbietung beleuchtet werden. Das Verständnis für den Zusammenhang zwischen Musik, Politik und Alltagskultur soll geweckt werden, indem Live-Musik mit wissenschaftlichen Vorträgen, der Präsentation von Zeitdokumenten in Bild und Ton verbunden werden. Mit diesem Projekt wollen die Beteiligten vom Arbeits- und Forschungsschwerpunkt DDR-Lied, vom Fachbereich Musikpädagogik und Musikdidaktik der Universität Potsdam und vom Jazz-Pop-Projekt „SUSE JANK & BAND“ kritisch reflektierte Einblicke in die Rockmusik der DDR geben. Es soll ein Beitrag zum Jubiläum des Mauerfalls geleistet werden, indem aus unterschiedlichen Perspektiven über Ost-Rockmusik informiert, aufgeklärt und diskutiert wird.

9. Das Kleist-Museum in Frankfurt/Oder plant Ausstellungen, Lesungen und Vorträge zum Thema „Literatur in der DDR“. Unter anderem werden dabei die Publikation „Die verschwiegene Bibliothek“ von Joachim Walter und Ines Geipel sowie Samisdat-Zeitschriften vorgestellt. Das Schreiben unter Bedingungen der Zensur wird am Beispiel von Autoren wie Christa Wolf und Volker Braun ebenso Thema sein wie die Tradition der Kinder- und Jugendbücher in der DDR.

10. Das Piccolo-Theater wird sich als Kinder- und Jugendeinrichtung ebenfalls mit der Aufarbeitung und Auseinandersetzung zwischen Eltern und Kindern beschäftigen. Auch hier stehen die Erfahrungen der Generationen vor und nach der Friedlichen Revolution im Mittelpunkt des Interesses. Unter dem Arbeitstitel „Papa, wer bist du?“ wird es ein „Forumtheater“ geben. Die Uraufführung ist im Frühjahr 2009 geplant. Ebenso wendet sich das theater 89 erneut der Auseinandersetzung mit der DDR zu. Es bereitet ein Projekt vor, das von Menschenjagd und Ausgrenzung in Geschichte und Gegenwart handelt. Das Theater des Lachens in Frankfurt/Oder wird sich mit dem auf drei Jahre angelegten Projekt „Geschichte suchen – Demokratie erfahren“ in die Diskussion einbringen. Das Projekt versteht sich als gemeinsame Exkursion von Kindern, Jugendlichen, Autoren und Künstlern. Das Theater kooperiert dabei mit Gedenkstätten, Museen, Archiven, Vereinen und Schulen.

11. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg wird im Herbst 2009 das restaurierte Schloss Schönhausen in Berlin-Pankow eröffnen. Anlässlich der Eröffnung wird es eine in Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam realisierte Ausstellung zur Funktion des Schlosses Schönhausen in Berlin-Pankow als Amtssitz des ersten Präsidenten Wilhelm Pieck und während der Friedlichen Revolution geben.

12. Das Dokumentationszentrum für Alltagskultur in Eisenhüttenstadt plant in Kooperation mit dem Veranstalter des Zeitzeugenpreises Berlin-Brandenburg 2009 eine Sonderausstellung, die autobiografische literarische Texte über das Jahr 1989/90 in einen Zusammenhang mit Objekten aus dem Besitz der Autoren stellt.

13. Im Rahmen des Studiengangs Archival Studies/Archiv am Fachbereich Informationswissenschaft der Fachhochschule Potsdam ist die Erarbeitung einer Ausstellung unter der Überschrift „Friedliche Revolution 1989 in Brandenburg – unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse in Potsdam“ geplant. Erste Vorbereitungen werden bereits von Studierenden im Rahmen des Seminars „Historische Bildungsarbeit – Ausstellungen“ getroffen. Die Ausstellung soll bis November 2009 realisiert werden. Darüber hinaus wird ein digitales Archiv zur Sicherung privater Nachlässe von Mitgliedern sowie den Aktionen der Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung (ARGUS) 1988/89 generell aufgebaut werden. ARGUS Potsdam wurde im April 1988 in Potsdam unter dem Dach des Kulturbundes als (ARGUS) gegründet. Mitglieder von ARGUS suchten von Beginn an den Kontakt zu Gleichgesinnten. Sie organisierten bereits 1988 gemeinsam mit anderen Gruppen Veranstaltungen in Potsdam und Berlin, z.B. das Pfingstbergfest am 10. Juni 1988 und am 7. Oktober 1989 ein Treffen mit Stadtökologiegruppen aus der gesamten DDR. Bis Dezember 1989 wurde die Arbeitsgemeinschaft wegen ihrer kritischen Arbeit von der Staatssicherheit beobachtet. Die Gründungszeit, die Aktivitäten der Mitglieder und die Reaktion der Staatsmacht ab Mitte der 1980er Jahre bis zum Beginn der 1990er Jahre sind Gegenstand des Projekts. Am Beispiel von ARGUS Potsdam können begründete Verallgemeinerungen zur Umweltsituation und zum Bauzustand in historischen Innenstädten in anderen Bezirken und Städten der DDR getroffen werden.

14. Die Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam- Babelsberg plant zum Jubiläumsjahr 2009 zahlreiche Projekte. Unter anderem ist ein kurzer Dokumentarfilm zur Geschichte der Glienicker Brücke vorgesehen, der im Rahmen des von der Landesregierung und dem Landtag organisierten Festes auf der Glienicker Brücke am 10. November 2010 präsentiert werden soll.

15. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Institut für Zeitgeschichte München richtet das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam im Frühjahr 2009 in Berlin ein Geschichtsforum unter dem Titel „Aufbruch 1989 – Wege aus der deutschen und europäischen Teilung“ aus. Das internationale Forum für Wissenschaftler, Kulturschaffende, Politik, Medien und Öffentlichkeit widmet sich der Friedlichen Revolutionen von 1989/90 in Deutschland und Osteuropa und ihrer kulturellen Verarbeitung in Literatur, Theater, Kunst und Musik sowie in der medialen und öffentlichen Auseinandersetzung, in politischer Bildung und Wissenschaft. Anknüpfend an den Erfolg und die große Resonanz des ersten Berliner Geschichtsforums 1999 sollen aus Anlass des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution Wissenschaftler, Zeitzeugen, Kulturschaffende, Künstler, Publizisten und Politiker nach Berlin eingeladen werden, um mit einem breiten Publikum zu diskutieren. Das Geschichtsforum versteht sich als Mischung aus Fachkongress und öffentlichem Geschichts- und Kulturfest zum 20-jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution.